



**24 | 2015**

68. Jg., 51.–52. KW, 21. Dezember 2015

## **ifo Schnelldienst**

### **Zur Diskussion gestellt**

*Georg Weizsäcker, Martin G. Kocher, Felix Gelhaar und Simon Bartke*

- Vielfalt in der ökonomischen Wissenschaft: Verhaltensökonomische Ansätze in der Diskussion

### **Kommentar**

*Thomas Lenk und Philipp Glinka*

- Der bundesstaatliche Finanzausgleich – Zerlegung fragwürdig?

### **Forschungsergebnisse**

*Christina Felfe, Judith Saurer und Anita Fichtl*

- Der Einfluss von Staatsangehörigkeit auf Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg

### **Daten und Prognosen**

*Timo Wollmershäuser, Wolfgang Nierhaus, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Johanna Garnitz, Christian Grimme, Atanas Hristov, Nikolay Hristov, Wolfgang Meister, Magnus Reif, Felix Schröter, Andreas Steiner, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf*

- ifo Konjunkturprognose 2015–2017: Verhaltener Aufschwung setzt sich fort

*Korbinian Breitrainer und Atanas Hristov*

- Evaluation des Eurozone Economic Outlook

### **Im Blickpunkt**

*Erich Gluch*

- ifo Architektenumfrage: Ausgezeichnete Geschäftslage

**ifo** Institut

**Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung**  
an der Universität München e.V.

**ifo Schnelldienst** ISSN 0018-974 X (Druckversion)  
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,  
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

### Zur Diskussion gestellt

#### Vielfalt in der ökonomischen Wissenschaft: Verhaltensökonomische Ansätze in der Diskussion

3

In der Regel wird in der etablierten wirtschaftswissenschaftlichen Lehre angenommen, dass der Mensch ein Homo oeconomicus ist: rational handelnd und auf materielle Gewinne ausgerichtet. Aber wird das Verhalten der Menschen durch dieses Bild richtig abgebildet? Handeln sie rational, oder wird das Verhalten vor allem durch Emotionen und Erfahrungen gesteuert? *Georg Weizsäcker*, Humboldt-Universität zu Berlin, unterstreicht, dass den Ökonomen diese Vorstellung eines Idealbildes vollkommen vertraut und auch sehr nützlich ist. Sie beschäftigen sich täglich mit dem sogenannten Homo oeconomicus, der ein solches Idealbild für die Entscheidungen in den ökonomischen Modellen sei. Aber gerade unter den Verhaltensökonomern habe der Homo oeconomicus einen besonders schlechten Ruf. Sie nutzen ihn als Referenzpunkt und fokussieren ihre Forschung darauf, diesen Referenzpunkt als unrealistisch darzustellen. Die Auseinandersetzung mit dem Idealbild sei aber sinnvoll. Erst wenn man umfassend nachweisen könne, dass der Homo oeconomicus ein Phänomen nicht hervorbringen kann, wisse man, dass die ihm zugrunde liegenden Annahmen zu verwerfen seien. Dadurch lerne man viel über die echten menschlichen Entscheidungen. Allerdings betont Georg Weizsäcker auch, dass die Maxime der vernünftigen Handlung gerade in schwierigen Zeiten wichtig sei. Nach Ansicht von *Martin G. Kocher*, Ludwig-Maximilians-Universität München, ist die Verhaltensökonomik nicht nur der Türöffner zu einer neuen ökonomischen Interdisziplinarität, sondern hat auch mit dazu beigetragen, die Wirtschaftswissenschaft von einer stark theoretisch geprägten Wissenschaft zu einer stark empirisch bestimmten Wissenschaft umzubauen. *Felix Gelhaar*, Universität zu Kiel, und *Simon Bartke*, Institut für Weltwirtschaft, Kiel, weisen darauf hin, dass Verhaltensänderungen langfristig nur durch Veränderungen der Präferenzen zu erreichen sind. Es sei daher erforderlich, Einfluss auf die Kultur und gesellschaftlichen Normen, z.B. durch eine langfristig orientierter Verbraucherinformationsarbeit oder einer Anpassung des Unterrichtsstoffes in Schulen, zu nehmen.

### Kommentar

#### Der bundesstaatliche Finanzausgleich – Zerlegung fragwürdig?

13

*Thomas Lenk und Philipp Glinka*

Im Rahmen der Diskussion über den künftigen bundesstaatlichen Finanzausgleich hinterfragen *Thomas Lenk* und *Philipp Glinka*, Universität Leipzig, die geltenden Zerlegungsregelungen und Zerlegungspraxis für die Lohn- und die Körperschaftsteuer. Ihrer Meinung nach sollte die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auch Anlass sein, bei der Steuerzerlegung bessere Alternativen zu den bisherigen bestehenden Regeln zu finden.

### Forschungsergebnisse

#### Deutsch ab Geburt: Einfluss von Staatsangehörigkeit auf Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg

17

*Christina Felfe, Judith Saurer und Anita Fichtl*

Wirkt das Geburtsortsprinzip positiv auf die Bildungsbeteiligung und den Bildungserfolg von Immigrantenkindern? Seit der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 können Kinder ausländischer in Deutschland lebender Eltern unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortsprinzip erhalten. Analysen administrativer Mikrodatensätze erlauben einen Vergleich dieser Kinder mit Kindern, die (kurz) vor dem Stichtag 1. Januar 2000 geboren wurden. Die gefundenen Ergebnisse zeigen, dass die deutsche Staatsangehörigkeit für Kinder ausländischer Eltern anfänglich

positive Effekte auf die Bildungsbeteiligung der Kinder entfalten kann. Allerdings weisen die Ergebnisse ebenfalls daraufhin, dass höhere Bildungsbeteiligungsraten nicht dauerhaft zu größerem Bildungserfolg führen. Durch die deutsche Staatsbürgerschaft erhöhen sich demnach nicht die schulischen Leistungen der Kinder. Integration durch Einbürgerung ab Geburt allein garantiert noch keinen nachhaltigen Erfolg im deutschen Bildungssystem. Dafür sind weitere politische Anstrengungen notwendig, die das Bildungspotenzial von Immigrantenkindern besser ausschöpfen.

## Daten und Prognosen

### ifo Konjunkturprognose 2015–2017:

#### Verhaltener Aufschwung setzt sich fort

23

*Timo Wollmershäuser, Wolfgang Nierhaus, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Johanna Garnitz, Christian Grimme, Atanas Hristov, Nikolay Hristov, Wolfgang Meister, Magnus Reif, Felix Schröter, Andreas Steiner, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf*

Am 9. Dezember 2015 stellte das ifo Institut seine Prognose für die Jahre 2015, 2016 und 2017 vor. Der verhaltene Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit einiger Zeit befindet, wird sich fortsetzen. In diesem Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zulegen, bevor es im kommenden Jahr voraussichtlich um 1,9% steigt. Im Jahr 2017 dürfte die Zuwachsrate dann wieder auf 1,7% zurückgehen. Der private Konsum wird weiterhin die Stütze des Aufschwungs bleiben, der durch die erneut gesunkenen Rohölpreise, steigende Arbeits- und Transfereinkommen und eine per saldo sinkende Steuer- und Abgabenbelastung der Haushalte befördert wird. Zudem erhöht die Finanz- und Sozialpolitik ihre expansiven Impulse, nicht zuletzt aufgrund der im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration deutlich steigenden staatlichen Konsumausgaben und Transfers. Während die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum wieder stärker expandieren dürften, werden die Ausrüstungsinvestitionen ungeachtet der günstigen Finanzierungsbedingungen nur verhalten zulegen. Da die Importe angesichts der erwarteten kräftigen Inlandsnachfrage stärker steigen werden als die Exporte, kommen vom Außenhandel nahezu keine Impulse.

### Evaluation des Eurozone Economic Outlook

67

*Korbinian Breitrainer und Atanas Hristov*

Das ifo Institut erstellt zusammen mit dem INSEE, Paris, und dem Istat, Rom vierteljährlich Prognosen für das reale Bruttoinlandsprodukt, die Inflation, den Konsum, die Investitionen und die Industrieproduktion im Euroraum, den Eurozone Economic Outlook (EZE). Der Beitrag bewertet die Qualität der Prognosen des EZE für das reale Bruttoinlandsprodukt und die Inflation. Prognosefehleranalysen zeigen, dass es keinen statistisch signifikanten Unterschied zwischen den Prognosen von EZE und Consensus Economics gibt.

## Im Blickpunkt

### ifo Architektenumfrage: Ausgezeichnete Geschäftslage bei den freischaffenden Architekten

74

*Erich Gluch*

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das Geschäftsklima zu Beginn des vierten Quartals 2015 weiter aufgehellt. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich im langjährigen Durchschnitt das Klima zu dieser Jahreszeit eigentlich immer etwas verschlechtert. Berücksichtigt man diesen saisonalen Einflussfaktor, so ist die Verbesserung des Geschäftsklimas – bei einer bereits recht guten Ausgangssituation – sogar besonders hervorzuheben.

# Vielfalt in der ökonomischen Wissenschaft:

## Verhaltensökonomische Ansätze in der Diskussion

3

In der Regel wird in der etablierten wirtschaftswissenschaftlichen Lehre angenommen, dass der Mensch ein *Homo oeconomicus* ist: rational handelnd und auf materielle Gewinne ausgerichtet. Aber wird das Verhalten der Menschen durch dieses Bild richtig abgebildet? Handeln sie rational, oder wird das Verhalten vor allem durch Emotionen und Erfahrungen gesteuert? Welche Lösungen für diese Fragen bietet die Verhaltensökonomie?

### 0,1% Terror oder: Wie ich lernte, den *Homo oeconomicus* zu lieben

Die sympathischste Figur der alten Fernsehserie *Star Trek: The Next Generation* ist ein Android namens *Data*, der als Offizier der Sternenflotte auf der *MSS Enterprise* dient. Seine Schöpfer haben *Data* das Aussehen und die Kleidung eines Menschen gegeben, aber er ist sehr unmenschlich. *Data* ist eine Maschine mit enzyklopädischem Wissen, die enorme Informationsmengen in Sekundenschnelle verarbeiten kann. Er gibt seinem Kapitän komplexe und zugleich vernünftige strategische Ratschläge. Er ist unbestechlich und zuverlässig. All das macht ihn nicht liebenswert, aber enorm nützlich. Sein Charme basiert, ironischerweise, auf seiner Gefühlsarmut. Insbesondere fällt *Data* dadurch auf, dass er sich selbst nicht liebt. Er stellt sich uneingeschränkt in den Dienst der Menschen und macht sich ihre Ziele zu eigen. Er erforscht die Menschen neugierig, um selbst noch nützlicher zu werden. Er stellt all die naiven Fragen, die es manchmal braucht. Er weiß, dass er selbst sehr einfach gestrickt ist. Wie ein Kind beobachtet er die aus seiner Sicht rätselhaften Menschen um sich herum. Er zieht dabei stets die richtigen Schlussfolgerungen, mit stoischer Ruhe. In jeder denkbaren Situation, auch im Eifer des Gefechts, kann er für seinen Kapitän einspringen und kompetente Entscheidungen fällen. Die Besatzung der *MSS Enterprise* stellt sich, unausgesprochen, immer wieder dieselbe Frage: What would *Data* do?

*Data* ist Fiktion und wird es bleiben; kein Roboter wird jemals so gut mit Menschen kooperieren wie er. Aber als Idealbild der menschlichen Entscheidungsfindung ist er sehr gut vorstellbar. Uns Ökonomen ist diese Vorstellung eines Idealbildes natürlich vollkommen vertraut, und sie ist auch sehr nützlich. Wir beschäftigen uns täglich mit dem sogenannten *Homo oeconomicus*, der ein solches Idealbild für die Entscheidungen in unseren Modellen ist. Auch er ist vollkommen friktionslos in seiner Informationsverarbeitung. Auch er ist unbestechlich und hat wohldefinierte Ziele, deren Erfüllung seine Entscheidungen perfekt dienen. Auch er ist sehr einfach gestrickt. Anders als *Data* hat der *Homo oeconomicus* allerdings keinerlei Charme. Ganz im Gegenteil: Diejenigen Menschen, die am meisten an den *Homo oeconomicus* erinnern, sind oft am unsympathischsten.

Gerade unter uns Verhaltensökonomern hat der *Homo oeconomicus* einen besonders schlechten Ruf, wofür es allerdings wissenschaftliche Gründe gibt. Wir nutzen ihn als Referenzpunkt und fokussieren unsere Forschung darauf, diesen Referenzpunkt als unrealistisch darzustellen. Der Mensch ist anders als der *Homo oeconomicus*, verkündet unsere Forschung immer und immer wieder. An seiner Statt lassen wir ständig neue Verhaltensmodelle entstehen und analysieren allerlei Daten mit dem Ziel nachzuweisen, dass sie den neuen Modellen besser entsprechen. Die eher neoklassischen Ökonomen erwidern dann, dass diese Daten unter anderen Annahmen auch vom *Homo oeconomicus* hervorgebracht werden könnten. Und los geht der Streit: Spätestens an diesem Punkt der Diskussion fangen wir an, den *Homo oeconomicus* schlechtzureden. Würden wir eine eigene Fernsehserie schreiben, der *Homo oeconomicus* hätte es in ihr sehr schwer.



Georg Weizsäcker\*

© Paul Schäfer

\* Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D., lehrt an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, insb. Mikroökonomische Theorie und ihre Anwendungen, an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

Diese Auseinandersetzung mit dem Idealbild ist aber sinnvoll. Erst wenn wir umfassend nachweisen können, dass der Homo oeconomicus ein Phänomen nicht hervorbringen kann, wissen wir, dass die ihm zugrunde liegenden Annahmen verworfen sind. Dadurch lernen wir viel über die echten menschlichen Entscheidungen, und wir lernen auch viel über die Rolle der verschiedenen Rationalitätsannahmen. Wir stellen uns daher ebenfalls immer wieder ein- und dieselbe Frage: What would Homo oeconomicus do?

Auch die neoklassischen Forscher stellen übrigens immer wieder genau diese Frage. Die Neoklassiker sind zwar, im Gegensatz zu den Verhaltensökonomern, viel zu leichtgläubig in ihrer Akzeptanz der Hypothese, dass der Mensch sich wie der Homo oeconomicus verhält. Aber gerade deshalb ist der Homo oeconomicus für die neoklassischen Analysen ja das wesentliche Instrument. Aus seinem fiktiven Verhalten leiten die Forscher theoretische Vorhersagen sowie empirisch testbare Hypothesen und zu schätzende Modelle ab. Sie beraten dann auch gern die Politik; wenn möglich, auf diesen wissenschaftlichen Grundlagen – manchmal angereichert mit etwas gesundem Menschenverstand. Und das ist gut so. Als Verhaltensökonom kann ich zwar die Verhaltenshypothese dieses Vorgehens nicht oder jedenfalls nicht immer teilen – aber der Methodik des Vorgehens neoklassischer Analysen kann man nur zustimmen; das Vorgehen ist zielführend und, im Rahmen der Möglichkeiten, rigoros.

Auf Grundlage einer derartigen methodischen Einigkeit wird inzwischen auch vermehrt die Zusammenarbeit zwischen Verhaltensökonomik und Neoklassik möglich. Der Streit über den Homo oeconomicus trennt uns nicht, sondern er vereint. Verhaltensökonomern und Neoklassikern sind sich vollkommen einig, dass die Frage nach dem Verhalten des Homo oeconomicus ein zentraler Baustein der Analyse ist, und sie sind sich ebenfalls vollkommen einig, was die Beantwortung dieser Frage für den weiteren wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn bedeutet.

Aber einen wichtigen Aspekt vergessen wir oft, wenn wir über den Homo oeconomicus streiten: All die oben genannten Aspekte dienen nur dem positiven Erkenntnisgewinn – aber der Homo oeconomicus dient auch als normatives Idealbild. Er macht keine Rechenfehler, auch wir Menschen sollten keine Rechenfehler machen. Er lässt sich nicht austricksen, auch wir sollten uns nicht austricksen lassen. Er sorgt in ausreichendem Maße für die Zukunft vor, auch wir sollten es tun. Hierin zeigt sich, jenseits der wissenschaftlichen Methodik, die ganze Kraft der Frage nach dem Verhalten des Homo oeconomicus: Wenn wir uns so verhalten wie er, geht es uns besser.

Nun muss man gleich hinzufügen, dass dies keine allgemeingültige Aussage ist. Der Mensch ist kein Homo oeconomicus und auch kein *Data*, und in vielen Kontexten

braucht der Mensch auch keineswegs ihren Ratschlag oder ihre Hilfe. Kein erwachsener Mensch würde *Data* zu Beziehungsproblemen befragen. Kein Kind würde *Data* um ein Schlaflied bitten, wenn es Angst hat. Und noch weniger den Homo oeconomicus.

Oder doch? Ist die Maxime der vernünftigen Handlung nicht gerade in schwierigen Zeiten wichtig? Macht der Mensch nicht gerade dann die schwerwiegendsten Fehler? Braucht er nicht, wie der Kapitän der *MSS Enterprise*, gerade im Eifer des Gefechts einen kühlen Mitstreiter?

Dies bringt uns zum aktuellen politischen Problem des Umgangs mit dem Terrorismus in Europa. In Paris wurden am 13. November 130 Menschen getötet, weitere Hunderte wurden verletzt, und sicherlich wurden viele weitere Augenzeugen und Angehörige schwer traumatisiert. Seither sucht die Politik, sucht die europäische Gesellschaft nach einer Antwort. Die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Implikationen dieser zu findenden Antwort sind enorm. What would Homo oeconomicus do?

Die Antwort hängt sehr davon ab, in welcher Rolle der Homo oeconomicus auftritt – in der des Normalbürgers, in der eines Politikers, in der eines Journalisten etc. Aber alle diese Personen können sich am Homo oeconomicus orientieren, d.h. sich vorstellen, dass er ihre Rolle einnimmt. Und sie sollten es tun, denn er hat eine Fähigkeit, die zumindest dem Normalbürger und dem Journalisten in der momentanen Situation fast ausnahmslos fehlt: Er kann groß von klein unterscheiden; er quantifiziert Gefahren und Chancen. Er fragt, wie viele Ressourcen sollte man auf ein gegebenes Problem verwenden? Er würde die Antwort an Daten und Zahlen festmachen.

Bleiben wir hierzu bei der Sicht des europäischen Normalbürgers. Für ihn lautet die in diesem Kontext wichtigste quantitative Frage ganz banal: Werde ich sterben? Oder, etwas genauer gefragt, wie groß ist die Gefahr, dass meine Gesundheit oder mein Leben von einem terroristischen Anschlag betroffen sein werden? Findet der Normalbürger die Antwort darauf, so kann er seine Handlungen danach richten, sich also z.B. für oder gegen bestimmte Reisen oder Konzertbesuche entscheiden. Und auch wenn er nicht selbstbezogen denkt, ist die Antwort wichtig; durch sie kann er analog auch die Gefährdung der Gesundheit von Familienmitgliedern, Freunden und anderen Mitmenschen einschätzen und kann sich dadurch über die gesellschaftliche und politische Bedeutung des Phänomens Terrorismus eine quantitative Meinung bilden.

Die Frage zu beantworten ist allerdings nicht leicht; eine genaue Prognose über zukünftige Anschläge kann es nicht geben, und selbst eine ungenaue Prognose verlangt nach einer guten Datenlage und etwas mehr als nur gesunden



Menschenverstand. Aber: Das ändert nichts daran, dass der Normalbürger eine Antwort braucht, denn er wird in ihrer Abwesenheit falsche Entscheidungen fällen. What would Homo oeconomicus do? Weder die Politiker noch die Terrorismusexperten scheinen sich zuzutrauen, öffentlich eine quantitative Einschätzung der Gefahr zu geben. Also würde der Homo oeconomicus es selbst einschätzen. Um das Ergebnis vorwegzunehmen, die Antwort ist ganz einfach: Die Gefahr ist sehr, sehr gering.

Woher will der Homo oeconomicus das wissen? Nun, er kann es nicht wissen, denn er ist ja kein Terrorismusexperte. Aber er kann einfache Szenarien nutzen und aus ihnen lernen. Nehmen wir also ein sehr pessimistisches Szenario: Wäre der Normalbürger am 13. November 2015 in Paris gewesen, wie groß wäre die Chance einer direkten Betroffenheit? Anders ausgedrückt, welcher Anteil der Pariser Bevölkerung war an diesem Tag direkt betroffen, als Opfer oder Augenzeuge der Anschläge oder als direkter Familienangehöriger der Opfer? Die Antwort liegt bei ungefähr 0,1% – einer von Tausend.

Mit dieser Zahl kann der Homo oeconomicus nun vergleichen: An einem anderen Tag in Paris, wie gefährlich ist es dann? In einer anderen Stadt, wie gefährlich ist es dort? Die Antworten hierauf sind ebenfalls nicht trivial, aber der Homo oeconomicus wird wiederum leicht zu dem einfachen Schluss kommen, dass die Gefahr im Erwartungswert an anderen Orten und an anderen Tagen sehr viel geringer ist als am 13. November 2015 in Paris. Wie viel geringer? Nun, um auch dies zu beantworten, muss sich der Homo oeconomicus Annahmen und Daten über die relevanten Entwicklung des Terrorismus in Europa bedienen. Letztere Daten hat er nicht, dadurch wird die Vorhersage ungenau. Aber er kann quantitative Annahmen treffen: Es scheint z.B. vernünftig, davon auszugehen, dass eine zufällig gezogene europäische Ortschaft pro Kopf eine mindestens um den Faktor 10 geringere Gefährdung aufweist als Paris, und dass in Paris ein Tag mit ähnlich vielen Opfern wie am 13. November 2015 nicht häufiger als alle fünf Jahre auftritt – bzw. dass die Verteilung anderer Pariser Anschläge Opferzahlen verursacht, die im Erwartungswert analog sind.

Damit hat der Homo oeconomicus die Gefahr eingegrenzt: Die Chance, in den nächsten 50 Jahren direkt von Terrorismus betroffen zu sein, liegt unter den gemachten Annahmen für den europäischen Durchschnittsbürger bei höchstens 0,1%. Sie mag in Wahrheit darunter oder darüber liegen, je nach Annahme an die weiteren Entwicklungen. Sollte die Entwicklung aber nur halbwegs stabil sein, steht fest: Die Terroristen in Europa sind sehr wenige, und sie können daher auch nur sehr wenige Menschen gesundheitlich gefährden.

Die Zahl 0,1% erinnert übrigens an eine analoge Rechnung bezüglich der Anschläge am 11. September 2001 in den

USA: 0,1% war in etwa der Anteil der entführten Flugzeuge unter allen Flugzeugen, die sich zum Zeitpunkt der Anschläge im US-amerikanischen Luftraum befanden. (Die entführten Flugzeuge waren aber überdurchschnittlich große Flugzeuge, und viele Menschen am Boden waren auch betroffen, was die Parallelen zur obigen Rechnung ins Wanken bringt.)

Wie verwendet der Homo oeconomicus nun die Zahl 0,1%? Wie gesagt, er wird sie in Relation zu anderen Gefahren und Chance setzen und sich fragen, worauf er seine Ressourcen verwenden soll. Lohnt es sich, wegen dieser Gefahr sein Leben zu ändern? Die Antwort ist eindeutig nein. Das Privatleben des europäischen Normalbürgers ist nur sehr gering von Terrorismus betroffen. Andere denkbare Lebensänderungen wären zumindest für die Gesundheit weit wichtiger, wie z.B. eine bessere Ernährung.

Der Normalbürger ist aber auch ein politischer Mensch, zumindest gelegentlich. Wie intensiv sollte er sich als politischer Mensch mit dem Terrorismus in Europa befassen? Die Antwort hängt davon ab, welchen Ertrag ein solcher Ressourceneinsatz bringt, d.h., wie effektiv die Politik die Folgen des Terrorismus bekämpfen kann. Der Homo oeconomicus würde also die Opportunitätskosten der Politik betrachten. Welche anderen Möglichkeiten hat die Gesellschaft, menschliches Leid zu verringern und die Lebenszufriedenheit zu vergrößern? Auch hier ist die Zahl 0,1% informativ, denn sie grenzt das Potenzial für eine Verbesserung der Gesundheit ein und gibt auch hierdurch wieder eine einfache Antwort: Sofern es das Ziel der Politik ist, das Leben und die Gesundheit der Menschen in Europa zu sichern, ist die Beschäftigung mit anderen Themen als Terrorismus sehr viel ergiebiger.

Nicht zu vergessen: Das Ziel des Terrors ist ja gerade, dass Menschen sich mit ihm beschäftigen. Die Terroristen wollen nicht die Gesundheit von wenigen Menschen beeinträchtigen, sondern die Seelenruhe von vielen Menschen. Ein einfaches Gegenmittel gegen Terrorismus, vielleicht das einzige Gegenmittel, ist Ignoranz. Diese zu zeigen, gelingt inzwischen vielen Menschen in Europa nicht mehr, aus sehr menschlichen Gründen. Aber *Data* würde hierzu einige Fragen stellen. Der Normalbürger sollte zumindest ein gesundes Maß an Ignoranz zeigen.

Bei all diesen Betrachtungen ist aber die Einschränkung »in Europa« sehr wichtig. Die Politik der europäischen Länder muss selbstverständlich auch auf andere Kontinente schauen. Dort sind ganz andere Rechnungen aufzumachen. Die Gefahren des Terrorismus sind in Afrika und Asien teilweise um ein vielfaches größer als in Europa. Dort existieren natürlich auch andere, größere Chancen für Wohlfahrtsgewinne; durch die Terrorismusbekämpfung und durch andere Eingriffe. Wie sich die europäische Außenpolitik verhalten soll, ist durch die obigen Überlegungen vollkommen unge-

klärt. Aber die Überlegungen zeigen: Der in Europa entstehende Schaden ist zwar schlimm, aber quantitativ gering. Nur wenn wir die Wohlfahrt der Menschen auf anderen Kontinenten im Auge haben, ist es sinnvoll, hohe Kosten für die Terrorismusbekämpfung aufzubringen.

Um mit einem positiven Beispiel für diese Form der abwägenden Vernunft zu enden: Bill Gates. Er hat in den 1990er Jahren, damals schon als reicher und vielbeschäftigter Mann, eine Liste mit denjenigen Krankheiten gelesen, die auf der Erde die meisten Todesfälle verursachen. Die mitgelieferten Zahlen hierzu waren und sind erschreckend: Die zehn *biggest killers* verursachen jährlich jeweils Hunderttausende Todesfälle. Was Gates als Chance erkannte, war die Tatsache, dass ein Großteil dieser Todesfälle vermeidbar war. Er verwendet seither seine Energie und seinen Reichtum dafür, sie zu verringern. Der Homo oeconomicus hätte sich ebenso entschieden.



Martin G. Kocher\*

## **Verhaltensökonomik und Wirtschaftspolitik**

Die Verhaltensökonomik, und mit ihr ihre wichtigste Methode – das ökonomische Experiment –, gehörte in den letzten beiden Jahrzehnten zu den aktivsten und erfolgreichsten Teildisziplinen der Wirtschaftswissenschaft. Artikel und Zitationen in den renommiertesten internationalen Fachzeitschriften malen ein Bild des Aufstiegs innerhalb der Wirtschaftswissenschaft. Kurz gesagt, beschäftigt sich die Verhaltensökonomik mit den psychologischen Grundlagen der Entscheidungsfindung. Ewas technischer formuliert, geht es der Verhaltensökonomik um die Analyse der Abweichungen von den Grundannahmen des *Homo oeconomicus* in Bezug auf Rationalität und Eigennutz. Ziel ist die Präzisierung, Modellierung und empirische Überprüfung systematischer Abweichungen von diesen Standardannahmen beim menschlichen Entscheiden.

Es ist ein Irrtum, dass mit der Berücksichtigung von psychologischen Elementen in der Wirtschaftswissenschaft Neuland betreten wird. Wer die Klassiker der Nationalökonomik wie Adam Smith oder John Stuart Mill liest, wird häufig Referenzen zu Altruismus, Emotionen oder anderen Abweichungen von den Standardannahmen finden. Meine Lesart der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft ist, dass die zunehmende Formalisierung der Volkswirtschaftslehre, insbesondere infolge des raschen Erkenntnisfortschritts in der Spieltheorie in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, zu einer Vernachlässigung der »menschlichen« Komponente der Entscheidungsfindung geführt hat, auch weil die notwendigen technischen Voraussetzungen für eine spieltheoretische Analyse begrenzt rationalen Verhaltens oder nicht-eigennützigen Verhaltens nur teilweise gegeben waren. Wie immer, wenn sich eine Wissenschaftsdisziplin auf ein spezifisches Set an Fragen konzentriert, gibt es kurz danach eine Gegenbewegung. Diese trat in der Wirtschafts-

\* Prof. Dr. Martin G. Kocher ist Inhaber des Lehrstuhls für Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.



wissenschaft vor allem in Form der Verhaltensökonomik und der experimentellen Wirtschaftsforschung auf.

Angesichts des, nennen wir es, Siegeszugs der Verhaltensökonomik mag es ein wenig überraschen, dass die Erkenntnisse der letzten 20 Jahre nur sehr begrenzt Einzug in die wirtschaftspolitische Beratung und die Wirtschaftspolitik gehalten haben. Auch in den Standardlehrbüchern der Volkswirtschaftslehre kommt die Verhaltensökonomik nur sehr langsam und vorsichtig zum Zug. Im Folgenden möchte ich die Gründe dafür und die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der »praktischen Anwendung« der Erkenntnisse der Verhaltensökonomik diskutieren.

### **Verhaltensökonomik im Kanon der Lehre im Fach Volkswirtschaft**

In den Pflichtvorlesungen der Bachelor- und Masterprogramme in Volkswirtschaftslehre finden sich überraschenderweise sehr wenige der neueren Modelle und Resultate aus der Verhaltensökonomik. Das liegt wohl an der Ansicht vieler Lehrender, dass die Studierenden zuerst das Standardmodell verstehen müssen, um danach Abweichungen von diesem und Grenzen desselben zu analysieren; genauso wie man in der Regel zuerst vollständige Märkte und dann erst Monopole oder Externalitäten als Abweichungen davon unterrichtet. Langfristig ist das allerdings ein Modell des VWL-Unterrichts, das zum Scheitern verurteilt ist. Immer mehr Nebenfach-Studierenden – darunter subsumiere ich hier auch die Betriebswirte – erleben aufgrund der Studienplanstraffung durch das Bologna-System mit Bachelor und Master nur mehr die Grundlagen der Mikro- und Makroökonomik als einzige Veranstaltungen aus der Volkswirtschaftslehre und internalisieren dadurch ein verzerrtes Bild der modernen Volkswirtschaftslehre. Man kann sogar so weit gehen zu behaupten, dass sie manchmal ein gefährlich falsches Bild der Volkswirtschaftslehre vorgesetzt bekommen. Da es meines Erachtens niemals ein neues, kohärentes, verhaltenswissenschaftliches »Gegenmodell« zum Standardmodell der Entscheidungstheorie geben wird, das letzteres ersetzen könnte, werden sich die Volkswirte Gedanken machen müssen, wie sie das Standardmodell als Referenzmodell in der Mikroökonomik und Aspekte verhaltensökonomischer Erkenntnisse parallel und mehr oder weniger vom ersten Tag an gemeinsam unterrichten. Es sei hinzugefügt, dass es nicht klar ist, ob es überhaupt erstrebenswert wäre, irgendwann ein kanonisches verhaltensökonomisches Modell zu haben, das als Ersatz des Standardmodells gelehrt würde. Persönlich finde ich es ehrlicher, darauf hinzuweisen, dass es je nach Anwendung und konkreter Fragestellung unterschiedliche Sichtweise gibt, die jeweils mehr oder weniger hilfreich sein können, so wie z.B. die Newtonsche Mechanik parallel zur Relativitätstheorie existiert. Dabei geht es

nicht um richtig oder falsch, sondern um die Passgenauigkeit zum Problem, das analysiert werden soll.

### **Verhaltensökonomik in privaten Unternehmen**

Es ist verblüffend, wie schnell sich verhaltensökonomische Erkenntnisse und Aspekte in Unternehmen verbreitet haben. Von der wissenschaftlichen Erkenntnis in Fachzeitschriften bis zur Produktgestaltung und zum »Beratungsprodukt« dauert es mittlerweile nur mehr ein paar Jahre. Beratungsunternehmen, die sich auf verhaltensökonomische Aspekte konzentrieren, haben Konjunktur, und ihr Beratungshorizont geht mittlerweile weit über traditionelle Marketinginstrumente hinaus. Unternehmen wenden aktuelle verhaltensökonomische Resultate an, wenn es um institutionelles Design, Informationsgestaltung, Kontraktgestaltung, Pricing und vieles andere mehr geht. Hier zeigt sich, dass viele der empirischen, aber auch der theoretischen Ansätze aus der Verhaltensökonomik direkter, wenn man so sagen darf, anwendbar sind als komplexe theoretische Modelle, die auf der Standardtheorie beruhen. Aus wissenschaftlicher Sicht ist dabei interessant, dass man mit komplexen dynamischen Modellen (und manchmal einem kleinen Glaubenssprung) basierend auf den Standardannahmen zu ähnlichen Vorhersagen kommt wie mit sehr einfachen verhaltensökonomischen Modellen. Manchmal kann man daher ein verhaltensökonomisches Modell als »Reduced-form«-Modell eines komplexen dynamischen Modells begreifen. Welche der beiden Modellvarianten dann deskriptiv »besser« ist, kann allgemein nicht beantwortet werden.

### **Verhaltensökonomik in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik**

Es überrascht, dass die Verhaltensökonomik – im Gegensatz zu den Anwendungen in der Privatwirtschaft – im öffentlichen Bereich nur sehr begrenzt angekommen ist. Ähnliches gilt für die Wirtschaftsforschungsinstitute im deutschsprachigen Raum. Natürlich gibt es mittlerweile in vielen Staaten sogenannte »Nudging« Units – also Abteilungen in Ministerien oder ausgelagerte Büros, die sich um die Anwendung von verhaltensökonomischen Erkenntnissen in der öffentlichen Verwaltung und in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern bemühen. Dabei wird ein breites Feld von Interventionen abgedeckt, das von der Gestaltung von Formularen und Informationen bis hin zu wichtigen gesetzlichen Vorhaben, wie zum Beispiel Organspenden oder die Altersvorsorge, reicht. Ein Problem ist sicher, dass sich das, was als »Nudging«-Konzept verkauft wird, sehr wohl davon unterscheidet, was die Verhaltenswissenschaften zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik beitragen können. Das Nudging-Konzept hat einige verhaltensökonomische Erkenntnisse popularisiert, aber gleichzeitig die öffentliche

Wahrnehmung der Disziplin, was ihre Anwendung in der Politik betrifft, gefährlich eingeschränkt. Das Repertoire an verhaltensökonomischen Instrumenten reicht von Nudging, über die optimale Gestaltung von Entscheidungen (z.B. die Bereitstellung von Selbstverpflichtungsstrategien) bis hin zur optimalen Anreizgestaltung unter verhaltenswissenschaftlicher Perspektive. Das Instrumentarium ist also viel breiter, als es das Konzept des Nudging vermittelt. Viele Beispiele könnte man hier anführen: der optimale Mix aus Belohnung und Bestrafung von Steuerpflichtigen auf Basis ihrer Steuererklärung, die Offenlegung von Identitäten und sozialen Normen in unser Entscheidungsfindung, die Gestaltung von Entscheidungen im Bereich Gesundheit, Ressourcenverbrauch oder Sport, die optimale Gestaltung von langfristigen Entscheidungen wie Altersvorsorge, Versicherungswahl, Geldanlage oder Berufswahl, Bildung und Familienplanung, aber auch die optimale Gestaltung von ganzen Bildungs- und Gesundheitssystemen.

Ein Grund für die schleppende Berücksichtigung der Verhaltensökonomik in der Politikberatung ist sicher auch die unklare Situation hinsichtlich theoretischer Schlussfolgerungen in der Wohlfahrtsökonomik. Sein praktisches Pendant erfährt dieses Problem in der Diskussion über den Grad des Paternalismus des Nudging-Konzepts. Kurz gesagt, geht es darum, inwieweit die öffentliche Hand, Menschen in ihren Entscheidungen unterstützen soll, wenn wir wissen, dass diese Entscheidungen manchmal falsch, d.h. nicht im besten eigenen Interesse, sind. Eine Wissenschaft, wie die Wirtschaftswissenschaft, die sehr stark auf dem Axiom der offenbaren Präferenzen beruht, ist dann natürlich quasi hilflos. Es gibt noch keine überzeugende Wohlfahrtsökonomik in der Verhaltensökonomik. Das heißt, wir haben keine normative Theorie, die uns allgemein in der Ausgestaltung von Eingriffen in die souveräne Entscheidungsfindung von Menschen Leitlinien gäbe. Dadurch erscheinen manche dieser Eingriffe ad hoc. Provokant ausgedrückt, ergibt das eine Wahl zwischen Pest und Cholera: die traditionelle Wohlfahrtsökonomik ist deskriptiv obsolet und hat wenig Aussagekraft für empirische Fragen hinsichtlich menschlicher Entscheidungen. Aber eine Alternative, die allgemein akzeptiert wäre, gibt es nicht, und es ist unklar, ob es sie jemals in überzeugender Form geben wird.

### **Die Verhaltensökonomik als imperialistische Teildisziplin?**

Die Verhaltensökonomik und insbesondere die experimentelle Wirtschaftsforschung haben den Fokus der Ökonomen und Ökonomen auf die Notwendigkeit kausaler Aussagen gelegt. Das ist vielleicht der wichtigste Beitrag der Verhaltensökonomik für die Wirtschaftswissenschaft als Ganzes. Niemand vermochte vorherzusagen, welche hervorragenden Möglichkeiten in den Sozialwissenschaften

existieren, auf Basis von experimentellen und quasi-experimentellen Variationen kausale Schlussfolgerungen aus Felddaten zu ziehen. Traditionelle ökonometrische Modelle erforderten immer einen gewissen Glaubenssprung bezüglich der Kausalität ihrer Kernaussagen. Durch die Idee der Randomisierung bzw. der Quasi-Randomisierung entstanden sowohl neue ökonometrische Methoden als auch neue Resultate in Bereichen, in denen man nie für möglich gehalten hätte, dass es so etwas wie Feldexperimente (randomized controlled trials; kurz RCTs) und natürliche Experimente (die Randomisierung ist der Natur der Frage inhärent) geben könnte. Mittlerweile sind die Begriffe Experiment und Randomisierung gängiges Vokabular in der Entwicklungsökonomik, in der Bildungsökonomik, in der Arbeitsmarktökonomik, in der Wirtschaftsgeschichte, der Industrieökonomik oder in der Finanzwissenschaft, um nur einige Beispiele zu nennen. Die moderne Entwicklungsökonomik zum Beispiel kann man sich ohne randomisierte Studien gar nicht mehr vorstellen. Da besteht natürlich eine gewisse Gefahr, dass relevante Probleme nicht wissenschaftlich aufgearbeitet werden, weil sich gerade keine Randomisierung zur Identifikation anbietet (das sogenannte »searching under the lamp post«). Andererseits gibt es dann vielleicht quasi-randomisierte Variationen, die zumindest eine bessere Identifikation zulassen als frühere Herangehensweisen. Interessant ist, dass es aber immer noch wichtige Bereiche in der Wirtschaftswissenschaft gibt, in denen Randomisierung und Experimente noch nicht zum methodischen Rüstzeug gehören. Dazu zählen z.B. die International Ökonomik und die Makroökonomik. Gerade letzterer stünde eine stärkere verhaltensökonomische Fundierung gut zu Gesicht. Es ist problematisch, dass es hier leider vergleichsweise wenig Forschungsaktivität gibt, weil die Betrachtungsweisen, Modellwelten und Methoden so unterschiedlich sind, dass eine Integration schwieriger ist, als man sich das vorgestellt hatte. Hier liegt ein riesiges Feld brach.

### **Der Verhaltensökonomik als Vehikel zur Interdisziplinarität**

Ein wichtiger letzter Punkt bezieht sich auf die Rolle der Verhaltensökonomik als Türöffner zu einer neuen ökonomischen Interdisziplinarität. War früher die Rechtswissenschaft einer der natürlichen Kooperationspartner, hat der Fokus der modernen Mikroökonomik auf die theoretischen und empirischen Grundlagen der Entscheidungsfindung neue Möglichkeiten der wissenschaftlichen Interaktion aufgetan. Der Fokus auf Entscheidungen begründete das neue Feld der »Decision Sciences«, die auf Erkenntnisse und Methoden der Volkswirtschaftslehre, der Psychologie, der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Betriebswirtschaftslehre, aber auch der Biologie und der Neurologie zurückgreifen. Die Verhaltensökonomik und die experimentelle Wirtschaftsforschung waren instrumentell in der Etablierung dieser inter-

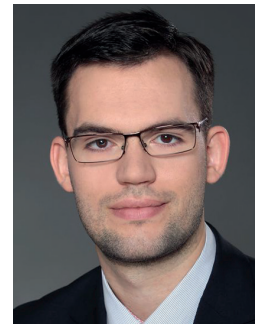
disziplinären Schienen, die zumindest potenziell in beide Richtungen befruchtend wirken: in die Ökonomik hinein und aus der Ökonomik hinaus in die anderen Disziplinen. Allerdings ist es natürlich bedenklich, wenn sich ein sehr guter Mikroökonom heute wissenschaftlich besser mit einem, sagen wir, evolutionären Biologen unterhalten kann als mit einem Makroökonom. Ein Auseinanderdriften der beiden großen Bereiche der Ökonomik ist sicher nicht wünschenswert. Dass die Öffentlichkeit die Ökonomik vor allem als Makroökonomik – und dort vor allem auch als Geld- und Fiskalpolitik sowie als Zukunftsorakel für die wirtschaftliche Entwicklung – betrachtet, macht das Problem umso größer.

### Gekommen, um zu bleiben

Nach einer gewissen Zeit der Unsicherheit darüber, ob die Verhaltensökonomik ein wichtiger Teilbereich der Wirtschaftswissenschaft werden würde, in den 1980er und 1990er Jahren, ist mittlerweile klar, dass sie immer mehr in den Grundlagenkanon vorrückt. Sie ist als Teilgebiet der Volkswirtschaftslehre nicht mehr wegzudenken. Dies überrascht nicht, wenn man kurz über den paradoxen Namen der Teildisziplin nachdenkt. Da sich alle Ökonomen und Ökonomen per Definition mit dem Verhalten von Wirtschaftssubjekten beschäftigen, erscheint es fast absurd, eine eigene Teildisziplin zu haben, die den Begriff »Verhalten« im Namen führt. Für mich ist der Großteil der Ökonomik »Verhaltensökonomik« – wichtiger ist aber die unvoreingenommene und ergebnisoffene Diskussion in der Wirtschaftswissenschaft über die empirische Relevanz zentraler Annahmen über menschliches Entscheiden und deren kontinuierliche Weiterentwicklung; sowohl aus der Ökonomik heraus als auch mit Blick auf die Nachbardisziplinen. Auf jeden Fall hat die Verhaltensökonomik – neben der leichteren Verfügbarkeit von Felddaten und Statistikprogrammen – dazu beigetragen, die Wirtschaftswissenschaft von einer stark theoretisch geprägten Wissenschaft zu einer stark empirisch bestimmten Wissenschaft umzubauen.



Felix Gelhaar\*



Simon Bartke\*\*

### Wie effektiv sind Nudges in der langen Frist?

Wir alle treffen hin und wieder Entscheidungen, die verbesserungsfähig sind. Viele von uns essen zu schlecht, machen nicht regelmäßig genug Sport und investieren zu wenig in unsere finanzielle Altersvorsorge. »Verbesserungsfähige Entscheidungen« sollen hier verstanden werden als Entscheidungen, deren letztendlicher Nutzen von dem abweicht, was wir uns zu dem Zeitpunkt über ihren Nutzen ausgemalt haben, als wir die Entscheidungen getroffen haben (vgl. Weimann 2015). Kurzgefasst ist also die Differenz zwischen individuellem Erwartungsnutzen zum Zeitpunkt der Entscheidung und individuellem Erfahrungsnutzen, wenn sich die Konsequenzen aus dieser Entscheidung realisieren, gemeint, ohne dass sich in der Zwischenzeit die tatsächlichen Präferenzen geändert haben.

Es sind diese verzerrten Vorstellungen von den Konsequenzen einer Entscheidung, die es attraktiv erscheinen lassen, den Entscheider sanft in die Entscheidung hinein zu stupsen. Nudges (vgl. Thaler und Sunstein 2008) heißen diese Stupsen, die in den vergangenen Jahren an Popularität gewonnen und mehr Interesse erfahren haben. Ein Nudge ist ein Eingriff, der menschliche Entscheidungen auf vorhersagbare Weise beeinflussen soll. Gleichzeitig soll die Präsenz eines Nudges den Entscheider jedoch nicht davon abhalten, sich auch weiterhin für alle anderen Entscheidungsmöglichkeiten ohne signifikante Erschwernisse zu entscheiden, falls er dies möchte. Zusätzlich sollten Nudges wirtschaftliche Anreize nicht verändern. Wenn man davon ausgehen möchte, dass Nudges in den Werkzeugkasten der Regierenden aufgenommen werden, wie bereits in vielen Staaten geschehen, stellen sich daher einige Fragen. Einige dieser Fragen lauten: Was sind die Effekte von Nudges in der langen Frist? Bleiben zunächst erfolgreiche Nudges auch in der langen Frist ef-

\* Felix Gelhaar ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Volkswirtschaftslehre, Professur für Theoretische Volkswirtschaftslehre, an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

\*\* Simon Bartke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

ektiv? Welche Art von Nudges haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, langfristig effektiv zu sein? Dieser Artikel nimmt zu diesen Fragen Stellung, kann dies an dieser Stelle jedoch nicht erschöpfend tun und ist somit als ein Einstieg in die oben aufgeworfenen Fragen gedacht. Dazu werden wir zunächst kurz empirisch häufig beobachtete Verhaltensmuster einführen, die in der Literatur häufig als »Verzerrungen« (Biases) beschrieben werden und dazu kontrastierend die Annahmen des rationalen Entscheidungsmodells rekapitulieren. Im Anschluss präsentieren wir Studien, die die langfristigen Effekte von Nudges untersucht haben, und geben abschließend ein kurzes Fazit zu den oben aufgeworfenen Fragen.

Um die aufgeworfenen Fragen strukturiert bearbeiten zu können, teilen wir Entscheidungen und Entscheidungssituationen in drei verschiedene Kontexte ein. Entscheidungen können entweder (1) sehr regelmäßig getroffen werden, wie die Entscheidung, welche Lebensmittel man einkauft, oder sie können (2) extrem selten getroffen werden, wie z.B. welche Altvorsorgestrategie man wählt. Den dritten Kontext (3) stellen Entscheidungen dar, welche in einem sozialen Vergleichskontext getroffen werden, wie z.B. die Höhe des Trinkgeldes, das man dem Kellner gibt, wenn jeder Gast einzeln seine Rechnung begleicht. Diese Dreiteilung erhebt keinesfalls den Anspruch, alle für dieses Thema relevanten Entscheidungskontexte komplett zu erfassen, dient jedoch als eine übersichtliche Illustration für den weiteren Verlauf.

Das Paradigma der rationalen Entscheidungen basiert auf lediglich wenigen notwendigen Kernannahmen: Präferenzen sind vollständig, reflexiv und transitiv. Über den rationalen Agenten, den Homo oeconomicus, der innerhalb dieses Paradigmas seinen Nutzen maximiert existieren häufig zusätzlich implizit folgende Annahmen: Der rationale Agent trifft strikt eigennützige Entscheidungen, und er hat unbegrenzte kognitive Fähigkeiten, mit denen er fehlerfrei die komplett vorliegenden Informationen zu einer Entscheidungssituation verarbeitet. Dies beinhaltet, dass er den erwarteten zukünftigen Nutzen einer Entscheidung, die er in einer anderen Zeitperiode trifft, korrekt diskontiert und dies auf konsistente Art und Weise in verschiedenen intertemporalen Entscheidungssituationen macht. Außerdem ist er in der Lage, seine Optimierung auf Veränderungen im Entscheidungsumfeld bayesianisch anzupassen.

Empirisch werden jedoch Entscheidungen beobachtet (vgl. DellaVigna 2009), die entweder dem rationalen Entscheidungsparadigma oder den Annahmen über den Homo oeconomicus widersprechen. Im Hinblick auf Entscheidungen, die wir mit hoher Regelmäßigkeit treffen, sind besonders die folgenden Biases relevant. Mangelnde Selbstkontrolle kann durch Emotionen sowie durch deutlich wahrgenommene, kurzfristige Bedürfnisse begünstigt werden. Dies kann dann

zu impulsivem Verhalten wie z.B. Impulskäufen führen. Auch die Neigung dazu, geplante Tätigkeiten aufzuschieben, kann mit mangelnder Selbstkontrolle assoziiert werden. Bekräftigt wird dieses impulsive Verhalten außerdem dadurch, dass Menschen dazu neigen, Nutzen, den sie im »Jetzt« mit ihren Entscheidungen erfahren können, einen überproportional großen Wert gegenüber gleich- oder mehrwertigem Nutzen, der sich erst in der Zukunft realisiert, beizumessen. In der Konsequenz führt das dazu, dass sich der Entscheider zu sehr um sein heutiges Ich und zu wenig um sein zukünftiges Ich kümmert. Ein Beispiel, bei dem diese hyperbolische Diskontierung problematisch sein kann, ist die Bereitschaft zum Sparen.

Bei Entscheidungen, die sehr selten getroffen werden, haben besonders die folgenden Biases Relevanz. Menschen verfügen nur über limitierte kognitive Fähigkeiten, und so ist es auch nicht verwunderlich, dass bei manchen Entscheidungen Rechenfehler auftreten, nicht alle relevanten Informationen in die Entscheidung mit einbezogen werden oder man sich auf eine Heuristik bei der Entscheidungsfindung verlässt. Häufig steckt hinter diesen Limitationen ein Mangel an Zeit oder an Mühe, die optimale Entscheidung zu ermitteln. Wer liest sich schon zig Seiten von Online-AGB's bei jedem Online-Shop durch? Wir neigen weiterhin dazu, an unserem bisherigen Verhalten festzuhalten oder eine voreingestellte Entscheidung (den Default) in vielen Entscheidungskontexten zu übernehmen.

Bei Entscheidungen in einem sozialen Vergleichskontext orientieren sich Menschen oft am Verhalten anderer Personen oder an vorherrschenden sozialen Normen und dies besonders in Entscheidungssituationen, in denen sie unsicher sind. Ferner passen wir unser Verhalten auch an von uns geachtete Rollenvorbilder an. Ein weiterer Aspekt ist hier, dass wir dazu neigen, unsere Entscheidungen, an »Anker« anzupassen. Dies bedeutet, dass wir uns an Ankerwerten wie z.B. 10% bei der Höhe des Trinkgeldes orientieren, wenn wir eine Entscheidung treffen. Menschliches Verhalten ist auch von einem Fairnessbedürfnis und Reziprozität motiviert. Dies bedeutet, dass wir versuchen, andere Menschen fair zu behandeln und uns entgegen gebrachtes Verhalten anhand von Fairness-Kriterien zu beurteilen. Wenn wir von einer Person fair behandelt worden sind, ist die Neigung hoch, diese Person auch fair zu behandeln.

Es soll kurz darauf hingewiesen werden, dass es zwei Biases gibt, die Entscheidungen in allen Entscheidungskontexten beeinflussen. Das Entscheidungsverhalten ist einerseits davon abhängig, wie die Informationen im Entscheidungskontext gestaltet sind. Wird beispielsweise im Rahmen der Entscheidung von Verlusten oder von Gewinnen gesprochen? Andererseits beeinflussen Reize im Umfeld, wie eine Entscheidung getroffen wird. Wird die Entscheidung in einem eher angenehmen oder unangenehmen Ambiente



getroffen? Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, dass die Zuordnung von relevanten Biases zur hier eingeteilten Dreiteilung in Entscheidungskontexte subjektiv und unvollständig ist. Die hier vorgestellten Biases beeinflussen teilweise auch Entscheidungen in Kontexten, zu denen wir sie hier nicht als primär relevant zugewiesen haben.

### Evidenz für die Wirksamkeit ausgewählter Nudges in der langen Frist

Viele Raucher stehen regelmäßig vor der Entscheidung, ob sie sich die nächste Zigarette anzünden sollen, wobei einige von ihnen sicherlich lieber nicht von Zigaretten abhängig sein möchten. Freiwillige Verpflichtungsprogramme können Menschen im Kontext von solchen regelmäßigen Entscheidungen »anstupsen«, um dieses Ziel langfristig zu erreichen. Als Beispiel dient eine Studie, bei der Teilnehmer ein halbes Jahr einen monatlichen Beitrag in ein Sparkonto einzahlen (vgl. Giné et al. 2010). Der gesparte Betrag wird nach sechs Monaten zurückerstattet, sollten die Teilnehmer mit einem Urin-test nachweisen können, dass sie nikotinfrei sind. Andernfalls kommt der gesparte Betrag einem guten Zweck zugute. Rund 11% der Raucher, denen das Programm angeboten wurde, meldeten sich für dieses an, wobei die Wahrscheinlichkeit, ein Jahr nach Aufnahme rauchfrei zu sein, für die Teilnehmer um etwa 5% stieg.

Diese Verpflichtungsprogramme sind jedoch nicht grundsätzlich effektiv darin, das Rauchen zu verringern. Eine Meta-Studie, die verschiedene Rauchentwöhnungsprogramme untersucht hat, kommt hier zu enttäuschenden Ergebnissen (vgl. Cahill und Perera 2011). Langfristig haben Verpflichtungsprogramme kaum Auswirkung auf die Raucherentwöhnung, unabhängig von der Größe der monetären Einzahlung oder dem Zeitpunkt der Geldzurückerstattung. Stattdessen ist die Aufnahmequote von Raucherentwöhnungsprogrammen höher, wenn der gezahlte Betrag, um rauchfrei zu bleiben, nicht von den Teilnehmern selbst gezahlt werden muss.

Sicherlich hängt der Erfolg oder Misserfolg von freiwilligen Verpflichtungsprogrammen von mehreren Faktoren, wie etwa der Bezugsgruppe oder der genauen Ausgestaltung des Programms, ab. Weiterhin sollten die Risiken von gesundheitsschädlichem Verhalten transparent und verständlich vermittelt werden (siehe dazu auch Georg Weizsäckers Artikel in dieser Ausgabe). Außerdem können regelmäßiges Feedback oder Belohnungen die langfristige Wirkung verstärken sowie verhindern, dass Menschen nach kurzfristigen Verhaltensänderungen wieder in ihre alten Gewohnheiten verfallen.

Wie viel wir für unsere private Altersvorsorge sparen sollten, gehört zu den Entscheidungen, die zwar wichtig sind, aber

nur sehr selten von uns Handlungen verlangen. Vor allem in den USA existieren in einigen Unternehmen Pensionspläne, die vorsehen, dass die Arbeitnehmer einen gewissen Prozentsatz ihres Einkommens für die private Altersvorsorge sparen. Dabei können die Arbeitnehmer selbst über die Sparquote entscheiden. Arbeitnehmer zahlen jedoch häufig zu wenig in diese Sparverträge für ihre Altersvorsorge ein. Ein Nudge, der dem entgegenwirkt, ermöglicht es Arbeitnehmern, sich zu verpflichten, einen Teil ihrer zukünftigen Gehaltserhöhung in ihre Altersvorsorge zu investieren. Dabei ist der Default ein positiver Sparbetrag, d.h. bei einer Gehaltserhöhung erhöht sich automatisch der Betrag, der regelmäßig in den Sparvertrag fließt, während Arbeitnehmer jedoch gleichzeitig auch noch etwas von ihrer Gehaltserhöhung haben (vgl. Thaler und Benartzi 2004). Etwa drei Viertel der Befragten schlossen solch einen Vertrag ab und blieben auch langfristig eingeschrieben. Die durchschnittliche Sparquote stieg dadurch langfristig an. 40 Monate nach Beginn der Intervention hat sich die durchschnittliche Sparquote von etwa 3% auf über 13% erhöht.

Eine andere Studie kommt jedoch zu einem differenzierteren Ergebnis. Ein großer amerikanischer Arbeitgeber wollte das Modell der im Unternehmen angebotenen Altersvorsorgepläne umstellen. Dabei wurden Arbeitnehmer vor die Wahl gestellt, ob sie im alten Modell verbleiben oder ins neue Modell wechseln wollen. Forscher (vgl. Goda und Manchester 2013) untersuchten hierbei den Effekt von altersabhängigen Defaults bei dieser Entscheidung. Für Arbeitnehmer unter 45 Jahren war automatisch ein Wechsel in das neue Modell voreingestellt, während für Arbeitnehmer über 45 Jahren automatisch das alte Modell voreingestellt war. Die Studie fand, dass ein Default, der altersabhängig ist, die Akzeptanz des Defaults relativ zu einer einheitlichen Default-Einstellung verbessert.

Die Evidenz nicht nur bei Altersvorsorgeentscheidungen, sondern auch in anderen Bereichen wie z.B. der Organspendebereitschaft zeigt, dass Defaults großen Einfluss auf Entscheidungen haben, die selten getroffen werden. Dies macht Defaults zu einem relativ effektiven Nudge. Bei der Auswahl der Bereiche und Entscheidungen, in denen ein Default verändert wird, sollte daher große Achtsamkeit herrschen. Defaults sollten in Entscheidungen eingesetzt werden, bei denen es Evidenz gibt, dass die wahren Präferenzen der Entscheider, die diesem Default unterliegen, homogen sind. Sollte nämlich eine Heterogenität vorliegen, besteht die Gefahr, dass die Entscheider sich irgendwann aktiv gegen den Default entscheiden. Durch die Heterogenität der wahren Präferenzen besteht außerdem die Gefahr, dass Entscheider einen Verlust ihres Nutzens erfahren, da sie schließlich auch den Biases unterliegen, welche den Default-Nudge funktionieren lassen und somit unnötig lange in dem für sie »schlechten« Default verbleiben.

Privater Energiekonsum eignet sich als Kontext für Entscheidungen, bei denen soziale Vergleiche eine Rolle spielen. Ein Nudge, der hier ansetzt, informiert Haushalte über einen durchschnittlichen (Energie-)Verbrauch einer Referenzgruppe, und zwar den ihrer Nachbarn (vgl. Allcott und Rogers 2014). Selbst zwei Jahre nach Beginn der Studie lag der Energieverbrauch der so informierten Haushalte im Durchschnitt 10% unter dem anfänglichen Verbrauch, wobei der Effekt größer ist, wenn diese über einen längeren Zeitraum regelmäßig an den durchschnittlichen Verbrauch ihrer Nachbarschaft erinnert werden. Nudges in sozialen Vergleichskontexten zeigen, dass der positive Effekt des Nudges u.a. von der politischen Einstellung der »genudgten« Entscheider abhängt (vgl. Costa und Kahn 2013). Bestimmte Gruppen erhöhen sogar ihren Energieverbrauch, wenn ihnen mitgeteilt wird, dass sie im Vergleich mit ihren Nachbarn unterdurchschnittlich viel verbrauchen.

Klare Vorstellungen darüber, wie die Zielgruppe auf einen bestimmten Referenzwert reagiert, sind daher unabdingbar. Hierbei sollte besonders auf die sozio-demographischen Charakteristika der Gruppen geachtet werden. Generell sind soziale Vergleichssituationen zu vermeiden, die bereits aussagen, dass man »besser« als die gesetzte Referenzgruppe abschneidet. Wichtig ist, dass sich die »angestupsten« Teilnehmer mit den zur Verfügung gestellten sozialen Vergleichssituationen identifizieren können. Dies kann u.a. durch geschätzte Persönlichkeiten und Vorbilder zur Informationsübermittlung an die adressierten Referenzgruppen geschehen.

## Fazit

Nudges bieten zwar einen scheinbar einfachen Weg, Menschen in eine wünschenswerte Richtung zu »stupsen«, allerdings haben bisher zu wenige Studien die langfristigen Effekte von Nudges untersucht. Generell ist zu erwarten, dass die Wirkung eines Nudges, besonders in Entscheidungskontexten von häufig getroffenen Entscheidungen und Entscheidungen, die eine soziale Vergleichskomponente beinhalten, im Zeitverlauf nachlässt. Unter diesen Umständen wären selbst bei regelmäßigen Wiederholungen Nudges nicht zuverlässig langfristig erfolgreich, sondern nur eine langfristige Änderung der Präferenzen. Präferenzen sind zu einem nicht unwesentlichen Teil von Kultur und gesellschaftlichen Normen geprägt. Um Präferenzen zu ändern, ist es daher vermutlich erforderlich, Einfluss auf die Kultur und gesellschaftlichen Normen zu nehmen. Dies kann auf mehreren Ebenen geschehen wie z.B. langfristig orientierter Verbraucherinformationsarbeit, einer Anpassung des Unterrichtsstoffes in Schulen oder einer Veränderung der Organisations- und Anreizstrukturen innerhalb von Unternehmen. Wir empfehlen außerdem, dass die Debatte darüber, welche Bürger in welchen Entscheidungssituationen wie genudged

werden, öffentlich geführt wird. Ein transparenter Umgang der Entscheidungsträger mit dem Thema Nudging und generell allen Politikinstrumenten, die auf verhaltenswissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, ist hilfreich, um die Bürger über diese neuen Instrumente der Wirtschaftspolitik aufzuklären und ihnen eine informierte Debatte zu ermöglichen.

## Literatur

Allcott, H. und T. Rogers (2014), »The Short-Run and Long-Run Effects of Behavioral Interventions: Experimental Evidence from Energy Conservation«, *American Economic Review* 104(10), 3003–3037.

Cahill, K. und R. Perera (2011), *Competitions and Incentives for Smoking Cessation*, Cochrane Database Syst Rev., 4. Jg.

Costa, D.L. und M.E. Kahn (2013), »Energy conservation »nudges« and environmentalist ideology: evidence from a randomized residential electricity field experiment«, *Journal of the European Economic Association* 11(3), 680–702.

DellaVigna, S. (2009), »Psychology and Economics: Evidence from the Field«, *Journal of Economic Literature* 47(2), 315–372.

Giné, X., D. Karlan und J. Zinman (2010), »Put Your Money Where Your Butt Is: A Commitment Contract for Smoking Cessation«, *American Economic Journal: Applied Economics*, 213–235.

Goda, G.S. und C.F. Manchester (2013), »Incorporating employee heterogeneity into default rules for retirement plan selection«, *Journal of Human Resources* 48(1), 198–235.

Thaler, R.H. und S. Benartzi (2004), »Save more tomorrow™: Using behavioral economics to increase employee saving«, *Journal of Political Economy* 112(S1), 164–187.

Thaler, R.H. und C.R. Sunstein (2008), *Nudge: Improving Decisions about Health, Wealth, and Happiness*, Yale University Press, New Haven, CT.

Weimann, J. (2015), »Die Rolle von Verhaltensökonomik und experimenteller Forschung in Wirtschaftswissenschaft und Politikberatung«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 16(3), 231–252.



# Der bundesstaatliche Finanzausgleich – Zerlegung fragwürdig?

13

Thomas Lenk\* und Philipp Glinka\*\*

**Im Rahmen der Diskussion über den künftigen bundesstaatlichen Finanzausgleich hinterfragen Thomas Lenk und Philipp Glinka die geltenden Zerlegungsregelungen für die Lohn- und die Körperschaftsteuer. Ihrer Meinung nach sollte die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auch Anlass sein, bei der Steuerzerlegung bessere Alternativen zu den derzeit bestehenden Regeln zu finden.**

## Die verfassungsgerichtlichen Vorgaben für die Steuerzerlegung

Die Diskussion über den künftigen bundesstaatlichen Finanzausgleich hat bisher zu keiner politischen Einigung geführt; noch ist nicht abzusehen, ob, wann und wie sie kommt. Die verschiedenen Interessen der Länder und Ländergruppen werden mit den unterschiedlichsten und z.T. fragwürdigen Argumenten vertreten. Die primäre Aufgabe, die dem Länderfinanzausgleich nach der geltenden Finanzverfassung zukommt, ist der angemessene Ausgleich der Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern; sie ist also entsprechend der Abgrenzungen nach Musgrave eine distributive Aufgabe. Der Gesetzgeber hat diesen Auftrag durch das Finanzausgleichsgesetz (FAG) erfüllt. Einzelne Regelungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sind politisch und wissenschaftlich umstritten.

Von zentraler Bedeutung für das finanzwirtschaftliche Verhältnis von Bund und Ländern ist die Einnahmenausstattung der Länder, die nach der primären Steuerzuordnung besteht. Denn sie ist die Ausgangsgröße für den anschließend beginnenden Ausgleichsprozess. Die primäre Steuerzuordnung erfolgt nach Art. 107 Abs. 1 Satz 1 GG nach dem Prinzip des örtlichen Aufkommens. Das heißt, dass die Steuereinnahmen definitionsgemäß dem Land zugeordnet sind, das sie vereinnahmt hat. Das Zuordnungsergebnis ist auftragsgemäß durch ein Zerlegungsgesetz zu korrigieren. Bei der Zerlegung der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer gelten die vom Bun-

desverfassungsgericht zur grundgesetzlichen Konkretisierung festgelegten Vorgaben. Dadurch wird der Abbau »... *erhebungstechnisch bedingter Differenzen zwischen der örtlichen Vereinnahmung der Lohnsteuer sowie der Körperschaftsteuer und der tatsächlich vorhandenen Wirtschaftskraft* ...«<sup>1</sup> zum zentralen Wirkungsanspruch an die Zerlegungsregeln gemacht; letztere wird offenbar mit der »*wirklichen Steuerkraft*« gleichgesetzt. Dabei lässt das Bundesverfassungsgericht jedoch offen, ob und in welchem Verhältnis sich die »*landesinterne wirkliche Steuerkraft* ... *nach dem Erarbeitungsort oder nach dem Wohnsitzprinzip*«<sup>2</sup> bestimmen lässt. Dies sei im hohen Maße kontextabhängig und führt zu einem gesetzgeberischen Spielraum. Die Beantwortung dieser Interpretationsfrage scheint also in unmittelbarem Zusammenhang mit der konkreten Art der zu zerlegenden Steuer zu stehen; hierauf wird an späterer Stelle noch näher eingegangen. Die Verfassung enthält somit den Rahmen und verpflichtet den Bundesgesetzgeber durch Art. 107 Abs. 1 Satz 2 GG zur weiteren Ausgestaltung der Zerlegungsdetails nach »*Abgrenzung, Art und Umfang der Zerlegung*«. Das hat der Gesetzgeber durch das Zerlegungsgesetz geregelt.

Bei der Verfassungsformulierung der Lohnsteuerzerlegung im Jahr 1969 spielten die beiden Formen der traditionellen pendlerbedingten Zerlegung und der sich entwickelnden zentralen Lohnabrechnungen bereits eine politische Rolle. Der damalige Bundesfinanzminister Strauß legte Wert auf die Neutralisierung der durch das örtliche Aufkommen der beiden Steuerarten bei den Finanzämtern der Länder entstehenden Verzerrungen. Qualitativ war das Problem neu; doch quantitativ handelte es sich noch nicht um große Vo-

\* Prof. Dr. Thomas Lenk ist Prorektor für Entwicklung und Transfer an der Universität Leipzig und Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen und Public Management.

\*\* Philipp Glinka ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management der Universität Leipzig mit dem Forschungsschwerpunkt Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

<sup>1</sup> BVerfGE 72, 330, Rd.-Nr. 193.

<sup>2</sup> BVerfGE 72, 330, Rd.-Nr. 188.

lumina. Nach den Vorstellungen des Vermittlungsausschusses im Gesetzgebungsverfahren sollte die Zerlegung auf »wenige, im Finanzvolumen aber entscheidende Großfälle beschränkt«<sup>3</sup> werden. Ob damit der Rahmen der Verfassung tangiert wird, ist zweifelhaft, kann hier aber offen bleiben. Soweit es die Lohnsteuer betraf, stieg das Zerlegungsvolumen wegen zentraler Lohnabrechnungen im Laufe der Jahre erheblich stärker als das pendlerbedingte Volumen. Die Details der Lohnsteuerzerlegung sollen in diesem Beitrag jedoch kein zentraler Betrachtungsgegenstand sein. Hierzu haben Münzenmaier und Weiß (2014) eine umfassende Analyse erarbeitet und veröffentlicht.

### Das Körperschaftsteueraufkommen und die gesetzliche Zerlegung

Bei der finanzwissenschaftlichen Betrachtung fällt auf, dass sich die Körperschaftsteuereinnahmen und die entsprechenden Zerlegungsbeträge bei den einzelnen Ländern zeitlich nicht konsistent entwickeln und sehr unterschiedlich anfallen. Hinterfragt man die Körperschaftsteuerzerlegung, trifft man zuerst auf die Rechtsgrundlagen. Konkretisiert wird die Zerlegungspflicht durch das Zerlegungsgesetz (ZerlG). Ausgangspunkt ist nach § 1 Abs. 1 ZerlG das örtliche Aufkommen; hieraus ergibt sich der unmittelbare Anspruch auf die Körperschaftsteuer der einzelnen Länder; er steht dem »Ort der Leitung« zu. Die Zerlegung erfolgt nach §§ 2–6 ZerlG. Unterhält ein Unternehmen »... außerhalb des nach § 1 Abs. 1 steuerberechtigten Landes eine Betriebsstätte, mehrere Betriebsstätten oder Teile von Betriebsstätten ..., ist die ... Körperschaftsteuer ... auf die beteiligten Länder zu zerlegen, wenn sie mindestens einen absoluten Betrag von 500 000 Euro erreicht.« Der anzuwendende Zerlegungsmaßstab ist durch das Gewerbesteuerergesetz (GewStG) festgelegt. Grundsätzlich wird nach § 29 Abs. 1 GewStG »das Verhältnis, in dem die Summe der Arbeitslöhne, die an die bei allen Betriebsstätten beschäftigten Arbeitnehmer gezahlt worden sind, zu den Arbeitslöhnen steht, die an die bei den Betriebsstätten der einzelnen Gemeinden beschäftigten Arbeitnehmer gezahlt worden sind« zur Ermittlung der Zerlegungsanteile herangezogen.

Das bedeutet, dass der Gesetzgeber zwar nach dem Ort der Betriebsstätte im Land verteilt, aber nach dem Kriterium der in den Betriebsstätten gezahlten relativen Lohnsummen. Die vom Gesetzgeber vorgenommene Interpretation mag zwar pragmatisch sein, ist aus einer finanzwissenschaftlichen Sicht aber nicht zufriedenstellend. Die Körperschaftsteuer hat den Gewinn einer Körperschaft zur Bemessungsgrundlage. Folglich kann bei überregional tätigen Unternehmen, bei denen eine Zerlegung erforderlich ist, nur eine Größe herangezogen werden, die auf die unternehmensinterne

Verteilung der Gewinnentstehung abstellt. Diese Verteilung lässt sich nicht (nur) auf die Lohnsumme und damit das Entgelt des Produktionsfaktors Arbeit verlagern. Es ist somit fragwürdig, ob der derzeitige Zerlegungsschlüssel verfassungsrechtlich und ökonomisch sinnvoll ist. Die Zweifel daran werden insbesondere dadurch bekräftigt, dass die geltende Regelung zu einem strukturbedingten Nachteil für die ostdeutschen Länder führt.

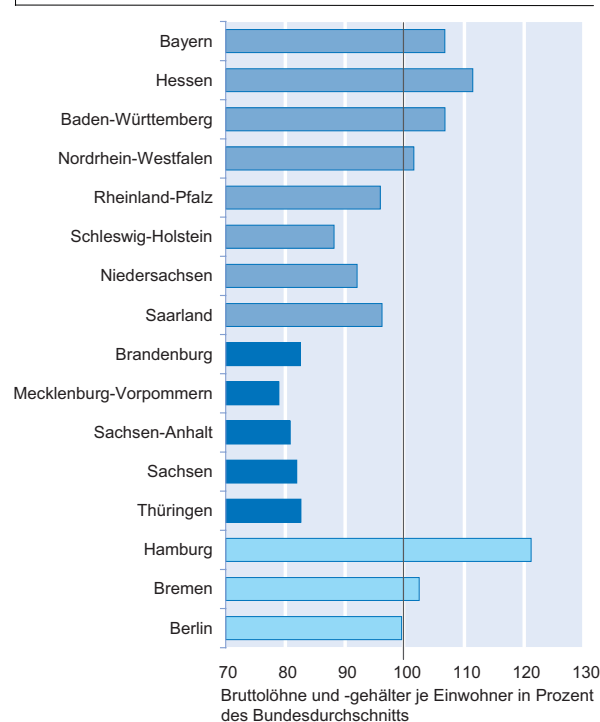
### Benachteiligung der ostdeutschen Länder

Bei einem Vergleich des Lohn- und Gehaltsniveaus zwischen den Ländern zeigt sich ein deutliches Ost-West-Gefälle (vgl. Abb. 1).

Erkennbar ist, dass das Niveau der in den ostdeutschen Flächenländern gezahlten Löhne und Gehälter deutlich geringer als der Bundesdurchschnitt ist und auch wesentlich hinter dem Niveau Westdeutschlands zurück bleibt. Thüringen weist mit 82,6% des Bundesdurchschnitts den vergleichsweise höchsten Wert auf. Mecklenburg-Vorpommern verfügt mit 78,9% über das bundesweit geringste Lohn- und Gehaltsniveau. Der Wert der ostdeutschen Flächenländer als Gruppe beträgt 81,6% des Bundesdurchschnitts.

Dieser Befund geht einher mit den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Rückständen der ostdeutschen Län-

**Abb. 1**  
**Regionale Unterschiede im Lohn- und Gehaltsniveau, 2014**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2015); Darstellung der Autoren.

<sup>3</sup> BVerfGE 72, 330, Rd.-Nr. 191.

der, die auch 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung im gesamtdeutschen Vergleich bestehen. Es ist angesichts der wirtschaftsstrukturellen Besonderheiten im Osten Deutschlands nicht zu erwarten, dass sich diese Unterschiede in naher oder mittlerer Zukunft merklich und dauerhaft reduzieren werden. Die kleinbetriebliche Struktur in den ostdeutschen Ländern ist historisch entstanden und von entsprechender Persistenz. Die Reparationsleistungen an die Sowjetunion, die Enteignung der Privatunternehmen in der sowjetischen Besatzungszone und die planwirtschaftliche Zusammenfassung als volkseigene Betriebe führten zu einer Ausgangslage, die keine gleichen Startchancen der Betriebsstätten in Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung zuließen.

Dies hat u.a. Auswirkungen auf die primäre Steuerzuordnung und die Steuerzerlegung. Zwar sind größere Konzerne auch im Osten Deutschlands präsent; die nach der Wiedervereinigung angesiedelten Standorte beschränken sich jedoch vorwiegend auf industrielle Fertigungsbetriebe. Diese verfügen zumeist über eine hohe Produktivität und tragen in erheblichem Maße zum Gewinn des Unternehmens bei. Zentralen oder Verwaltungshauptsitze ländereübergreifend tätiger Konzerne fehlen in den ostdeutschen Ländern hingegen weitestgehend, was u.a. die jüngsten Untersuchungen von Ragnitz et al. (2015) bestätigen. Dies ist nach dem derzeitigen Zerlegungsmaßstab relevant, weil dadurch insbesondere die überdurchschnittlich vergüteten Arbeitsplätze meist in Westdeutschland angesiedelt sind; etwa höhere Leitungsstellen oder Stellen im Bereich Forschung und Entwicklung. Auch in einer nach Branchen differenzierten Betrachtung bestätigt sich dieser Ost-West-Unterschied. Die Beschäftigungsanteile in den ostdeutschen Ländern sind insbesondere in den Wirtschaftszweigen hoch, in denen die Löhne und Gehälter tendenziell geringer ausfallen.

Der wirtschaftliche Rückstand und die wirtschaftliche Struktur der ostdeutschen Länder werden noch auf lange Dauer auch die niedrigere Finanzkraft und die Abhängigkeit von der bundesstaatlichen Solidarität bestimmen. Das Hinzutreten der ostdeutschen Länder in das bestehende Gefüge des bundesstaatlichen Finanzausgleichs führte wegen der geringen Finanzkraft und dem hohen Finanzbedarf beim Beitritt auch zu einer erheblichen Veränderung der Volumina auf den einzelnen Stufen des Steuerzuordnungs- und Ausgleichssystems. So betrug beispielsweise das Volumen der horizontalen Transfers im Länderfinanzausgleich im Jahr 1994 – also ein Jahr vor der Integration der neuen Länder in das Ausgleichssystem – etwa 1,5 Mrd. Euro. Im Folgejahr hat sich dieses Volumen bereits nahezu vervierfacht. Das nahm im Laufe der nächsten Jahre noch deutlich zu und stieg weiter. Dennoch hatte die originäre Finanzkraft der ostdeutschen Flächenländer bis 2014 nur etwa 53% im Vergleich zu den Flächenländern Westdeutschlands erreicht.

Die relativ geringe Finanzkraft der ostdeutschen Flächenländer würde dann einen Anstieg zur Folge haben, wenn sich bei einer Überarbeitung der Körperschaftsteuerzerlegung eine Verbesserung der Finanzausstattung der ostdeutschen Länder ergeben würde. Es ist deshalb zu erwägen, welche Maßstäbe geeignet wären, um dem vom Bundesverfassungsgericht formulierten Anspruch besser zu entsprechen, »... *erhebungstechnisch bedingte(r) Differenzen zwischen der örtlichen Vereinnahmung (der Lohnsteuer sowie) der Körperschaftsteuer und der tatsächlich vorhandenen Wirtschaftskraft* ...« abzubauen und zugleich die Beiträge der Betriebsstätten zum Unternehmensergebnis zuverlässig nach der Gewinnentstehung auszurichten. In diesem Rahmen sind folgende Anhaltspunkte von hoher Bedeutung:

1. Werden mit den geltenden Zerlegungsmaßstäben die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinreichend erfüllt?
2. Sind die relativen Lohnsummen der Betriebsstätten eines Unternehmens ein sachgerechter Maßstab zur Messung der konzerninternen Gewinnbeiträge?
3. Besteht bei der derzeitigen Zerlegung der Körperschaftsteuer trotz divergierender regionaler Wirtschaftsstrukturen eine Gleichbehandlung aller Länder?

Aus finanzwissenschaftlicher Sicht erscheint eine Hinterfragung der geltenden Zerlegungsregelungen und Zerlegungspraxis erforderlich (vgl. hierzu auch Lenk und Glinka 2015). Die derzeitige Zerlegung ist eine pragmatische, aber unbefriedigende Lösung, die angemessener gestaltet werden sollte. Denn das Ergebnis der geltenden Körperschaftsteuerzerlegung gehört zu den Gründen für die geringe Höhe der Einnahmen vor allen Ausgleichsstufen und damit des andauernden hohen Ausgleichsbedarfs der ostdeutschen Länder. Das Aufkommen der Körperschaftsteuer kann nur verfassungsgemäß sein, wenn die Zerlegung dieser Steuer leistungsgerecht auf die Betriebsstätten der einzelnen Länder erfolgt; das ist derzeit nicht gegeben. Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sollte auch Anlass sein, umfassende Forschungen bei der Steuerzerlegung anzustellen und die Suche nach besseren Alternativen zu den bestehenden Regeln zu intensivieren.

## Literatur

Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 24. Juni 1986, Finanzausgleich I, zitiert als: BVerfGE 72, 330.

Lenk, Th. und Ph. Glinka (2015a), *Gutachten zur Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen – ausgewählte Reformaspekte für mehr Transparenz und Leistungsgerechtigkeit*, Leipzig.

Lenk, Th. und Ph. Glinka (2015b), »Steuerzuordnung nach der Wirtschaftskraft – gut für den bundesstaatlichen Finanzausgleich«, *Wirtschaftsdienst* (9), 619–626.

Münzenmaier, W. und R. Weiß (2014a), *Auswirkung einer geänderten Lohnsteuerzerlegung – Quantifizierung pendlerbedingter Zerlegungseffekte*, Leipzig.

*fekte und Bedeutung der zentralen Lohnsteuerabführung*, Reihe Statistische Analysen 2/2014, Stuttgart.

Münzenmaier, W. und R. Weiß (2014b), »Auswirkungen einer Lohnsteuerzerlegung nach Arbeitsort im Länderfinanzausgleich«, *Wirtschaftsdienst* (10), 732–739.

Ragnitz, J., A. Eck, C. Fritzsche, J. Kluge und F. Rösel (2015), *Analyse der finanzkraftbestimmenden Rahmenbedingungen und strukturellen Spezifika ostdeutscher Flächenländer*, ifo Institut, Dresden.

Statistisches Bundesamt (2015), *VGR der Länder – Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern – Reihe 1 Band 2 – 2000 bis 2014*, Wiesbaden.

# Deutsch ab Geburt: Einfluss von Staatsangehörigkeit auf Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg

17

Christina Felfe, Judith Saurer und Anita Fichtl

**Deutsch ab Geburt: Wirkt das Geburtsortsprinzip (ius soli) positiv auf die Bildungsbeteiligung und den Bildungserfolg von Immigrantenkindern? Diese Frage wird anhand der letzten bedeutenden Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 analysiert. Seither können Kinder ausländischer in Deutschland lebender Eltern unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortsprinzip erhalten. Analysen administrativer Mikrodaten-sätze erlauben einen Vergleich dieser Kinder mit Kindern, die (kurz) vor dem Stichtag 1. Januar 2000 geboren wurden. Die gefundene Evidenz zeigt, dass die deutsche Staatsangehörigkeit für Kinder ausländischer Eltern anfänglich positive Effekte auf die Bildungsbeteiligung der Kinder entfalten kann. Allerdings weisen die Ergebnisse ebenfalls daraufhin, dass höhere Bildungsbeteiligungs-raten nicht dauerhaft zu größerem Bildungserfolg führen. Durch die deutsche Staatsbürger-schaft erhöhen sich demnach nicht die gemessenen schulischen Leistungen der Kinder, vielmehr kann man die höhere Bildungsbeteiligung dieser Kinder auf ein gestiegenes bildungsorientiertes Entscheidungsverhalten der Eltern zurückführen.**

## Einwanderungsland Deutschland

»Wir sind im Grunde schon ein Einwanderungsland«<sup>1</sup>, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Bürgerdialog am 1. Juni 2015 in Berlin und sprach damit das aus, was schon längst Realität ist. Seit 1950 wandern jährlich in der Regel deutlich mehr ausländische Menschen nach Deutschland ein, als ausländische Menschen fortzogen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015a).<sup>2</sup> Heute haben 20% der in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund<sup>3</sup>, davon haben etwas mehr als die Hälfte (56%) die deutsche Staatsbürgerschaft<sup>4</sup>, 44% eine andere. Dies entspricht etwa 7,2 Millionen Ausländern, die in Deutschland leben.<sup>5</sup> Im

Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund ist die Altersstruktur bei Menschen mit Migrationshintergrund – egal ob mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft – jünger. In der ersten Gruppe sind etwa 15% zwischen 0 und 20 Jahre alt, in der zweiten Gruppe knapp 30% (28,5%). An allgemeinbildenden Schulen verfügt knapp ein Drittel aller Kinder über einen Migrationshintergrund, darunter ist jedes vierte Kind ohne deutschen Pass (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b).

## Forschungsfrage: Integration von Immigrantenkindern durch Staatsangehörigkeit?<sup>6</sup>

Die soziale und wirtschaftliche Integration von Einwanderern<sup>7</sup> in die Gesellschaft ist

<sup>1</sup> Bundeskanzlerin Angela Merkel am 1. Juni 2015, Bürgerdialog, Veranstaltung in Berlin, zitiert nach: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/angela-merkel-sieht-deutschland-als-einwanderungsland-13623846.html>.

<sup>2</sup> Zum Beispiel verließen im wiedervereinigten Deutschland seit 1990 nur in den Jahren 1997 und 1998 ein wenig mehr Ausländer Deutschland, als Ausländer nach Deutschland kamen. Der gesamte Nettowanderungssaldo inkl. der Zu- und Fortzüge von Deutschen war ebenfalls in den meisten Jahren positiv, nur in den Krisenjahren 2008 und 2009 verlor Deutschland zahlenmäßig Menschen.

<sup>3</sup> Vgl. Definition nach Statistischem Bundesamt (2015b), S. 5: »Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländer und eingebürgerte ehemalige Ausländer, alle nach 1949 als Deutsche auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte sowie alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.«

<sup>4</sup> Wir verwenden die Begriffe Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft synonym.

<sup>5</sup> Die hier berichteten Zahlen beziehen sich auf Zensusdaten und Bevölkerungsfortschreibungen des Statistischen Bundesamts (2015b). Im Ausländerzentralregister (AZR), erhoben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, sind für

Ende 2014 8,2 Millionen in Deutschland lebende Ausländer registriert (vgl. Statistisches Bundesamt 2015c). Das Statistische Bundesamt weist selbst daraufhin: »Zwischen den Daten des Ausländerzentralregisters und des Zensus 2011 gibt es Unterschiede; diese führen dazu, dass auch in den Folgejahren die Ausländerzahl im AZR höher ist als die Ausländerzahl der Bevölkerungsfortschreibung. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, als Registerbehörde auch für die Daten des AZR zuständig, und das Statistische Bundesamt werden weiterhin die zugrunde liegenden Abweichungen analysieren und alle zur Qualitätssicherung im AZR erforderlichen Maßnahmen ergreifen.« Pressemitteilung Nr. 097 vom 16. März 2015, verfügbar unter: [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/03/PD15\\_097\\_12521.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/03/PD15_097_12521.html).

<sup>6</sup> Dieser Artikel basiert auf Chr. Felfe und J. Saurer, »Granting Birthright Citizenship – A Door Opener for Immigrant Children's Educational Participation and Success«, Ifo Working Paper Nr. 208, Dezember 2015.

<sup>7</sup> Wir verwenden die Begriffe Immigration, Einwanderung und Zuwanderung synonym, analog Immigranten, Einwanderer und Zuwanderer usw.



eine wichtige und herausfordernde Aufgabe für das Aufnahmeland. Als wirksame Beispiele für eine gelingende Integration werden oft das Erlernen der Sprache (»Integration durch Sprache«) und der erfolgreiche Weg über das Bildungssystem (»Integration durch Bildung«) in den Arbeitsmarkt (»Integration durch Arbeit«) genannt. Eine weitere (komplementäre) Integrationsmöglichkeit besteht in der Verleihung der Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes (»Integration durch Einbürgerung«). Die integrationspolitische Bedeutung der Einbürgerung liegt in der rechtlichen Gleichstellung mit der einheimischen Bevölkerung und den damit verbundenen gleichberechtigten Teilhabechancen. Aus demokratietheoretischer Sicht wird oft eine weitgehende Kongruenz von Wohnbevölkerung und Wahlvolk in einem Staatsgebiet angemahnt. Das nationale Einbürgerungsrecht regelt durch gesetzliche Vorschriften, wer unter welchen Bedingungen Anspruch auf eine Einbürgerung hat. Vorliegende Evidenz deutet daraufhin, dass die Verleihung der Staatsangehörigkeit an die Kinder von Einwanderern positiven Einfluss auf die Verweildauer der Familien im Zielland hat und die Integrationsbemühungen der Eltern gestärkt werden (vgl. Avitable et al. 2013, 2014; Piracha und Zhu 2012; Sajons 2010; 2012).

Empirisch weitgehend offen ist dagegen die Frage, ob und welchen direkten Einfluss der Erhalt der Staatsbürgerschaft nach dem Geburtsortsprinzip auf die Kinder selbst hat. Die integrationspolitische Bedeutung der Staatsbürgerschaft ab Geburt für den Bildungsverlauf der Kinder könnte mehrere Gründen haben. Die Eltern antizipieren möglicherweise die Vorteile einer deutschen Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen erhöhten Bildungs- und Zugangschancen – zum Beispiel zu sehr gut bezahlten und angesehen höheren Beamtenstellen.<sup>8</sup> Infolgedessen steigen ihre Bemühungen, verstärkt(er) in die Bildung ihrer Kinder zu investieren – auch langfristig. Der Besuch einer Kindertageseinrichtung und eines Kindergartens kann die Entwicklung der Immigrantenkinder positiv beeinflussen und vor allem ihre Sprachfähigkeiten verbessern. Annahmegemäß baut Wissen auf durch Bildung erworbenes Wissen auf und akkumuliert sich (vgl. Cunha et al. 2006). Der Besuch vorschulischer Einrichtungen kann sich somit positiv auf die weitere Schullaufbahn der Kinder auswirken und die Wahrscheinlichkeit einer positiven Gymnasialempfehlung durch die Lehrkraft erhöhen. Zusätzlich ist es möglich, dass sich die Eltern intensiver mit den spezifischen Regelungen der deutschen Schulsysteme auseinandersetzen. Dieser Wissensvorsprung kann dazu führen, dass sich Eltern häufiger über amtliche Empfehlungen hinwegsetzen. Auch könnte die deutsche Staatsbürgerschaft einen direkten Effekt auf den Bildungserfolg der Kinder haben, wenn man von (impliziter) Diskriminierung durch Lehrkräfte etwa bei Gymnasialempfehlungen für ausländische Kinder ausgeht. Schließlich könnten sich die Kinder selbst

ihrer gestiegenen Chancen im Aufnahmeland bewusst werden und ihre schulischen Anstrengungen verstärken oder engere Beziehungen zu nativen Deutschen knüpfen.

### **Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts 1999/2000**

Das deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) wurde 1999/2000 grundlegend neu geregelt.<sup>9</sup> Nach kontrovers geführten Debatten trat die Neufassung des StAG am 1. Januar 2000 in Kraft. Nach Worten von Bundespräsident Joachim Gauck war die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts 1999 wahrscheinlich der größte Schritt auf dem Weg Deutschlands zum Einwanderungsland.<sup>10</sup> Kernpunkte der Reform waren im Wesentlichen drei Neuerungen: Erstens ist das Einbürgerungsrecht für alle Ausländer liberalisiert worden.<sup>11</sup> Zweitens wurde das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) um Elemente des Geburtsortsprinzips (*ius soli*) ergänzt. Ab dem 1. Januar 2000 in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern können unter bestimmten Voraussetzungen (§4 Abs. 3 StAG) schon mit der Geburt Deutsche werden. Drittens müssen sich Kinder, die durch das Geburtsortsprinzip neben der deutschen eine ausländische Staatsangehörigkeit der Eltern oder eines Elternteils haben, nach der Optionspflicht bei Erreichen der Volljährigkeit spätestens bis zum 23. Lebensjahr für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden.<sup>12</sup>

Der Fokus der vorliegenden Untersuchung liegt auf der Einführung des Geburtsortsprinzips. Bis zur Reform 1999/2000 beruhte das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht ausschließlich auf dem Abstammungsprinzip. Besaß mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft, erhielt auch das neu-

<sup>9</sup> Das deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) geht in seinen Ursprüngen auf das Kaiserreich (Ausfertigungsdatum: 22. Juli 1913) zurück und wurde durch zwei größere Reformen (1990 und 2000) in wesentlichen Punkten neugefasst.

<sup>10</sup> Vgl. die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck am 22. Mai 2014, Rede zur Einbürgerungsfeier anlässlich 65 Jahre Grundgesetz, »Der größte Schritt war wahrscheinlich 1999 die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Neben das *ius sanguinis* trat das *ius soli*. Seitdem kann Deutscher werden, wer in Deutschland geboren wurde, auch wenn seine Eltern es nicht sind.« (<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/05/140522-Einbuergung-Integration.html>).

<sup>11</sup> Zum Beispiel wurde die Dauer des Mindestaufenthalts in Deutschland von 15 Jahren auf acht Jahre verkürzt.

<sup>12</sup> Die Optionspflicht in §29 StAG ist 2014 durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (BGBl. I S. 1714) neu geregelt worden. Inkrafttreten am 20. Dezember 2014. Kinder ausländischer Eltern, die nach dem Geburtsortsprinzip die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, werden von der Optionspflicht befreit, wenn sie als ausländische Staatsangehörigkeit die eines anderen EU-Staates oder der Schweiz besitzen. Deutsche nach dem Geburtsortsprinzip mit einer Staatsangehörigkeit eines Drittstaates werden von der Optionspflicht befreit, wenn sie in Deutschland aufgewachsen sind. In Deutschland aufgewachsen ist nach dem Gesetz, wer sich bis zur Vollendung seines 21. Lebensjahres acht Jahre gewöhnlich in Deutschland aufgehalten hat oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht hat oder über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss oder eine in Deutschland abgeschlossene Berufsausbildung verfügt. In diesen Fällen wird damit die Mehrstaatigkeit akzeptiert.

<sup>8</sup> In Deutschland gibt es ca. 1,7 Millionen Beamte (vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61714/oeffentlicher-dienst>).



geborene Kind eine solche. Ein Kind zweier in Deutschland lebender Ausländer erhielt die deutsche Staatsbürgerschaft dagegen nicht. Mit der Reform wurde dieser Umstand geändert: Neben das Abstammungsprinzip trat das Geburtsortsprinzip. Ein Kind ausländischer Eltern, das ab dem 1. Januar 2000 in Deutschland geboren wurde, erhält nach dem Geburtsortsprinzip automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes mindestens ein Elternteil eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung besitzt und seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland gelebt hat. Die Reform sah zudem eine einjährige Übergangsregelung vor. Ihr zufolge konnten ausländische Kinder, die das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, und für die alle sonstigen Voraussetzungen vorlagen, befristet bis zum 31. Dezember 2000 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

### Steigende Zahl der Immigrantenkinder mit deutscher Staatsangehörigkeit

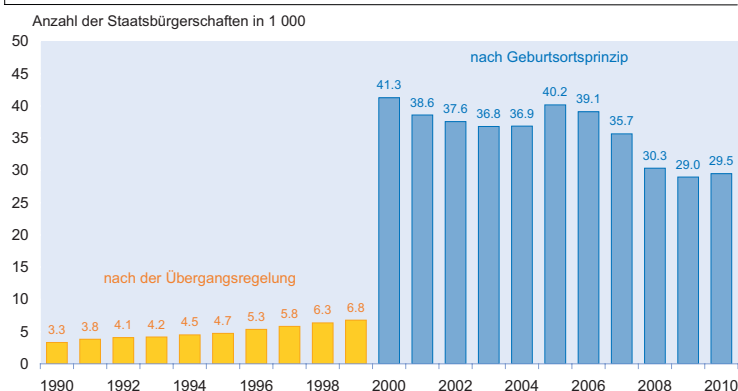
Abbildung 1 zeigt die Zahlen der sogenannten Kindereinbürgerungen nach dem Geburtsortsprinzip von 1990 bis 2010. Nach der Übergangsregelung »Kindereinbürgerung auf Antrag« sind pro Geburtsjahr nur ca. 6 000 Kinder eingebürgert worden.<sup>13</sup> Im Jahr 2000 mit Inkrafttreten der »Automatischen Kindereinbürgerung« springt dieser Wert jedoch auf fast 40 000 Kinder pro Jahr an. Es ist davon auszugehen, dass viele Eltern von der einjährigen Übergangsregelung nicht erfahren haben und deswegen für nur etwa ein Achtel der anspruchsberechtigten Kinder jeder zwischen 1990–1999 geborenen Kohorte die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt wurde.

In Abbildung 2 ist oben die Entwicklung des Anteils aller Immigrantenkinder dargestellt, die die deutsche Staatsangehörigkeit

<sup>13</sup> Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012), 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

Abb. 1

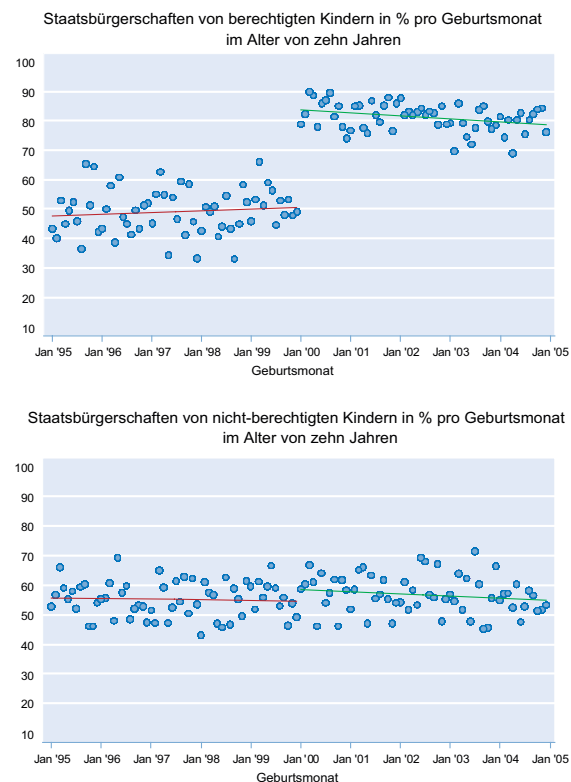
#### Entwicklung der "Kindereinbürgerung" nach dem Geburtsortsprinzip



Quelle: 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (2012).

Abb. 2

#### Deutsche Staatsbürgerschaft für Immigrantenkinder nach Geburtsmonat und Geburtsjahr, 1995–2004



Quelle: Mikrozensus 2009–2012; Berechnungen des ifo Instituts.

rigkeit nach dem Abstammungsprinzip und ab 2000 auch nach dem Geburtsortsprinzip bekamen. In den Jahren 1995–2000 erhielten etwa 47% der Immigrantenkinder die deutsche Staatsbürgerschaft. Ab dem Jahr 2000 sprang dieser Wert um 34 Prozentpunkte auf 81% hoch.<sup>14</sup> Im Gegensatz hierzu ist bei den ausländischen Kindern, deren Elternteil(e) noch keine Mindestaufenthaltsdauer von acht Jahren aufweisen, keine sprunghafte Veränderung in der Einbürgerungszahl ab dem Jahr 2000 festzustellen (vgl. Abb. 2 unten). Die beiden deskriptiven Statistiken von Abbildung 2 lassen den Rückschluss zu, dass der zahlenmäßig deutliche Anstieg von Einwandererkindern, die ab 2000 deutsch wurden, auf die

<sup>14</sup> Die Abweichung von 100% beruht auf mehreren Gründen: a) Im Mikrozensus werden Eltern nicht zu 100% mit ihren eigenen Kindern verbunden, d.h., es kann sein, dass ein Elternteil zwar seit acht Jahren in Deutschland lebt, jedoch nicht das leibliche Elternteil des Kindes ist, b) viele Eltern wissen entweder nicht, dass ihre Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder denken nicht daran, wenn sie den Fragebogen des Mikrozensus ausfüllen. Das heißt im Umkehrschluss auch, dass in den Daten des Mikrozensus für knapp 20% der Einwandererkin- der, die Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft hätten, keine deutsche Staatsbürgerschaft berichtet wird. Dies mag an missverständlichen Fragen bei der Datenerhebung im Mikrozensus liegen und zu falschen Angaben durch befragte Ausländer führen.

beschriebene Staatsbürgerschaftsreform zurückzuführen ist.

### Empirische Vorgehensweise

Um die Auswirkung der Staatsangehörigkeit auf den weiteren Bildungsverlauf der Kinder zu untersuchen, müssen generell mögliche Unterschiede der Eltern berücksichtigt werden. Ausländische Eltern, die für ihre Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen, können sich systematisch von den ausländischen Eltern unterscheiden, die dies nicht tun. Gründe können in der grundsätzlichen Integrationsbereitschaft der Eltern in die Gesellschaft des Ziellandes liegen und darin, wie lange ein Aufenthalt im Gastland voraussichtlich geplant ist. Um solchen Selbstselektionseffekten zu begegnen, bietet sich die beschriebene Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von 1999, die mit Stichtag 1. Januar 2000 in Kraft trat, als ein geeignetes natürliches Experiment für die Untersuchung an. Eltern, deren Kinder kurz vor dem Stichtag geboren wurden, und Eltern, deren Kinder kurz nach dem Stichtag geboren wurden, sollten sich nicht systematisch voneinander unterscheiden.

In den Analysen werden in der Stichprobe Kinder, die zwischen dem 1. Juli 1999 und dem 31. Dezember 1999 geboren wurden, mit Kindern, die zwischen dem 1. Januar 2000 und dem 30. Juni 2000 geboren wurden, verglichen. Um auszuschließen, dass Altersunterschiede und sonstige saisonale Geburtsmonatseffekte die Bildungsergebnisse verzerren, werden zusätzlich zum Vergleich weitere Geburtskohorten der Jahre 1998–2001 herangezogen (Juli–Dez. 1998, Jan.–Juni 1999, Juni–Dez. 2000, Jan.–Juni 2001). Dadurch wird berücksichtigt, dass im Klassenverbund zwischen den Kindern ein Altersunterschied und ein damit gegebenenfalls verbundener Entwicklungsrückstand von bis zu einem Jahr besteht. Unter diesen Voraussetzungen kann eine sogenannte Differenzen-in-Differenzen Methode statistisch angewandt werden. Diese Methode erlaubt es, Unterschiede zwischen den Geburtskohorten 1999 und 2000 von möglichen anderen wirkenden Unterschieden zu isolieren und somit den Effekt des Geburtsortsprinzips zu identifizieren.

### Datenquellen und Bildungsmaße

Die empirische Überprüfung der Fragestellung, ob Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortsprinzip in größerer Anzahl und erfolgreicher am deutschen Bildungssystem teilnehmen, wird anhand von mehreren Mikrodatsätzen beantwortet. Die Anforderungen an die Daten sind hoch. Um Aussagen über den weiteren Bil-

**Tab. 1**  
**Verwendete Datensätze**

Verwendete Datensätze (Kinder der Jahrgänge 1998–2001)	Bildungsmaße	
	Bildungsbeteiligung	Bildungserfolg
Schuleingangsuntersuchungen in Schleswig-Holstein – Wellen 2005, 2006, 2007 – Vollerhebung	– Besuch vorschulischer Einrichtungen	Amtsärztliche Feststellung: – Schulfähigkeit – Zusätzliche Fördermaßnahmen
Schulstatistik Schleswig-Holstein – Wellen 2009, 2010, 2011, 2012 – Vollerhebung	– Frühzeitige oder verspätete Einschulung (Alter bei Schulbeginn) – Weiterführende Schulart 5. Klasse – Weiterführende Schulart 6. Klasse	– Klassenwiederholung – Gymnasialempfehlung
Mikrozensus – Wellen 2009, 2010, 2011, 2012 – repräsentativ	– Immigrationsverlauf der Eltern --> Anspruchsberechtigung für Kinder	

ungsverlauf bis zum Übertritt auf weiterführende Schulen treffen zu können, müssen die Daten mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren umspannen. Die Datensätze müssen auch eine große Stichprobe aufweisen, um die Repräsentativität bei relativ kleinen Kohorten von Immigrantenkinder gewährleisten zu können. Außerdem müssen geeignete Daten über die Eltern vorhanden sein, die retrospektiv Aufschluss über die Anspruchsbedingungen auf eine deutsche Staatsbürgerschaft nach dem Geburtsortsprinzip geben.

Um diesen Anforderungen zu genügen, werden drei Datensätze herangezogen, die Informationen über die verschiedene Bildungsmaße der Kinder und über den Migrationshintergrund enthalten (vgl. Tab. 1).

Erstens liegen verfügbare Daten der Schuleingangsuntersuchungen für Schleswig-Holstein vor. Es handelt sich um eine Vollerhebung aller Kinder. Aufgrund der hohen Stichprobenzahl und Repräsentativität können die Ergebnisse auch als repräsentativ für Deutschland angesehen werden. In die Analyse fließen Ergebnisse der Schuleingangskohorten 2005, 2006 und 2007 mit ein. Kinder dieser Kohorten sind zwischen Juli 1998 und Juni 2001 geboren worden. Die endgültige Stichprobe umfasst 6 740 Kinder und bezieht sich nur auf Kinder, deren Eltern im Ausland geboren wurden.<sup>15</sup> Angaben zum Besuch vorschulischer Einrichtungen in den Schuleingangsuntersuchungen werden als Maß für die Bildungsbeteiligung verwendet. Schuleingangsuntersuchungen dienen im Allgemeinen auch der Überprüfung des

<sup>15</sup> Die Hintergrundinformationen der Eltern lassen nicht auf die Länge ihres bisherigen Aufenthalts in Deutschland und auch nicht auf ihre Staatsangehörigkeit schließen. Die Stichprobe der Kinder kann demzufolge nicht nach den Anspruchs-kriterien der Staatsangehörigkeitsreform 1999/2000 konzipiert werden, sondern enthält auch Kinder, die nicht anspruchsberechtigt sind.

Gesundheitszustands der Kinder sowie der Feststellung der Schuleignung der Kinder. In verschiedenen Tests werden die kognitiven, motorischen und sozio-emotionalen Fähigkeiten der Kinder untersucht. In der empirischen Analyse wird der Bildungserfolg dadurch gemessen, ob den Kindern in der amtsärztlichen Untersuchung die Schulfähigkeit attestiert wird oder ob zusätzliche Fördermaßnahmen empfohlen werden. Die Daten der Schuleingangsuntersuchungen enthalten zudem wichtige Informationen über die Kinder und ihre Eltern, wie Alter und Geschlecht der Kinder oder das Herkunftsland und die Bildung der Eltern.

Zweitens werden amtliche Daten aus der schleswig-holsteinischen Schulstatistik herangezogen, die als Vollerhebung alle Schulkinder erfasst. Es werden die Wellen der Schuljahre 2009/2010 bis 2011/2012 bzw. 2012/2013 verwendet. Die Kinder dieser Wellen sind zwischen Juli 1998 und Juni 2001 geboren, wurden in den Jahren 2005, 2006 und 2007 auf ihre Schulfähigkeit getestet und sind in den genannten Schuljahren in der Regel in der 5. und 6. Jahrgangsstufe. Die Daten zeigen, auf welcher weiterführenden Schulart (z.B. Hauptschule, Realschule, Gymnasium) die betreffenden Kinder in der 5. und 6. Klasse sind. Dies wird als Maß der Bildungsbeteiligung interpretiert. Ein weiteres Maß für die Bildungsbeteiligung wird aus dem Alter der Immigrantenkinder bei Schulbeginn abgeleitet, welches Auskunft über eine frühzeitige oder verspätete Einschulung gibt. Klassenwiederholungen und die weiterführenden Schullaufbahneempfehlungen der Grundschullehrer liefern gute Indikatoren für den Bildungserfolg. Darüber hinaus werden demographische Daten gesammelt, etwa über Geschlecht, Geburtstag, ethnische Herkunft und die Sprache, die zu Hause in der Familie gesprochen wird. Diese Daten erlauben die gesonderte Betrachtung der Kinder, die in Deutschland geboren sind, aber nicht-deutscher Ethnizität sind und eine andere Sprache als deutsch zu Hause sprechen. Das sind Anzeichen dafür, dass die Kinder gemäß der Staatsbürgerschaftsreform 1999/2000 Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft nach dem Geburtsortsprinzip haben. In der Schulstatistik wie in den Daten der Schuleingangsuntersuchungen fehlen eindeutige Angaben über die bisherige Aufenthaltsdauer der Eltern und ihre Staatsbürgerschaft zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes. Außer den demographischen Angaben sind in den Schulstatistiken keine Informationen über sozioökonomische Familienhintergründe der Immigrantenkinder enthalten.

Schließlich werden Informationen aus dem Mikrozensus herangezogen, der größten re-

präsentativen Haushaltsbefragung Deutschlands. Im Gegensatz zu den beiden administrativen Datensätzen beinhaltet dieser Datensatz Informationen über den Immigrationsverlauf der Eltern, vor allem über die Aufenthaltsdauer der ausländischen Eltern in Deutschland. Mit diesen Informationen lässt sich eindeutig eine Stichprobe von ca. 1 000 Kindern<sup>16</sup> ausländischer Eltern konstruieren, die einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortsprinzip haben.

### Ergebnisse: Effekte des Geburtsortsprinzips auf Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg

Die Ergebnisse zu den Effekten der Einführung des Geburtsortsprinzips auf die Bildungsbeteiligung der Immigrantenkinder sind auf allen Bildungsstufen positiv (vgl. Tab. 2, Panel A). Immigrantenkinder, die nach der Reform geboren sind, gehen häufiger in vorschulische Einrichtungen als Immigrantenkinder, die vor der Reform geboren wurden. Der Anteil stieg signifikant um 3,2 Prozentpunkte von 92,5% auf 95,7%

<sup>16</sup> Diese Kinder stammen jedoch aus dem ganzen Bundesgebiet außer aus Berlin und Brandenburg. Eine Stichprobe nur für Kinder, die in Schleswig-Holstein leben, würde zu keinen belastbaren Ergebnissen führen.

**Tab. 2**  
**Ergebnisse**

	(1)	(2)	(3)
<b>Panel A: Bildungsbeteiligung</b>			
<b>Vorschule:</b>			
Betreuungsquote (SEU-Daten; N = 6 740)	0,032** (0,013)	0,032** (0,013)	0,031** (0,013)
<b>Grundschule:</b>			
Vorzeitige Einschulung (SchulSt-Daten; N = 2 498)	0,050** (0,023)	0,051** (0,023)	– –
<b>Weiterführende Schule:</b>			
5. Klasse: Gymnasium (SchulSt-Daten; N = 2 530)	0,051 (0,032)	0,052 (0,033)	– –
6. Klasse: Gymnasium (SchulSt-Daten; N = 2 695)	0,016 (0,030)	0,016 (0,030)	– –
<b>Panel B: Bildungserfolg</b>			
<b>Grundschule:</b>			
Schulfähigkeit (SEU-Daten; N = 6 740)	0,009 (0,019)	0,009 (0,019)	0,013 (0,019)
Klassenwiederholung (SchulSt-Daten; N=2482)	– 0,049 (0,037)	– 0,051 (0,037)	– –
<b>Weiterführende Schule:</b>			
Gymnasialempfehlung (SchulSt-Daten; N = 1 959)	0,001 (0,032)	0,001 (0,032)	– –
<b>Kontrollen für:</b>			
- Geburtsmonat	ja	ja	ja
- Kindmerkmale	nein	ja	ja
- Familiencharakteristika	nein	nein	Ja
Anmerkungen: OLS-Schätzungen. Kindmerkmale enthält: Geschlecht und Alter. Familienmerkmale enthält Informationen über Anzahl der Geschwister, Alleinerziehendenhaushalt, Bildung und Herkunftsland der Eltern. Standardfehler sind in Klammern angegeben. *, **, *** kennzeichnet statistische Signifikanz auf 10%, 5% und 1% Niveau.			

Quelle: Schuleingangsuntersuchungen (SEU) 2005–2007, Daten der Schulstatistik (SchulSt-Daten) 2009–2012; Berechnungen des ifo Instituts.

an und lag damit auf dem Niveau der deutschen Kinder. Zweitens führte die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an Einwandererkinder bei Geburt dazu, dass der Anteil der Kinder, die frühzeitig, schon im Alter von fünf Jahren, eingeschult werden, um 5 Prozentpunkte auf 16,6% anstieg. Drittens werden zunächst höhere Übertrittsraten auf das Gymnasium in Jahrgangsstufe 5 festgestellt. Diese Vorteile fallen in Jahrgangsstufe 5 allerdings statistisch nicht signifikant aus und sind in der Jahrgangsstufe 6 nicht mehr vorhanden.

Ob und inwieweit das Geburtsortsprinzip den Bildungserfolg von Einwandererkindern beeinflusst, wird anhand von drei Bildungsmaßen untersucht (vgl. Tab. 2, Panel B): Feststellung der Schulfähigkeit, Klassenwiederholung und Lehrerempfehlung über die weitere Schullaufbahn. Die Analysen zeigen bei keinem der drei Maße eine Verbesserung an. Durch die Datenlage und die Ergebnisse kann nicht eindeutig geklärt werden, welche Wirkungsmechanismen dem Geburtsortsprinzip auf den Bildungserfolg zugeschrieben werden können. Ob sich die gemessenen Kompetenzen der Kinder tatsächlich nicht verbessern, wie die Ergebnisse suggerieren, oder ob Einwandererkinder – mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft – womöglich einer persistenten Diskriminierung bei der Einschätzung ihrer Fähigkeiten durch ärztliches und pädagogisches Fachpersonal ausgesetzt sind, lässt sich nicht abschließend klären. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die drei binären Bildungsmaße zur Messung der Kompetenzen der Kinder nicht gut geeignet sind und der zusätzliche Kompetenzgewinn bei anderen Schwellenwerten oder weiteren Erfolgsmaßen zu Tage treten würde.

In weiterführenden Analysen zu Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg werden weitere denkbare Einwände geprüft. Möglicherweise haben ausländische Eltern ihr Geburtenverhalten Ende der 1990er Jahre, als die Diskussion über ein neues Staatsbürgerschaftsrecht in vollem Gange war, (zunächst) angepasst und geplante Geburten verschoben. Bei diesen Analysen wird unter anderem für mögliche Anpassungseffekte im Geburtenverhalten der ausländischen Eltern kontrolliert und für mögliche zeitgleich stattfindende Veränderungen, die den Bildungsverlauf der Kinder ebenfalls beeinflussen können, Rechnung getragen. Um sehr kurzfristige Anpassungseffekte auszuschließen, werden beispielsweise in der Stichprobe die im Dezember 1999 und im Januar 2000 geborenen Kinder ausgeschlossen. In einer weiteren veränderten Stichprobenzusammensetzung werden nur die Kinder beobachtet, die in den vier Monaten vor und nach dem Stichtag geboren wurden. Zudem wird unter anderem ein sogenannter Placebo-Test mit einheimischen Kindern durchgeführt. All diese zusätzlichen Tests bestätigen die gefundenen Ergebnisse.

## Zusammenfassung

Die Einführung des Geburtsortsprinzips im deutschen Staatsbürgerrecht für Kinder ausländischer Eltern führt zu

einem Anstieg der Bildungsbeteiligung dieser Kinder im frühen Lebensalter. Bei den (vor-)schulischen durch Fachpersonal berichteten und eingeschätzten Kompetenzen dieser Kinder kann jedoch keine Verbesserung festgestellt werden. Ein Erklärungsansatz für die Unterschiede zwischen Bildungsbeteiligung und konstatiertem nicht gefundenen Bildungserfolg sind verstärkte Integrationsbemühungen und gestiegene Bildungsaspirationen der Eltern.

Insgesamt zeigt diese Studie, dass das Geburtsortsprinzip für ausländische Kinder zu einer früheren Integration in das Bildungssystem des Ziellandes führt. Es bleibt allerdings unklar – und damit Gegenstand weiterer Untersuchungen – welche Effekte dies auf den Bildungserfolg dieser Kinder hat. Integration durch Einbürgerung ab Geburt allein garantiert noch keinen nachhaltigen Erfolg im deutschen Bildungssystem. Dafür sind weitere politische Anstrengungen notwendig, die das Bildungspotenzial von Immigrantenkindern besser ausschöpfen. Inwiefern die Einbürgerung ab Geburt weitere positive Effekte auf die Voraussetzungen für eine sozio-ökonomische Integration hat, bedarf ebenfalls weiterer Untersuchungen.

## Literatur

- Avitable, C., I. Clots-Figueras und P. Masella (2013), »The Effect of Birthright Citizenship on Parental Integration Outcomes«, *Journal of Law and Economics* 56(3), 777–810.
- Avitable, C., I. Clots-Figueras und P. Masella (2014), »Citizenship, Fertility and Parental Investment«, *American Economic Journal: Applied Economics* 6(4), 35–65.
- Cunha, F., J. Heckman, L. Lochner und D. Masterov (2006), »Interpreting the Evidence on Life Cycle Skills Formation«, in: E. Hanushek (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. I, Elsevier, Amsterdam, 310–451.
- Felfe, Chr. und J. Saurer (2015), »Granting Birthright Citizenship – A Door Opener for Immigrant Children's Educational Participation and Success«, Ifo Working Paper Nr. 208, Dezember.
- Piracha, M. und Y. Zhu (2012), »Precautionary Savings by Natives and Immigrants in Germany«, *Applied Economics* 44(21), 2767–2776.
- Sajons, C. (2010), »Does Granting Citizenship to Immigrant Children Affect Family Return Migration?«, Draft.
- Sajons, C. (2012), »Does Immigrant's Integration Behavior Change when their Children Are Born with the Host-Country Citizenship?«, Draft.
- Statistisches Bundesamt (2015a), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, vorläufige Wanderungsergebnisse 2014*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2015b), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2014, Fachserie 1 Reihe 2.2*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2015c), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2014, Fachserie 1 Reihe 2*, Wiesbaden.

# ifo Konjunkturprognose 2015–2017: Verhaltener Aufschwung setzt sich fort

23

Timo Wollmershäuser, Wolfgang Nierhaus, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Johanna Garnitz, Christian Grimme, Atanas Hristov, Nikolay Hristov, Wolfgang Meister, Magnus Reif, Felix Schröter, Andreas Steiner, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf

Der verhaltene Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit einiger Zeit befindet, wird sich fortsetzen. In diesem Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zulegen, bevor es im kommenden Jahr voraussichtlich um 1,9% steigt. Im Jahr 2017 dürfte die Zuwachsrates dann wieder auf 1,7% zurückgehen. Der private Konsum wird weiterhin die Stütze des Aufschwungs bleiben, der durch die erneut gesunkenen Rohölpreise, steigende Arbeits- und Transfereinkommen der Haushalte und eine Minderung der kalten Progression befördert wird. Zudem erhöht die Finanz- und Sozialpolitik ihre expansiven Impulse, nicht zuletzt aufgrund der im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration deutlich steigenden staatlichen Konsumausgaben und Transfers. Während die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum wieder stärker expandieren dürften, werden die Ausrüstungsinvestitionen ungeachtet der günstigen Finanzierungsbedingungen nur verhalten zulegen. Da die Importe angesichts der erwarteten kräftigen Inlandsnachfrage stärker steigen werden als die Exporte, kommen vom Außenhandel nahezu keine Impulse.

## 1. Die Lage der Weltwirtschaft

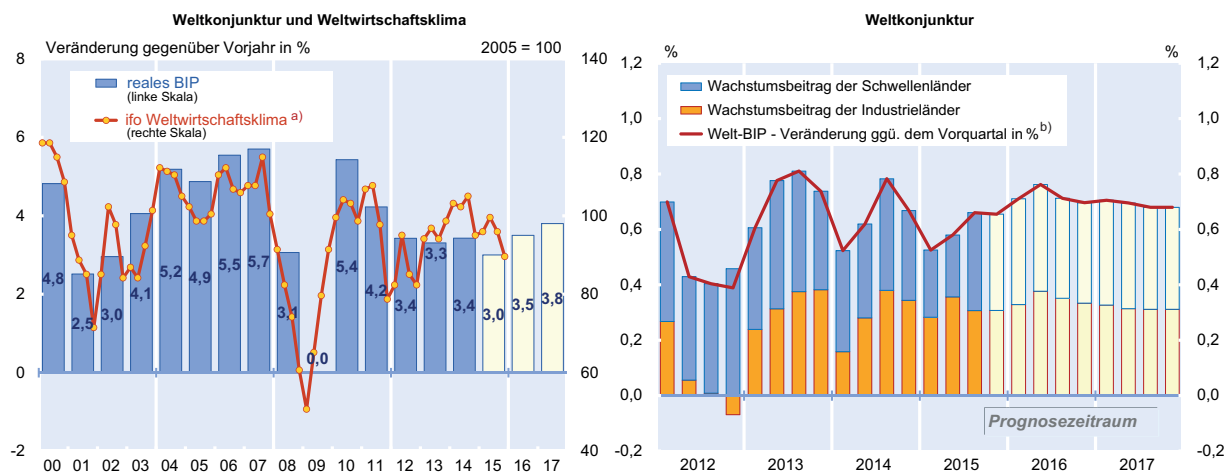
### Überblick

Die Weltwirtschaft blieb im dritten Quartal 2015 dem moderaten Expansionstempo der ersten Jahreshälfte treu. Zwar zeigte sich die Konjunktur in den aufstrebenden Volkswirtschaften im Spätsommer etwas kräftiger als in den Monaten zuvor (vgl. Abb. 1.1). Maßgeblich dafür war vor allem eine gewisse Entschärfung der negativen Tendenzen in wichtigen rohstoffexportierenden Schwellenländern, die unter den seit Mitte vergangenen Jahres stark ge-

sunkenen Preisen für Erdöl sowie für Industrie- und Agrarrohstoffe leiden. Dies vermochte aber zu keiner nennenswerten Beschleunigung der globalen wirtschaftlichen Expansion zu führen. Denn die konjunkturelle Dynamik in China sowie in weiteren wichtigen rohstoffimportierenden Schwellenländern blieb nahezu unverändert und im historischen Vergleich eher moderat. Zudem hat sich im dritten Quartal 2014 der Zuwachs der zusammengefassten Wirtschaftsleistung der fortgeschrittenen Volkswirtschaften gegenüber dem Frühsommer aufgrund temporärer, nichtkonjunktureller Faktoren in den USA etwas verlangsamt.

Abb. 1.1

### Weltkonjunktur



<sup>a)</sup> Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung. - <sup>b)</sup> Gewichteter Durchschnitt der in Tabelle 1.1 aufgeführten Länder. Gewichtung mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar des Vorjahres.

Quellen: IWF, World Economic Outlook; Datenbank; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts; Ifo World Economic Survey; OECD; Berechnungen des ifo Instituts; ab dem vierten Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.



Trotz dieser temporären Abschwächung profitieren nahezu alle fortgeschrittenen Volkswirtschaften von den Entwicklungen an den Rohstoffmärkten in den zurückliegenden zwölf Monaten. So ist der Preis eines Barrels der Sorte Brent in der zweiten Jahreshälfte 2014 um knapp 60% auf gut 44 US-Dollar gesunken. Nach einer leichten Erholung im ersten Quartal 2015 auf etwas mehr als 60 US-Dollar ist er seit Mitte Mai erneut um gut 30% zurückgegangen. Auch die Notierungen weiterer Agrar- und Industrierohstoffe sind seit Mitte 2014 spürbar abwärtsgerichtet, wenngleich nicht im selben Maße wie der Erdölpreis. Dennoch ist die konjunkturelle Entwicklung wie auch in den vergangenen Quartalen über die einzelnen Industrieländer hinweg sehr heterogen. So befinden sich die USA und Großbritannien in einem moderaten Aufschwung. In beiden Ländern liegt das Bruttoinlandsprodukt bereits deutlich über seinem Vorkrisenniveau, und die Produktionskapazitäten sind weitgehend ausgelastet. Darauf deutet unter anderem die Entwicklung der Arbeitslosenquote hin, die in beiden Volkswirtschaften bereits ähnlich niedrig ist wie im Boomjahr 2007. Zwar wird die Wettbewerbsfähigkeit der USA und Großbritanniens durch die kräftige Aufwertung des US-Dollars und des britischen Pfunds seit dem Sommer 2014 belastet. Die Binnenwirtschaft wird aber stark durch die zunehmende Aufhellung auf dem Arbeitsmarkt, die verbesserte Vermögenssituation der privaten Haushalte und die niedrigen Energiepreisen gestützt. Deutlich geringer hingegen ist nach wie vor das wirtschaftliche Expansionstempo im Euroraum und in Japan. Zwar haben die Währungen beider Volkswirtschaften in den zurückliegenden eineinhalb Jahren, nicht zuletzt aufgrund der expansiver werdenden Geldpolitik, abgewertet, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbesserte. Zudem besteht im Euroraum noch immer eine beträchtliche Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Dennoch beschert diesen Ländern eine Vielzahl ungelöster struktureller Probleme lediglich ein mäßiges langfristiges Trendwachstum und verhindert zudem eine raschere Reduktion des vor allem im Euroraum bestehenden Abstands zum Produktionspotenzial. Darüber hinaus wird die Konjunktur in Japan durch die restriktive Finanzpolitik gedämpft.

Auch in China sowie in vielen ostasiatischen Schwellenländern wurde im zurückliegenden Sommerhalbjahr die Binnennachfrage durch die vorteilhafte Entwicklung des Ölpreises gestützt. Dem stand jedoch eine Reihe von Faktoren gegenüber, die die Ausweitung der zusammengefassten Wirtschaftsleistung der aufstrebenden Ökonomien dämpfte. So nimmt in China die Wachstumsdynamik allmählich ab, was eine seit einigen Jahren anhaltende, strukturell bedingte Tendenz reflektiert. Während dabei der Dienstleistungssektor zunehmend an Bedeutung gewinnt, gehen vor allem die Zuwachsraten in rohstoffintensiven Wirtschaftsbereichen wie der Industrie und dem Bau spürbar zurück. Seit Mitte vergangenen Jahres führte dieser nachfrageseitige Effekt zusammen mit angebotsseitigen Faktoren (vgl. Woll-

mershäuser et al. 2014, S. 57; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2015, Kap. 6) zum Verfall der Preise für Erdöl sowie anderer Industrie- und Agrarrohstoffe und trug damit maßgeblich zur deutlichen Verschlechterung der konjunkturellen Lage in Russland, Brasilien, Indonesien und weiteren Schwellenländern bei. Da diese Volkswirtschaften von Rohstoffexporten abhängig sind, führt deren Preisverfall zu schmerzhaften Einbußen beim Volkseinkommen und schränkt den Ausgabenspielraum von Haushalten und Unternehmen ein. Zudem verringert sich aus der Sicht der internationalen Investoren die Attraktivität der rohstoffexportierenden Länder als Anlageziel. Entsprechend gerieten viele Währungen, wie jene Brasiliens, Russlands und Indonesiens, in den zurückliegenden anderthalb Jahren wiederholt unter Abwertungsdruck. Dieser beschleunigte den Preisauftrieb und veranlasste die dortigen Notenbanken zu einer zum Teil erheblichen Straffung der Geldpolitik. Schließlich hat in Brasilien die Finanzpolitik zu Jahresbeginn einen spürbar restriktiveren Kurs eingeschlagen, während sich in Russland die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen, die dem Land im Gefolge des politischen Konflikts mit der Ukraine auferlegt wurden, bemerkbar machen. Entsprechend schrumpfte die aggregierte Wirtschaftsleistung Russlands und Brasiliens in der ersten Jahreshälfte kräftig, ehe die Rezession im Spätsommer 2015 an Schärfe verlor.

Für großes Aufsehen sorgten im Sommer die starken Turbulenzen am chinesischen Aktienmarkt. So verlor der Shanghai Stock Exchange Composite – der meist beachtete Aktienindex des Landes – im Zeitraum von Juni bis Ende August etwa ein Drittel seines Wertes, ehe er sich danach wieder stabilisierte. Vieles spricht dafür, dass es sich bei diesen Erschütterungen um eine wünschenswerte Korrektur vorangegangener, fundamental nicht gerechtfertigter Übertreibungen handelt, die keine merklichen Spuren in der Realwirtschaft hinterlassen dürften. So stand der außerordentlich starke Anstieg der Aktienkurse zwischen Juli 2014 und Juni 2015 im scharfen Gegensatz zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsleistung, deren Expansionstempo seit einigen Jahren trendmäßig abnimmt. Ferner ist der Aktienmarkt in China von deutlich geringerer Bedeutung für die Vermögensposition der privaten Haushalte oder als Finanzierungsinstrument für die Unternehmen als etwa in den USA (vgl. Internationaler Währungsfonds 2015). Zwar haben die Turbulenzen an den chinesischen Börsen unmittelbar negativ auf das Geschehen an den internationalen Finanzmärkten ausgestrahlt, die Verunsicherung unter den Kapitalmarktakteuren erhöht und zu Umschichtungen in ihren Portfolios zulasten von Schwellenländern geführt, die besonders starke Handelsverflechtungen mit China aufweisen. Viele traf dies zu einem ausgesprochen ungünstigen Zeitpunkt, da sie bereits unter den gesunkenen Preisen ihrer Rohstoffexporte litten. Allerdings war die Unruhe an den internationalen Kapitalmärkten rein kurzfristiger Natur. Bereits Ende Oktober befanden sich diese zumeist wieder auf Er-



holungskurs, und der Kapitalabzug aus China sowie weiteren Schwellenländern konnte weitgehend eingedämmt werden. Dazu trug nicht zuletzt die konjunkturelle Entwicklung im Reich der Mitte bei, die im Frühherbst deutlich besser ausfiel als von vielen Marktteilnehmern erwartet. Auch die abermalige Verschiebung der Zinswende in den USA dürfte die Attraktivität vieler Schwellenländer als Anlageziel relativ begünstigt haben. Schließlich hat die chinesische Wirtschaftspolitik mit einer Reihe von Maßnahmen in das Wirtschaftsgeschehen mit dem Ziel eingegriffen, die Aktienkurse zu stabilisieren und den Kapitalabfluss zu verringern. So wurden den Marktteilnehmern strikte Handelsbeschränkungen auferlegt sowie seitens der People's Bank of China Devisenreserven veräußert. Es erscheint jedoch fraglich, ob die zum Teil überhasteten Eingriffe der Regierung und der Notenbank tatsächlich erforderlich waren. Allenfalls trugen diese dazu bei, eine durchaus erwünschte Marktkorrektur auszubremsten. Dies dürfte zudem die Glaubwürdigkeit der von der chinesischen Führung angekündigten sukzessiven Liberalisierung des Finanzsektors geschwächt haben.

### **Geldpolitik: Geldpolitische Divergenz zwischen den Industrieländern verstärkt sich**

Die Geldpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist nach wie vor sehr expansiv ausgerichtet. Dies verleiht den Aktienmärkten Auftrieb und sorgt vielerorts in der Welt für historisch niedrige Renditen an den Anleihemärkten. Dabei hat sich der geldpolitische Expansionsgrad in den einzelnen Industrieländern seit Beginn 2014 zunehmend auseinander entwickelt. So haben die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank of Japan, angesichts der deutlich moderateren konjunkturellen Dynamik und eines zu geringen Preisauftriebs, ihre Wertpapierankaufprogramme in diesem Zeitraum massiv ausgeweitet. Auch haben die beiden Notenbanken ihre Bereitschaft signalisiert, die Leitzinsen noch bis mindestens 2017 auf ihrem aktuellen Niveau von nahe null zu belassen. Hingegen hat im vergangenen Jahr die US-Notenbank (Fed) den Neuankauf von Wertpapieren sukzessive verringert und im Dezember 2014 ganz eingestellt. Zudem ist damit zu rechnen, dass der Offenmarktausschuss der Fed im Dezember 2015 die erste Zinsanhebung seit Ausbruch der Finanzkrise vornehmen wird. Auch in Großbritannien dürfte im kommenden Jahr die Zinswende eingeleitet werden. Diese geldpolitische Divergenz zog seit Mitte vergangenen Jahres merkliche Wechselkursveränderungen nach sich. So verloren der Euro und der japanische Yen in diesem Zeitraum massiv an Wert, während der US-Dollar und das britische Pfund eine nahezu gegenteilige Entwicklung durchliefen. Seit Mitte Oktober 2015 wertete der Euro erneut stark gegenüber dem US-Dollar ab. Maßgeblich dafür waren die sich verdichtenden Anzeichen, dass die EZB aller Voraussicht nach ab Jahresbeginn 2016 ihren Expansionsgrad weiter erhöhen wird. Tatsächlich be-

schloss der EZB-Rat auf seiner Sitzung im Dezember 2015 die Mindestdauer des Anleiheankaufprogramms in Höhe von monatlich 60 Mrd. Euro um ein halbes Jahr zu verlängern. Zudem wurde der Einlagezins, den Banken für ihre Einlagen bei der EZB zu entrichten haben, von – 0,2% auf – 0,3% gesenkt. Da jedoch auf die erwartete Ausweitung der monatlichen Wertpapierankäufe verzichtet wurde, machte der Euro einen Teil der Wertverluste wieder wett.

Die Angemessenheit der von der EZB im Dezember 2015 beschlossenen expansiven Maßnahmen ist kritisch zu betrachten. Zwar war der Preisauftrieb im Euroraum mit 0,1% im November äußerst gering. Dies ist aber zu einem erheblichen Teil auf die seit Mitte 2015 abermals stark gesunkenen Ölpreise zurückzuführen. Hingegen ist die Kerninflationsrate seit Januar, als sie mit 0,6% ihren Tiefpunkt erreichte, moderat aufwärtsgerichtet und lag im November bei 0,9%. Zudem dürfte sich die negative Produktionslücke im Prognosezeitraum, wenngleich nur langsam, weiter verringern, und die Effekte gesunkener Rohstoffpreise werden wohl allmählich auslaufen. Entsprechend ist damit zu rechnen, dass Kern- und Gesamtinflationsrate auch ohne zusätzliche geldpolitische Maßnahmen zunehmen und gegen Ende 2017 ein Niveau erreicht haben werden, das mit dem mittelfristigen Inflationsziel der EZB von knapp 2% vereinbar ist. Auch sind die Störungen im geldpolitischen Transmissionsprozess deutlich geringer als noch in der ersten Hälfte 2014. Darauf deutet die zunehmende Angleichung der Kreditzinsen in den ehemaligen Krisenländern an jene in den Kernländern des Euroraums hin.

Auch in den Schwellenländern hat sich der Expansionsgrad der Geldpolitik seit Jahresbeginn sehr unterschiedlich entwickelt. So nutzten die Zentralbanken vieler asiatischer Länder (China, Indien, Thailand, Südkorea) den Spielraum, der durch die moderate Inflation eröffnet wurde, für Zinssenkungen. Besonders kräftig wurde zuletzt die Geldpolitik in China gelockert. Dort wurde der Leitzins im Sommer in zwei Schritten um insgesamt 0,5 Prozentpunkte gesenkt, während die Mindestreserveanforderungen an Geschäftsbanken kräftig um 1,5 Prozentpunkte verringert wurden. Zudem ließ die Notenbank eine Abwertung des Yuan um etwa 4% gegenüber dem US-Dollar zu und weitete die Bandbreite der von ihr tolerierten Wechselkurschwankungen aus. In Brasilien hingegen wurden die geldpolitischen Zügel spürbar gestrafft, um dem starken Abwertungsdruck auf die heimische Währung entgegenzuwirken. Damit soll zum einen die hohe Inflation bekämpft werden, die vor allem wechselkursbedingt deutlich über dem Zielwert der Zentralbank liegt. Zum anderen erhöht die Abwertung den realen Wert der überwiegend in US-Dollar denominierten Auslandsschulden und stellt damit eine zusätzliche Belastung für private Unternehmen und den Staat dar. Auch in Russland ist die Geldpolitik deutlich restriktiv ausgerichtet, obschon der maßgebliche Leitzins in den vergangenen Monaten et-

was herabgesetzt wurde. Hier liegt die Inflation seit Jahresbeginn bei über 16%. Zugleich geriet der Rubel, nach einer kurzen Erholung im Frühjahr, in den Sommermonaten wieder unter starken Abwertungsdruck. Ausschlaggebend hierfür war neben den konjunkturellen Belastungen aufgrund der niedrigen Rohstoffpreisnotierungen vor allem das politische Zerwürfnis zwischen Russland und dem Westen, das die internationalen Investoren zu einem massiven Kapitalabzug veranlasste.

### **Finanzpolitik: Bleibt in etwa neutral**

Die Finanzpolitik dürfte in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften in diesem Jahr sowie im Prognosezeitraum in etwa neutral wirken, nachdem sie in den zurückliegenden zwei Jahren sukzessive gelockert wurde. Lediglich in Japan werden vom Staat spürbare negative konjunkturelle Impulse ausgehen. Ausschlaggebend dafür ist das Auslaufen großer Konjunkturpakete, die in den Jahren 2013 und 2014 im Rahmen des Abenomics-Programms zur Belebung des Wirtschaftswachstums und der Inflation beschlossen wurden. Zudem ist für April 2017 eine erneute Anhebung des Mehrwertsteuersatzes geplant. Der finanzpolitische Kurs in vielen Industrieländern konnte jüngst auch etwas gelockert werden, weil die stark gesunkenen Staatsanleihezinsen eine beträchtliche Entlastung für die öffentlichen Haushalte darstellen. So können die vereinbarten Defizitziele auch mit einer weniger disziplinierten Ausgabenpolitik erreicht werden. Zudem dürften die Mitgliedsländer des Euroraums in Zukunft über einen größeren fiskalischen Spielraum verfügen. Darauf deutet die Neuinterpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts hin, die die Europäische Kommission zu Jahresbeginn veröffentlicht hat.

In den aufstrebenden Volkswirtschaften dürfte die Finanzpolitik im Prognosezeitraum durch eine große Heterogenität gekennzeichnet sein. So werden in Indien und China öffentliche Investitionsprogramme die Konjunktur stützen. Auch in Russland sind staatliche Ausgabenprogramme aufgelegt worden, die die Rezession abmildern sollen. In Brasilien hingegen fiel die Finanzpolitik im laufenden Jahr spürbar restriktiver aus. Dort sind jüngst Kürzungen bei den Sozialausgaben und Subventionen sowie diverse Steuererhöhungen und die Anhebung zahlreicher administrierter Preise beschlossen worden. Im Prognosezeitraum dürfte der finanzpolitische Kurs in Brasilien weiter gestrafft werden.

### **Ausblick: Auftriebskräfte nehmen wieder zu**

Die weltwirtschaftliche Expansion dürfte sich im vierten Quartal dieses Jahres in einem ähnlich moderaten Tempo wie im vergangenen Sommer fortgesetzt haben. Dafür spricht die Entwicklung zahlreicher Frühindikatoren. Zwar

befinden sich diese mehrheitlich auf einem überdurchschnittlichen Niveau. Der jüngste Rückgang des ifo Weltwirtschaftsklimas deutet jedoch darauf hin, dass mit keiner konjunkturellen Beschleunigung in den Wintermonaten zu rechnen ist. In der ersten Jahreshälfte 2016 werden die Auftriebskräfte durch die neuerlich stark gesunkenen Ölpreise wieder zunehmen. Denn der positive Effekt auf die erdölimportierenden Länder dürfte aufgrund ihrer höheren Ausgabebereitschaft stärker ausfallen als die konjunkturellen Belastungen, die sich für die ölexportierenden Ökonomien ergeben werden. Da diese Effekte im Verlauf des kommenden Jahres langsam auslaufen werden, wird das globale Expansionstempo wieder etwas zurückgehen.

Die Konjunktur in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird im Prognosezeitraum auch von der Entwicklung der nominalen Wechselkurse geprägt. So dürften die Exportzuwächse der USA aufgrund der Erstarkung des Dollar gedämpft bleiben, wohingegen die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus dem Euroraum und Japan angesichts der Abwertung des Euro und des Yen beschleunigt zunehmen dürfte. Dennoch wird die aggregierte Wirtschaftsleistung der USA auch im Prognosezeitraum kräftiger expandieren als jene des Euroraums und Japans. Im Euroraum wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin durch zahlreiche Strukturprobleme geschwächt, wenngleich die daraus resultierenden Belastungen aufgrund der vielerorts durchgeführten Reformen im Bankensektor sowie auf den Arbeits- und Gütermärkten allmählich abnehmen werden. Auch Japan dürfte im Prognosezeitraum nur moderat expandieren. Zwar ist die Geldpolitik auch dort äußerst expansiv, und die geplante schrittweise Inbetriebnahme einer Reihe von Atomkraftwerken dürfte den Bedarf an Energieimporten reduzieren. Allerdings werden die spürbar restriktive Finanzpolitik sowie strukturelle Faktoren, wie ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial und ein relativ geringes Produktivitätswachstum, einen kräftigeren Aufschwung verhindern.

Das Expansionstempo in den Schwellenländern wird sich im Prognosezeitraum kaum gegenüber dem laufenden Jahr verändern. Zwar werden Brasilien und Russland die Rezession im Verlauf des kommenden Jahres wohl überwinden, und der niedrige Erdölpreis dürfte positive Impulse in China, Indien und vielen ostasiatischen Ökonomien zeitigen. Dem stehen jedoch Kräfte entgegen, die eine nennenswerte konjunkturelle Belebung verhindern werden. So wird sich die trendmäßige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in China wohl weiter fortsetzen. Ferner werden die vor allem in den USA langsam steigenden Langfristzinsen eine zunehmende Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für die Schwellenländer nach sich ziehen. Dennoch wird das reale Bruttoinlandsprodukt in den Schwellenländern auch im Prognosezeitraum etwa doppelt so schnell zulegen wie jenes in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

**Tab. 1.1**  
**Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt**  
 2014 bis 2017

	Gewicht <sup>a)</sup>	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %							
		2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Industrieländer</b>									
EU 28	26,6	1,3	1,8	1,9	1,8	0,6	0,0	0,9	1,5
USA	25,9	2,4	2,5	2,5	2,4	1,4	0,3	1,0	1,7
Japan	9,5	− 0,1	0,6	0,6	0,7	2,8	0,9	1,2	2,1
Asiatische Tigerstaaten <sup>b)</sup>	3,4	3,3	2,0	2,9	3,1	1,6	0,5	1,4	1,5
<b>Industrieländer insg.<sup>c)</sup></b>	70,0	1,7	1,9	1,9	1,9	1,3	0,3	1,2	1,6
<b>Schwellenländer</b>									
Russland	3,2	0,6	− 3,5	0,3	1,2	7,8	13,0	8,0	7,0
China	13,1	7,3	6,8	6,8	6,1	2,0	1,5	2,2	2,3
Indien	2,9	7,1	7,3	7,5	7,6	6,7	5,1	5,6	5,5
Südostasiatische Schwellenländer <sup>d)</sup>	2,9	4,5	4,6	5,2	5,3	4,7	3,0	3,8	4,2
Lateinamerika <sup>e)</sup>	7,8	0,9	− 0,7	− 0,1	2,0	10,9	19,4	12,6	10,4
<b>Schwellenländer insg.</b>	30,0	4,6	3,6	4,2	4,5	5,7	7,9	6,0	5,4
<i>nachrichtlich:</i>									
<b>Weltwirtschaft<sup>f)</sup></b>	100,0	3,4	3,0	3,5	3,8	2,6	2,6	2,6	2,7
<b>ifo Exportindikator<sup>g)</sup></b>		1,6	1,8	1,8	1,7				
<b>Welthandel, real<sup>h)</sup></b>		3,4	3,3	4,2	4,2				
<b>Annahmen</b>									
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)			54,1	45,3	46,2				
Wechselkurs US-Dollar/Euro			1,11	1,05	1,05				

<sup>a)</sup> Gewichtet mit Kaufkraftparitäten des Jahres 2014. – <sup>b)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. – <sup>c)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus den EU-28-Ländern, USA, Japan, Kanada, Schweiz, Norwegen, Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. – <sup>d)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus Indonesien, Thailand, Malaysia und Philippinen. – <sup>e)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien und Chile. – <sup>f)</sup> Weltwirtschaft nach Abgrenzung des IWF. – <sup>g)</sup> Bruttoinlandsprodukte von 36 Ländern gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. – <sup>h)</sup> Welthandel von Waren und Dienstleistungen in Abgrenzung der OECD.

Quelle: OECD; IWF; Berechnungen des ifo Instituts; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2015

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem Jahr mit 3,0%, im kommenden Jahr mit 3,5% und im Jahr 2017 mit 3,8% zunehmen (vgl. Tab. 1.1). Der Welthandel wird in diesem Jahr voraussichtlich um lediglich 3,3% expandieren, ehe sich seine Zuwachsrates bei 4,2% in den beiden Folgejahren stabilisiert. Dabei werden sich die Leistungsbilanzen der meisten rohstoffexportierenden Schwellenländer verschlechtern. Angesichts des starken Dollar dürften auch in den USA die Exporte deutlich langsamer zulegen als die Importe. Im Euroraum und in Japan wird sich der Leistungsbilanzsaldo dagegen verbessern.

## Risiken

Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum geht von den politischen Spannungen im Nahen Osten und den unübersichtlichen Interessenslagen der an den zahlreichen Konflikten beteiligten Parteien aus. Zwar dürften die jüngst in Paris von einer dieser Parteien verübten Terroranschläge keine nennenswerten konjunkturellen Auswirkungen haben (vgl. Kasten »Zu den konjunkturellen Auswirkungen von Terroranschlägen«). Die daraus hervorgehenden politischen Reaktionen Frankreichs sowie anderer Nationen zeigen jedoch, wie brisant die geo-

politische Lage im Nahen Osten ist. Eine Eskalation der Zerwürfnisse dort könnte Konsumenten, Produzenten und Investoren auf der ganzen Welt verunsichern und somit die konjunkturelle Entwicklung spürbar dämpfen. In einem solchen Szenario könnte es auch zu einem sprunghaften Anstieg der Ölpreise kommen, denn viele der Länder im Nahen Osten gehören zu den wichtigsten Förderern dieses Rohstoffes.

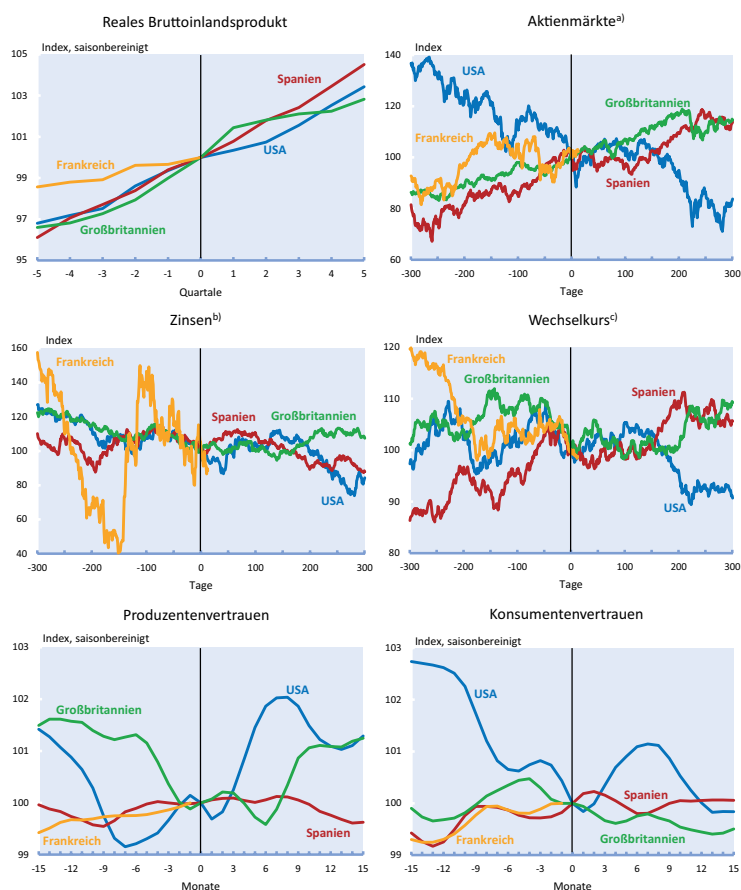
Risiken gehen auch von der erwarteten allmählichen Straffung der Geldpolitik in den USA aus. So ist damit zu rechnen, dass die Fed im Dezember 2015 erste Zinsanhebungen vornehmen wird. Dies würde die relative Attraktivität der USA als Anlagestandort erhöhen und dürfte Portfoliumschichtungen zulasten anderer Regionen nach sich ziehen. Im Extremfall könnte dies erneut zu Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern führen, wodurch es dort zu starken Finanzmarkturbulenzen oder gar zu Wechselkurskrisen kommen könnte. Besonders stark könnte dies jene Länder treffen, die eine relativ hohe, auf US-Dollar lautende Auslandsverschuldung aufweisen (Brasilien, Indonesien, Türkei). Auch für rohstoffexportierende Schwellenländer wie Russland sowie viele lateinamerikanische Staaten, die bereits mit den negativen Auswirkungen niedriger Rohstoffpreise zu kämp-

**Kasten****Zu den konjunkturellen Auswirkungen von Terroranschlägen**

Terroranschläge mit Toten und Verletzten stellen menschliche Tragödien dar. Darüber hinaus können sie jedoch auch das alltägliche Verhalten von Menschen auf den Güter- und Finanzmärkten beeinflussen. Es ist nämlich denkbar, dass Terroranschläge zu einer signifikanten Verunsicherung zahlreicher Wirtschaftsakteure führen. Dies wiederum könnte spürbare negative Konsequenzen für die konjunkturelle Entwicklung haben. Denn in Zeiten erhöhter Unsicherheit werden typischerweise Konsum- und Investitionsausgaben aufgeschoben. Zudem nehmen die Risikoprämien an den Kapitalmärkten zu, was die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte verschlechtert.

Im Folgenden soll eine Abschätzung der wahrscheinlichen konjunkturellen Effekte des Terroranschlags in Paris vom 13. November 2015 vorgenommen werden. Dies geschieht auf Basis einer deskriptiven Analyse der Reaktionen wichtiger makroökonomischer Größen im Gefolge vergangener Attentate. Konkret werden dabei die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA, die Madrider Zuganschläge vom 11. März 2004, die Explosionen in öffentlichen Verkehrsmitteln in London am 7. Juli 2005 und die Pariser Attentatsserie am 13. November 2015 betrachtet.

Abbildung 1.2 stellt die Entwicklung wichtiger makroökonomischer Größen in einem Zeitfenster dar, das sich über mehrere Monate vor und nach dem jeweiligen Anschlag erstreckt. Nach den Anschlägen am 11. September 2001, einem Dienstag, öffneten die Börsen erst wieder am darauffolgenden Montag. An diesem Tag fiel der S&P 500 um 4,9%. Genau einen Monat später erreichte der Index wieder seinen Wert, den er vor den Anschlägen hatte. Längerfristig betrachtet setzte der Index seinen abwärts gerichteten Trend fort. Am Tag der Madrider Anschläge (11. März 2004) verlor der spanische Aktienindex 2,2%; innerhalb von vier Wochen war jedoch auch hier das Niveau von vor den Anschlägen wieder erreicht, und der aufwärtsgerichtete Trend setzte sich fort. Der britische Index verlor 1,4%, bevor er seinen Aufwärtstrend fortsetzte. An der Pariser Börse war nach den dortigen Attentaten kein merklicher Effekt festzustellen. Bei den Kapitalmarktzinsen sind in den vier Ländern qualitativ ähnliche Effekte im Nachgang der Anschläge beobachtbar: Während die Zinsen am Tag der Attacke zurückgingen, änderte dies weder ihren längerfristigen Trend noch führte es zu einer Niveauverschiebung. Bis auf die USA kam es nach den Terroranschlägen zu geringen Abwertungen der Währungen, die jedoch nach wenigen Tagen wieder ausgeglichen waren.

**Abb. 1.2****Verlauf wichtiger Konjunkturgrößen um den Zeitpunkt von Terroranschlägen**

<sup>a)</sup> USA: S&P 500; Spanien: IBEX 35; Großbritannien: FTSE 100; Frankreich: CAC 40. – <sup>b)</sup> Rendite 10-jähriger Staatsanleihen des jeweiligen Landes. – <sup>c)</sup> Frankreich, Spanien: \$ je Euro; Großbritannien: Euro je £; USA: Euro je \$.

Quellen: BME Spanish Exchanges; Bureau of Economic Analysis; Datastream; Euronext Paris; Merrill Lynch International and Company CV; National Institute for Statistics and Economic Studies (INSEE); National Statistics Institute (INE); Office for National Statistics; Standard and Poors (S&P); WM/Reuters; Berechnungen des ifo Instituts.

wöhnlich und lagen im Rahmen der normalen Schwankungsbreite. Wenn Effekte beobachtbar sind, sind diese nur kurzfristig. Die Größen kehren schon nach relativ kurzer Zeit zu ihrem Trendverlauf zurück. Einschränkend ist anzumerken, dass im Rahmen dieser einfachen Analyse die Effekte der Attentate nicht isoliert werden können. Sie gehen mit einer Vielzahl anderer Faktoren einher, die in dieser Analyse unberücksichtigt bleiben.

Beim Konsumenten- und Produzentenvertrauen sind qualitativ ähnliche Effekte festzuhalten: In Folge der Anschläge ist bei beiden weder eine Niveauverschiebung noch eine Trendänderung beobachtbar. In den USA verringerte sich das Vertrauen kurzfristig zwar stärker als in den anderen Ländern, kehrte jedoch innerhalb weniger Monate auf seinen langfristigen Verlauf zurück (vgl. auch Garner 2002). In Spanien und Großbritannien setzten die Reihen ihren bisherigen Trend fort.

Alles in allem scheinen sowohl die Finanzmarktvariablen als auch die Vertrauensindikatoren nur in geringem Maße auf die Terroranschläge reagiert zu haben. Die beobachteten Effekte sind in ihrer Größenordnung keineswegs außergewöhnlich und lagen im Rahmen der normalen Schwankungsbreite.

fen haben, könnten sich die Probleme derart verschärfen, dass es dort zu krisenhaften Verwerfungen kommt.

Auch die zuletzt durch die EZB beschlossene Verlängerung des Wertpapierankaufprogramms birgt Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur im Euroraum. So könnte die lockerere Bereitstellung billigen Geldes die Bildung von Vermögenspreisblasen begünstigen, deren Platzen zu schmerzhaften Verwerfungen an den inner- und außereuropäischen Finanzmärkten führt. Zudem generiert gerade das Staatsanleiheankaufprogramm der EZB auch Fehlanreize für die Finanzpolitik. Bereits jetzt ist eine Reihe europäischer Regierungen, auch jene Spaniens und Italiens, in der Lage, mehrjährige Anleihen mit einer negativen Verzinsung zu emittieren. Die dadurch entstehenden fiskalischen Puffer werden vielerorts jedoch nicht dazu genutzt, um die staatlichen Defizite weiter zu reduzieren oder gar Schulden abzubauen. Vielmehr werden aus politischen Gründen diverse Ausgaben ausgeweitet oder Steuersenkungen vorgenommen. Zwar lassen diese Maßnahmen das laufende Gesamtdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in etwa unverändert, erhöhen aber längerfristig die strukturellen Defizite und wirken sich damit dauerhaft negativ auf die Verschuldungssituation der öffentlichen Hand aus. Dies reduziert die künftige Fähigkeit vieler Euroraumländer, adverse Schocks durch fiskalpolitische Eingriffe abzufedern, und macht sie anfälliger für die wechselnden Launen der internationalen Kapitalmärkte. Das Risiko krisenhafter Verwerfungen und einer Neuauflage der europäischen Schuldenkrise nimmt damit zu.

### Moderater Aufschwung in den USA setzt sich fort

Nach einem schwachen Start zu Jahresbeginn ist die US-amerikanische Wirtschaft zu moderaten Zuwachsraten zurückgekehrt. Damit hat sich bestätigt, dass die Schwäche im ersten Quartal vornehmlich auf temporäre Faktoren, wie den strengen Winter und die Streiks der Hafenarbeiter, zurückzuführen war. Folgerichtig war das zweite Quartal mit einer Zuwachsrate von 1% gegenüber dem Vorquartal von Nachholeffekten geprägt. Im dritten Quartal nahm die Wirtschaftsleistung mit 0,5% in etwa demselben Tempo wie im Durchschnitt des ersten Halbjahres zu. Die größten Wachstumsbeiträge lieferten der private Konsum (+ 0,5 Prozentpunkte) und die Ausrüstungsinvestitionen (+ 0,1 Prozentpunkt).

Der Arbeitsmarkt hat sich weiter positiv entwickelt. Die Arbeitslosenquote sank von

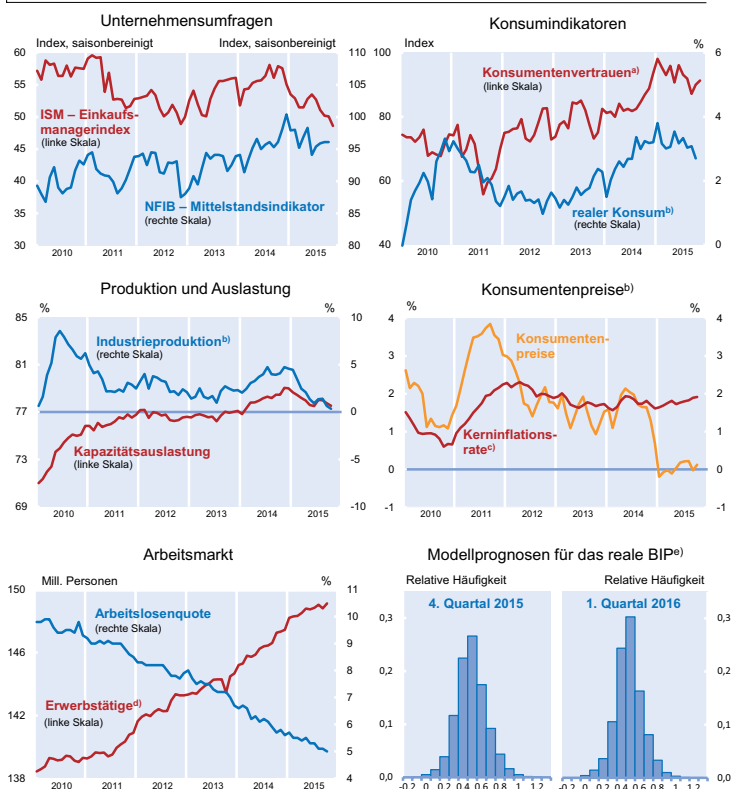
5,7% zu Beginn des Jahres auf 5,0% im November (vgl. Abb. 1.3). Nachdem der Beschäftigungsaufbau im Sommer etwas schwächer war, wurden im November mit 211 000 neuen Stellen in etwa so viele Beschäftigungsverhältnisse geschaffen wie im Durchschnitt der vergangenen zwölf Monate. Bemerkenswert ist der Rückgang der Teilzeitarbeit. Gleichzeitig verringerte sich die Partizipationsrate geringfügig.

Der Lohnauftrieb hat sich bisher nicht beschleunigt. Die Stundenlöhne vor Steuern in der Privatwirtschaft nehmen seit Ende 2010 pro Jahr um rund 2% zu. Dennoch stiegen die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte angesichts der geringen Inflation und der neu geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse seit Anfang 2014 merklich. Im Oktober lagen sie um 3,9% über ihrem Vorjahreswert. Die Haushaltsvermögen profitierten zudem von steigenden Immobilien- und Aktienpreisen. Es ist davon auszugehen, dass der private Konsum weiterhin die Stütze des konjunkturellen Aufschwungs bleibt.

Die amerikanische Notenbank hielt auch nach der Sitzung des Offenmarktausschusses im Oktober an ihrer Nullzinspolitik fest. Dies wurde in erster Linie mit den Arbeitsmarktzahlen begründet, die zum Zeitpunkt des Zinsentscheids schlechter ausfielen als erwartet. Nachdem im Oktober die

Abb. 1.3

#### Konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten



a) Index der University of Michigan. – b) Veränderung gegenüber Vorjahr in %. – c) Ohne Energie und Nahrungsmittel. – d) Zivile Erwerbstätige insgesamt, saisonbereinigt. – e) Verteilung der sich im Rahmen eines Kombinationsansatzes ergebenden Veränderungsraten des BIP gegenüber Vorquartal; vgl. Carstensen et al. (2009).

Quellen: Bureau of Labor Statistics; Federal Reserve; U.S. Department of Commerce; NFIB – National Federation of Independent Business; ISM – Institute for Supply Management; Bureau of Economic Analysis; The Conference Board; Berechnungen des ifo Instituts.



**Tab. 1.2**  
**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA**

	2014	2015	2016	2017
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</b>				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,4	2,5	2,5	2,4
Privater Konsum	2,7	3,2	3,0	2,5
Staatskonsum und -investitionen	- 0,6	0,8	1,6	1,8
Private Anlageinvestitionen	5,3	4,3	4,8	4,8
Vorratsveränderungen <sup>a)</sup>	0,0	0,2	- 0,1	0,0
Inländische Verwendung <sup>a)</sup>	2,6	3,2	2,7	2,6
Exporte	3,4	1,5	3,3	4,8
Importe	3,8	5,3	4,2	4,8
Außenbeitrag <sup>a)</sup>	- 0,2	- 0,7	- 0,3	- 0,2
Verbraucherpreise	1,6	0,2	1,1	1,6
<b>In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts</b>				
Budgetsaldo <sup>b)</sup>	- 2,8	- 2,5	- 2,4	- 2,4
Leistungsbilanzsaldo	- 2,2	- 2,6	- 2,8	- 2,8
<b>In % der Erwerbspersonen</b>				
Arbeitslosenquote	6,2	5,3	4,9	4,8

<sup>a)</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>b)</sup> Budget des Bundes, Fiskaljahr.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labour Statistics; ab 2015: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2015

Zahl der neu geschaffenen Stellen ihren höchsten Wert des Jahres 2015 erreichte, sollte einer Erhöhung des Zinssatzes um 0,25 Prozentpunkte bei der kommenden Sitzung des Ausschusses im Dezember nichts im Wege stehen. Da die Marktteilnehmer diesen geldpolitischen Schritt aber mehrheitlich erwarten, dürfte die Zinsanhebung keine negativen konjunkturellen Impulse erzeugen. Vielmehr erscheint eine weniger expansive Geldpolitik überfällig und der konjunkturellen Lage angemessen, um u.a. Fehlallokationen an den Finanzmärkten zu verhindern. Die Notenbank dürfte dann im Prognosezeitraum die Zinsen relativ langsam anheben.

Der Finanzpolitik ist in der jüngsten Vergangenheit der Spagat gelungen, einen Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beizutragen und gleichzeitig das Defizit des Bundeshaushaltes relativ zum Bruttoinlandsprodukt zu verringern. Nachdem das Defizit im Jahr 2009 mit 10,2% relativ zum Bruttoinlandsprodukt seinen höchsten Wert seit dem 2. Weltkrieg erreichte, konnte es in den folgenden Jahren kontinuierlich verringert werden und wird sich im Jahr 2015 voraussichtlich auf 2,5% belaufen (vgl. Tab. 1.2). Dieser Wert liegt unter dem Durchschnitt der vergangenen 50 Jahre. Zusätzlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen standen dabei höhere Steuereinnahmen und geringere Zinsausgaben für die Staatsschulden gegenüber. Der Schuldenstand wird am Ende des Jahres 74% des Bruttoinlandsprodukts betragen. Nachdem im Oktober die Schuldenobergrenze für die Bundesebene erreicht wurde, beschloss der Kongress deren Aufhebung bis März 2017. Politische Haushaltskrisen sind damit im Prognosezeitraum nicht zu erwarten.

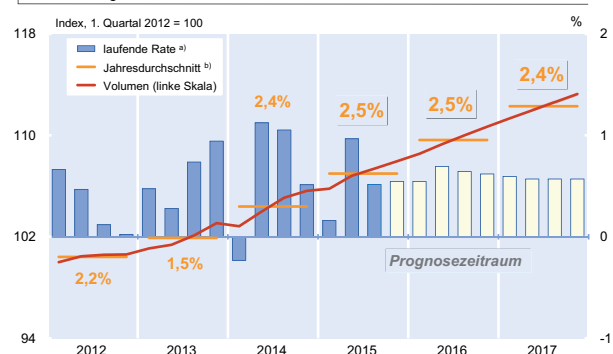
Konjunkturindikatoren geben am aktuellen Rand ein eher uneinheitliches Bild. Der Einkaufsmanagerindex (ISM) hat sich im November auf 48,6 Punkte verschlechtert und liegt damit unterhalb der Expansionsgrenze von 50 Punkten. In der Tat hat sich die Industrieproduktion im Oktober im Vergleich zum Vormonat leicht verringert. Auch lagen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Verteidigungsgüter) im Oktober lediglich 0,4% über ihrem Vorjahreswert. Aufgrund der Aufwertung des Dollars seit Mitte Oktober dürften vom Außenhandel dämpfende Impulse ausgehen. Positive Signale zeigen sich hingegen beim privaten Konsum, der sich zuletzt dynamischer als zu Jahresbeginn entwickelte und, gestützt durch die Zunahme der verfügbaren Einkommen, im dritten Quartal um 0,75% zulegte. Da das Verbrauchervertrauen nach Rückgängen in den Vormonaten im November wieder gestiegen ist und die verfügbaren Einkommen aufgrund der niedrigen Inflation weiter steigen werden, ist damit zu rechnen, dass der private Konsum weiterhin das Wirtschaftswachstum stützen wird. In der Gesamtschau legen die verfügbaren Konjunkturindikatoren nahe, dass sich die konjunkturelle Dynamik im laufenden und kommenden Quartal fortsetzt.<sup>1</sup>

Im laufenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 2,5% zulegen (vgl. Abb. 1.4). In den beiden kommenden Jahren wird sich dieser moderate Aufschwung wohl fortsetzen. Da die dämpfenden Effekte der Dollaraufwertung auslaufen werden und da aufgrund der zunehmend ausgelasteten Kapazitäten von einer Ausweitung der Unternehmensinvestitionen auszugehen ist, dürfte sich im Sommer 2016 die konjunktural

<sup>1</sup> Dieser Verlauf wird auch durch die Ergebnisse eines Kombinationsansatzes (Pooling-of-Forecasts) unterstützt (vgl. Abb. 1.3 sowie Carstensen et al. 2009).

**Abb. 1.4**

**Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA**  
Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

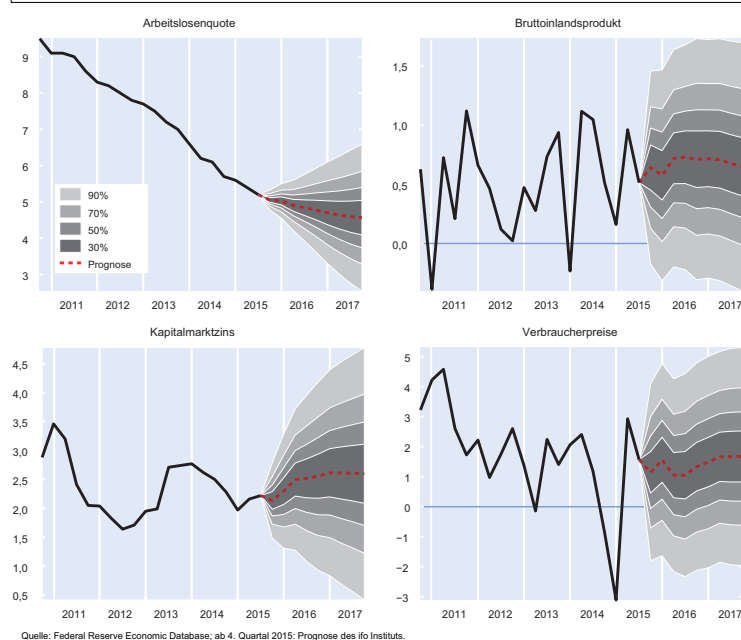
Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.



**Kasten****Zur Prognose der US-Konjunktur mit Bayesianischen VAR-Modellen**

Zur Prognose makroökonomischer Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt oder der Inflationsrate ist es empfehlenswert, eine Vielzahl von Informationsvariablen zu berücksichtigen. Jedoch stoßen klassische Zeitreihenmethoden und insbesondere vektorautoregressive (VAR-)Modelle häufig schon bei einer Handvoll Variablen an ihre Grenzen. Die Folge sind ungenaue Parameterschätzer und Prognosen. Das ifo Institut nutzt daher neben einem Kombinationsansatz (vgl. Carstensen et al. 2009) auch Bayesianische VAR-Modelle, um diesem Dimensionsproblem zu entgegen. Im Gegensatz zum Kombinationsansatz wird bei dieser Methode nicht eine Vielzahl kleiner Modelle kombiniert, sondern ein einziges großes Modell geschätzt. Dieses Vorgehen erlaubt somit eine in sich schlüssige Prognose einer Vielzahl makroökonomischer Größen. Zudem dienen Bayesianische VAR-Modelle nicht nur der Kurzfristprognose, sondern sie werden in der Praxis auch auf längerfristige Prognosehorizonte (mehr als zwei Quartale) angewandt. Das Dimensionsproblem wird dabei überwunden, indem der Informationsgehalt der vorhandenen Daten mit subjektiven Einschätzungen des Prognostikers verbunden wird. Für stationäre Variablen, wie dem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts oder der Inflationsrate, bedeutet dies, dass der historische Mittelwert der Reihe als Prognosewert beibehalten wird, solange die vorhandenen Daten kein deutliches Signal für einen höheren oder niedrigeren Wert liefern.

Während Bayesianische VAR-Modelle durchaus 100 und mehr Informationsvariablen aufnehmen können, hat sich herausgestellt, dass auch eine kleinere Anzahl sorgfältig ausgewählter Variablen ausreicht, um präzise Prognosen zu erstellen (vgl. Berg und Henzel 2015). Das ifo-Modell für die USA beinhaltet daher 18 Zeitreihen, die neben den Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Preisen auch Produktions- und Arbeitsmarktdaten, Stimmungsindikatoren sowie Finanzmarktvariablen umfassen. Der Schätzzeitraum geht aktuell von 1985 Q2 bis 2015 Q3. Abbildung 1.5 zeigt beispielhaft die Prognosen für die Arbeitslosenquote, den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in den Vorquartalen, den Kapitalmarktzins (Rendite für eine zehnjährige US-Staatsanleihe) und die Verbraucherpreis-inflation für den Zeitraum von 2015 Q4 bis 2017 Q4. Neben der mittleren Prognose (Punktprognose) stellt die Abbildung auch die simulierte Unsicherheit anhand von Prognoseintervallen (Fan Charts) dar, die die Punktprognose mit einer Wahrscheinlichkeit von 90%, 70%, 50% bzw. 30% abdecken. So liegt z.B. der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2015 mit einer Wahrscheinlichkeit von 70% zwischen 0,1% und 1,2% oder die Arbeitslosenquote am Ende des Prognosezeitraums mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% zwischen 2,5% und 6,5%. Darüber hinaus kann aus der Prognoseverteilung auch die Eintrittswahrscheinlichkeit eines bestimmten Ereignisses abgeleitet werden (vgl. Berg 2015a). So beträgt die Wahrscheinlichkeit für eine Rezession im Winterhalbjahr (2015 Q4 und 2016 Q1) in den USA derzeit lediglich 2,5%. Nicht zuletzt ist das Bayesianische VAR-Modell auch ein nützliches Instrument, um makroökonomische Szenarien durchzuspielen. So kann z.B. der Rohölpreis oder der Notenbankzins auf einem bestimmten Niveau festgehalten und bedingte Prognosen für Bruttoinlandsprodukt oder Inflationsrate berechnet werden (vgl. Berg 2015b).

**Abb. 1.5****Prognose ausgewählter US-Variablen**

sen auch Produktions- und Arbeitsmarktdaten, Stimmungsindikatoren sowie Finanzmarktvariablen umfassen. Der Schätzzeitraum geht aktuell von 1985 Q2 bis 2015 Q3. Abbildung 1.5 zeigt beispielhaft die Prognosen für die Arbeitslosenquote, den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in den Vorquartalen, den Kapitalmarktzins (Rendite für eine zehnjährige US-Staatsanleihe) und die Verbraucherpreis-inflation für den Zeitraum von 2015 Q4 bis 2017 Q4. Neben der mittleren Prognose (Punktprognose) stellt die Abbildung auch die simulierte Unsicherheit anhand von Prognoseintervallen (Fan Charts) dar, die die Punktprognose mit einer Wahrscheinlichkeit von 90%, 70%, 50% bzw. 30% abdecken. So liegt z.B. der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2015 mit einer Wahrscheinlichkeit von 70% zwischen 0,1% und 1,2% oder die Arbeitslosenquote am Ende des Prognosezeitraums mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% zwischen 2,5% und 6,5%. Darüber hinaus kann aus der Prognoseverteilung auch die Eintrittswahrscheinlichkeit eines bestimmten Ereignisses abgeleitet werden (vgl. Berg 2015a). So beträgt die Wahrscheinlichkeit für eine Rezession im Winterhalbjahr (2015 Q4 und 2016 Q1) in den USA derzeit lediglich 2,5%. Nicht zuletzt ist das Bayesianische

relle Entwicklung leicht beschleunigen.<sup>2</sup> Die Arbeitslosenrate wird im Jahresdurchschnitt 2015 bei 5,3% liegen. Da damit die Arbeitslosigkeit auf ihr strukturelles Niveau gesunken ist, wird die Quote in den kommenden Jahren nur noch geringfügig auf 4,9% bzw. 4,8% sinken. Das Preisniveau wird 2015 bei einer Inflationsrate von voraussichtlich 0,2% nahezu konstant bleiben. Aufgrund des Auslaufens der dämpfenden Effekte der gesunkenen Energiepreise und eines beschleunigten Lohnauftriebs dürfte die Inflationsrate im kommenden

Jahr auf 1,1% und 2017 auf 1,6% ansteigen und sich damit dem Inflationsziel der Notenbank von 2% nähern.

**Dienstleistungssektor stützt Produktion in China**

In China hat sich das Expansionstempo im Verlauf des Jahres leicht beschleunigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt legte im zweiten und dritten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorquartal um 1,8% zu. Dies ist deutlich mehr als von vielen Marktteilnehmern erwartet wurde, insbesondere da Chinas Wirtschaftswachstum sich trendmäßig seit einigen Jahren

<sup>2</sup> Diese leichte Beschleunigung im kommenden Jahr legt auch die sich im Rahmen eines Bayesianischen vektorautoregressiven Modells ergebende Prognose nahe (vgl. Kasten »Zur Prognose der US-Konjunktur mit Bayesianischen VAR-Modellen«).

verlangsamt und da der Zuwachs im ersten Quartal nur 1,3% betragen hatte. Maßgeblich für die robustere Expansion im Sommerhalbjahr war die Zunahme des privaten Konsums, welcher von einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen und günstigen Verdienstaussichten profitierte. Nicht zuletzt kamen auch von der Finanzpolitik positive Impulse. So wurden in den zurückliegenden zwei Quartalen die Ausgaben für die Erweiterung des Schienennetzes, die Verbesserung der Wasserversorgung und den öffentlichen Wohnungsbau erhöht.

Große Aufmerksamkeit erweckten im Sommer 2015 die starken Turbulenzen an den chinesischen Börsen. Nach dem Aktienboom, der die Börsenindizes in Shanghai und Shenzhen zwischen Juli 2014 und Juni 2015 um über 150% stiegen lies, haben diese seit Mitte Juni mehr als ein Drittel an Wert verloren. Die Kursverluste haben die Verunsicherung unter den internationalen Finanzinvestoren erhöht und zum Abfluss ausländischen Kapitals geführt. Dabei spielte die Sorge vor einer harten Landung der wirtschaftlichen Aktivität eine Rolle. So belief sich der Nettokapitalabzug aus China in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 auf etwa 350 Mrd. US-Dollar. Allerdings waren diese Turbulenzen nur temporär. Bereits im Oktober stabilisierten sich die Kapitalströme wieder. Dazu trug nicht zuletzt die überraschend gute konjunkturelle Entwicklung Chinas bei. Zudem hat die chinesische Wirtschaftspolitik mit einer Reihe von Maßnahmen in das Wirtschaftsgeschehen eingegriffen. Unter anderem haben nun auch einheimische Pensionsfonds in chinesische Aktien investiert, die von Privatanlegern als zu riskant eingeschätzt wurden. Die Regierung verhängte zudem Beschränkungen für Währungsderivate.

Angesichts der sich im ersten Quartal abschwächenden Konjunktur, der im Sommer auf den Finanzmärkten Chinas erhöhten Unsicherheit sowie der anhaltend niedrigen Kerninflation, die unter 2% verharrt, wurde die Geldpolitik im Sommerhalbjahr 2015 kräftig gelockert. Der Leitzins wurde in zwei Schritten um insgesamt 0,5 Prozentpunkte gesenkt und die Reservehaltungssätze schrittweise um 1,5 Prozentpunkte verringert. Zur Stabilisierung der Immobilienmärkte hat die chinesische Regierung zudem die Finanzierungsbedingungen verbessert und in einigen Regionen die Voraussetzungen für den Erwerb von Zweitwohnungen gelockert. Dies alles trug dazu bei, dass die Immobilienpreise seit einigen Monaten wieder leicht steigen. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Notenbank darauf konzentrieren, den Schuldenaufbau im Unternehmenssektor zu begrenzen, ohne dabei eine spürbare konjunkturelle Abschwächung hervorzurufen. Dabei wird sie weiterhin die Kreditvergabe in manchen Bereichen gezielt einschränken und gleichzeitig versuchen, die derzeit hohen Finanzierungskosten für kleinere private Unternehmen zu senken.

Die Industrieproduktion nahm im Verlauf des Jahres mit historisch niedrigen Raten von etwa 6% zu. In manchen

Wirtschaftsbereichen, wie in der Zement- und der Stahlindustrie, ist die Produktion sogar leicht rückläufig. Demgegenüber gewinnt der Dienstleistungssektor, der sich bereits seit dem Jahr 2013 dynamischer als die industrielle Wertschöpfung entwickelt, weiter an Bedeutung. Da die Produktion im Dienstleistungssektor arbeitsintensiver ist, hat sich die nachlassende Dynamik in der Industrie nicht negativ auf die gesamte Beschäftigung ausgewirkt. So wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres 10,7 Millionen neue Arbeitsplätze in Städten und städtischen Randgebieten geschaffen. Auch im Prognosezeitraum dürfte einer Verlangsamung der Zuwachsraten der Industrieproduktion eine sich beschleunigende Dynamik im Dienstleistungssektor gegenüberstehen.

Im laufenden und im kommenden Quartal dürften die gesamtwirtschaftliche Produktion in etwa demselben Tempo wie im dritten Quartal expandieren. Darauf deuten die jüngsten Entwicklungen bei der Industrieproduktion und beim Einkaufsmanagerindex hin. Auch die gesunkenen Energie- und Rohstoffpreise stützen zunächst die Konjunktur; dieser Effekt dürfte aber allmählich auslaufen. Gegenwärtig gehen von der Finanzpolitik positive Impulse aus. So dürften zusätzliche Investitionen in das Schienennetz sowie in Umweltschutzprojekte die Produktion in diesem Jahr und Anfang nächsten Jahres beleben. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Finanzpolitik mit weiteren Infrastrukturmaßnahmen zusätzliche Impulse schaffen wird, sollte sich die Entwicklung bei den Wohnungsbau- und Ausrüstungsinvestitionen erneut stark eintrüben. Die Turbulenzen am Aktienmarkt werden den privaten Konsum wohl dagegen kaum bremsen und somit höchstens einen geringen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 6,8% zulegen. Negativ auf den Wachstumstrend dürfte sich das schrumpfende Arbeitskräftepotenzial auswirken. So wird die wirtschaftliche Aktivität im Jahr 2017 voraussichtlich um lediglich 6,1% zunehmen.

### **Nur leichte Belebung in Japan**

Das Bruttoinlandsprodukt in Japan nahm im dritten Quartal 2015 um 0,3% gegenüber dem Vorquartal zu, nachdem es im vorangegangenen Quartal noch um 0,1% gesunken ist. Getragen war die gesamtwirtschaftliche Expansion durch eine moderate Zunahme des privaten Konsums, der durch Realeinkommenszuwächse gestützt wurde. Auch die Investitionen wurden leicht ausgeweitet. Einen negativen Beitrag leisteten hingegen die Vorratsveränderungen, nachdem die Lager im ersten und zweiten Quartal noch stark ausgeweitet wurden.

Der Preisauftrieb ist nach dem Auslaufen des Effekts der Mehrwertsteuererhöhung vom April 2014 im Oktober 2015

auf 0,3% gesunken. Einen wesentlichen Beitrag leistete der Rückgang der Energiepreise; die Kerninflationsrate betrug im Oktober 0,8%. Deshalb hat die Notenbank zuletzt darauf verzichtet, den Expansionsgrad ihrer Politik weiter zu erhöhen. Außerdem macht sich die Abwertung des Yen, die sich seit Sommer 2014 real effektiv auf 10% beläuft, allmählich in den Konsumentenpreisen bemerkbar. Der Arbeitsmarkt zeigt sich, trotz der konjunkturellen Schwäche, sehr robust. So ist die Beschäftigung im Verlauf des Jahres gestiegen, und die Arbeitslosenquote ist im Oktober auf 3,1% und damit den niedrigsten Wert seit 1995 gesunken. Die Nominallöhne dürften daher im Prognosezeitraum etwas stärker als bisher zunehmen. Auch deshalb ist es wenig wahrscheinlich, dass die japanische Zentralbank ihre Geldpolitik zusätzlich lockert.

Die Finanzpolitik bleibt vor dem Hintergrund der hohen öffentlichen Verschuldung weiterhin restriktiv ausgerichtet. Zwar ist eine mehrstufige Senkung der Unternehmenssteuern im Prognosezeitraum vorgesehen, um die Investitionsbereitschaft zu fördern. Demgegenüber stehen aber kräftige Einsparungen bei den staatlichen Ausgaben, wobei die größten Kürzungen bei den öffentlichen Investitionen stattfinden dürften. Diese werden von etwa 5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 auf etwa 3% im Jahr 2017 sinken. Ausschlaggebend dafür ist das Auslaufen großer Konjunkturpakete, die im Rahmen des Abenomics-Programms zur Stimulierung der Produktion beschlossen wurden. Zudem soll der Mehrwertsteuersatz im April 2017 erneut von 8 auf 10% erhöht werden.

Im Prognosezeitraum wird sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik leicht beleben. Steigende Realeinkommen der Haushalte dürften den privaten Verbrauch wohl zunächst antreiben. Zudem sehen sich die Unternehmen angesichts der hohen Kapazitätsauslastung zur Ausweitung ihrer Investitionstätigkeiten veranlasst, was durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes und Gewinne in Rekordhöhe begünstigt wird. Auch die allmähliche Beschleunigung der konjunkturellen Dynamik in den ostasiatischen Schwellenländern dürfte die Nachfrage nach japanischen Produkten in den kommenden Quartalen leicht stützen, nicht zuletzt, weil der niedrige Außenwert des Yen die Exporte etwas belebt. Nach wie vor bremsen strukturelle Faktoren (schrumpfende Bevölkerung, sehr rigider Arbeitsmarkt mit lebenslangen Beschäftigungsgarantien, Überregulierung in zahlreichen Produkt- und Dienstleistungsmärkten) den Produktionsanstieg. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem und im kommenden Jahr um rund 0,6% zulegen. Im Jahr 2017 wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,7% steigen. Dabei dürfte der Preisauftrieb gering bleiben. Für den Durchschnitt dieses und des kommenden Jahres ist zu erwarten, dass die Teuerungsrate bei rund 0,9% bzw. 1,2% liegt. Aufgrund der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes im Jahr 2017 dürften die Verbraucherpreise um 2,1% steigen.

### Konjunktur in Indien und Südostasien belebt sich moderat

Die reale gesamtwirtschaftliche Produktion Indiens stieg im dritten Quartal dieses Jahres um 1,7% im Vergleich zum Vorjahrquartal, nachdem sie in den drei Monaten zuvor um 5,6% gesunken war. Positive Impulse kamen dabei sowohl vom privaten Verbrauch als auch von den öffentlichen Investitionen. So hellte sich die Stimmung unter den privaten Haushalten auf, was vor allem auf die Inflationsentwicklung zurückzuführen ist. Der Anstieg der Verbraucherpreise ist seit Anfang 2014 in der Tendenz rückläufig, was die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt. Die Verlangsamung des Preisauftriebs reflektiert vor allem die gesunkenen Energiepreise, eine aktive Steuerung der Nahrungsmittelpreise sowie die zuletzt erhöhte Glaubwürdigkeit der Geldpolitik. Zudem hat die Wirtschaftspolitik die staatlichen Investitionen erhöht und zusätzlich eine Reihe struktureller Reformen umgesetzt. Unter anderem hat sie neue Wirtschaftszweige für ausländische Direktinvestitionen geöffnet, wie z.B. das Baugewerbe und den Schienenverkehr. So beliefen sich die Nettodirektinvestitionen nach Indien in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 auf etwa 20 Milliarden Dollar, was einer Zuwachsrate von über 120% im Vergleich zur Vorjahresperiode entspricht. In vielen anderen aufstrebenden Volkswirtschaften sind diese Investitionen im gleichen Zeitraum eingebrochen.

Die jüngsten Entwicklungen bei den Auftragseingängen im Verarbeitenden Gewerbe, der Industrieproduktion und den Exporten deuten auf keine weitere Beschleunigung in den kommenden Monaten hin. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Produktion aufgrund einer sich festigenden Binnenfrage in leicht zunehmendem Tempo expandieren. Zwar werden im Verlauf des kommenden Jahres die stimulierenden Effekte der gesunkenen Ölpreise allmählich auslaufen. Zusätzlich wird die Konjunktur durch die große Zahl notleidender Kredite und den hohen Verschuldungsgrad mancher Unternehmen das Expansionstempo der Investitionstätigkeit bremsen. Andererseits gehen derzeit von der Finanzpolitik immer noch positive Impulse aus, die im weiteren Prognosezeitraum allerdings auslaufen. Zwar hat es der Rückgang der Ölpreise der Regierung ermöglicht, die Energiesteuern anzuheben und verschiedene Subventionen, wie etwa jene für den Kauf von Kraftstoffen, zu kürzen. Allerdings wurden umfangreiche öffentliche Investitionen zur Verbesserung der Verkehrs- und Energieversorgungsinfrastruktur angekündigt. Zudem plant die Politik, die Körperschaftsteuer im Verlauf der kommenden vier Jahre von 30% auf 25% zu senken, um private Investitionen zu fördern. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 7,3%, im kommenden Jahr um 7,5% und im Jahr 2017 um 7,6% zulegen.

In den übrigen ost- und südostasiatischen Schwellenländern hat sich die wirtschaftliche Dynamik leicht verlangsamt. Zwar

sind die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Vergleich zu den vergangenen Jahren noch hoch, allerdings haben sich diese im Verlauf des Jahres leicht abgeschwächt. Zurückzuführen ist diese Entwicklung vornehmlich auf den Rückgang der Nachfrage der chinesischen Industrie nach Vorleistungs- und Investitionsgütern aus diesen Ländern. Zudem hat die Abschwächung in China einen Abwärtsdruck auf die internationalen Rohstoffpreise ausgeübt, worunter Rohstoffexporteure wie Indonesien litten. Der Ausblick für den Prognosezeitraum stellt sich optimistischer dar. Vielerorts dürfte die Binnennachfrage beschleunigt zulegen. So werden in den asiatischen Tigerstaaten (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) der private Konsum und die Investitionen wohl von einer verbesserten Vermögenssituation der Haushalte und Unternehmen profitieren. In Südkorea dürfte zudem die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik die Konjunktur stützen. Auch die Regierung Indonesiens, die noch über ausreichend finanzpolitischen Spielraum verfügt, plant eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben. Darüber hinaus wird auch das Exportgeschäft, vor allem angesichts der erwarteten leichten Beschleunigung der Weltkonjunktur und der merklichen Abwertung der Wechselkurse der Schwellenländer, in hohem Tempo expandieren. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in den asiatischen Tigerländern in diesem Jahr voraussichtlich um 2,0%, im nächsten um 2,9% und im Jahr 2017 um 3,1% zulegen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Indonesien, Malaysia, auf den Philippinen und in Thailand dürfte in den Jahren 2015, 2016 bzw. 2017 um 4,6%, 5,2% bzw. 5,3% zunehmen.

### **Rezession in Lateinamerika schwächt sich ab**

Die jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für Lateinamerika insgesamt ist seit 2010 kontinuierlich zurückgegangen. Ein Hauptgrund dafür sind die stark gesunkenen Rohstoffpreise, die das reale Austauschverhältnis von Importen und Exporten verschlechtern. Zudem setzt sich die Abwertung lateinamerikanischer Währungen fort. So verloren der kolumbianische Peso und der brasilianische Real seit Mitte 2014 etwa 40% ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar; und auch beim mexikanischen Peso beläuft sich der Verlust auf fast 25%. Die Währungsabwertungen stellen zum einen eine Belastung für in ausländischer Währung verschuldete Unternehmen und Haushalte dar. Zum anderen liegen infolge der Abwertungen die Preissteigerungsraten in den meisten lateinamerikanischen Ländern oberhalb des Inflationsziels der Notenbanken. Während Brasilien als Reaktion schon seit Herbst 2014 die Leitzinsen mehrfach anhob, folgten Kolumbien und Chile in diesem Herbst mit zwei Zinsschritten. In Mexiko dagegen lässt der Inflationsdruck seit dem Frühjahr nach und liegt im Zielbereich der Notenbank.

Die ausgeprägte Schwächephase in der Region dürfte in diesem Jahr zu einem Rückgang des realen Bruttoinlands-

produkts um 0,7% führen. Nach einer Stagnation im kommenden Jahr dürfte erst im Jahr 2017 wieder mit einer positiven Zuwachsrate zu rechnen sein, die sich dann auf 2,0% belaufen dürfte. Dabei fallen die Rezessionen in Brasilien und Venezuela, die sich wohl auch im nächsten Jahr fortsetzen werden, besonders ins Gewicht, da die beiden Länder zusammengekommen etwa die Hälfte der Wirtschaftskraft Lateinamerikas darstellen. In Brasilien ist die Industrieproduktion bereits seit Mitte 2014 rückläufig. Die Arbeitslosenquote ist seit Anfang des Jahres von rund 5% auf fast 8% sprunghaft angestiegen. Produzenten- und Konsumentenvertrauen liegen auch wegen zahlreicher Korruptionsskandale und politischer Krisen auf einem niedrigen Niveau. Nicht zuletzt dämpfen die restriktive Geld- und Fiskalpolitik. Die fiskalische Konsolidierung wird mittels Subventionskürzungen, Steueranhebungen und der Erhöhung der regulierten Preise weiter vorangetrieben. Nachdem in Brasilien der Primärsaldo im vergangenen Jahr in die roten Zahlen rutschte, richten Investoren ihren Blick besonders kritisch auf den verschlechterten Haushaltssaldo. Erst kürzlich stufte eine erste Ratingagentur die Kreditwürdigkeit des Landes in den Junk-Bereich zurück. Zwar wird die Rezession in Brasilien im Prognosezeitraum an Schärfe verlieren; die Rückkehr zu einem positiven Jahreswachstum wird aber erst für 2017 erwartet. Demgegenüber stehen Mexiko, Kolumbien und Chile, die sich in einer gesamtwirtschaftlich besseren Verfassung befinden. In diesen Ländern expandiert die Industrieproduktion im Vorjahresvergleich mit positiven Raten. Auch der robuste Arbeitsmarkt und das am aktuellen Rand gestiegene Verbrauchervertrauen deuten auf einen binnenwirtschaftlichen Auftrieb im Prognosezeitraum hin. Zudem dürfte Mexiko von den positiven Konjunkturaussichten seines wichtigsten Handelspartners, den USA, profitieren.

### **Rezession in Russland passiert die Talsohle**

Die russische Wirtschaft entwickelte sich im dritten Quartal 2015 besser, als es noch Anfang des Jahres – inmitten einer tiefen Rezession – zu erwarten war. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im ersten und zweiten Quartal 2015 um 1,6% bzw. 2,0% schrumpfte. Diese überraschende Wende ist auf eine Reihe von Entwicklungen, vor allem im Industrie- und Agrarsektor, zurückzuführen. So hat sich infolge der Rubelabwertung die Rentabilität in bestimmten Exportbranchen verbessert (u.a. im Bergbau und der Metallverarbeitung sowie der chemischen Industrie). Einige Industriezweige profitierten von Sondereinflüssen (Produktionsausfälle in der Ostukraine sowie größere Staatsaufträge im Rüstungs- und Infrastruktursektor). Der Agrarwirtschaft sowie den Nahrungsmittelproduzenten kam der Einfuhrstopp westlicher Lebensmittel zugute. Die sehr schnell und konsequent umgesetzte Politik der Importsubstitution hat den russischen



Herstellern zudem zusätzliche Wettbewerbsvorteile, vor allem bei öffentlichen Ausschreibungen, verschafft. Da sich viele westliche Hersteller zur Sicherung ihrer Marktanteile zu einem Ausbau der lokalen Produktion in Russland gezwungen sahen, wurden im ersten Halbjahr 2015 wieder Direktinvestitionen in den Nichtbankensektor verzeichnet. Zudem hat sich die Kapitalflucht deutlich verlangsamt, und im zweiten Quartal 2015 wurde sogar per saldo mehr Kapital importiert als exportiert; der Tiefpunkt des Rubel-Wechselkurses scheint somit erreicht zu sein. Auch die Entwicklung der Ölpreise hat sich im Sommer weitgehend stabilisiert. Insgesamt stieg die Industrieproduktion im dritten Quartal 2015 um 3,5% gegenüber dem Vorquartal. Das Unternehmensvertrauen hat sich stabilisiert, der Einkaufsmanagerindex ist zuletzt gestiegen.

Selbst wenn die Rezession in Russland ihre Talsohle passiert hat, ist mit einer schnellen Erholung nicht zu rechnen. Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen und hohe Inflation (von rund 16%) haben zu erheblichen Kaufkraftverlusten geführt. Die Einzelhandelsumsätze sind 2015 regelrecht eingebrochen. Der Leitzins wurde zwar stufenweise zurückgeführt (von 17% im Januar auf 11% im November 2015), dennoch bleiben die Kosten für Fremdkapital sehr hoch. Zudem sind die Möglichkeiten der Refinanzierung russischer Banken auf den internationalen Kapitalmärkten nach wie vor stark eingeschränkt. Die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte wurde seit Anfang 2015 stark zurückgefahren und auch der Anteil an ausstehenden Krediten (mit mehr als 90 Tage Zahlungsverzug) hat sich seit Jahresbeginn stark erhöht. Angesichts der hohen Inflation und der schlechten Finanzierungsbedingungen fallen privater Verbrauch und Investitionen als Wachstumsstützen weitgehend aus. Impulse gehen weiterhin von dem stark forcierten Importsubstitutionsprogramm aus, das über den staatlichen Reservefonds und den Nationalen Wohlfonds finanziert wird (das Volumen der beiden Fonds beläuft sich insgesamt auf rund 150 Mrd. US-Dollar bzw. 12% des BIP). Auch der Außenhandel dürfte weiterhin einen positiven Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt liefern. Trotz der Einbrüche bei den Rohstoffpreisen weist Russland immer noch eine positive Handelsbilanz aus, wobei dies auch auf die stark zurückgegangenen Importe zurückzuführen ist.

Durch die tiefe Rezession im ersten Halbjahr 2015 wird das Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr voraussichtlich um 3,5% schrumpfen. Nach einer Stagnation im kommenden Jahr dürfte sich die konjunkturelle Dynamik erst 2017 wieder etwas erhöhen. Vieles hängt jedoch von der Entwicklung der Rohstoffpreise und der geopolitischen Lage ab. Die Abwärtsrisiken bleiben hoch.

## 2. Die Lage in der Europäischen Union

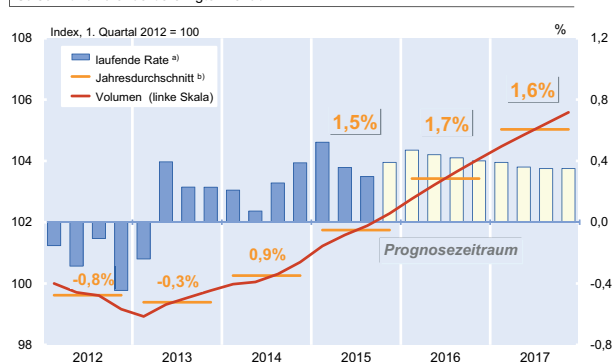
### Erholung im Euroraum setzt sich fort

Die konjunkturelle Erholung im Euroraum hat sich auch im dritten Quartal 2015 fortgesetzt. So stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Vorjahresvergleich um 1,6%. Der Expansionsgrad hat sich jedoch im Verlauf des Jahres 2015 leicht abgeschwächt. Der Zuwachs gegenüber dem Vorquartal lag zuletzt lediglich bei 0,3%, nachdem er im ersten und zweiten Quartal noch bei 0,5% bzw. 0,4% gelegen hatte. (vgl. Abb. 2.1). Beeinträchtigt wurde die konjunkturelle Erholung durch eine erhöhte Unsicherheit über die Wachstumsperspektiven der chinesischen Volkswirtschaft und die damit einhergehenden Finanzmarkturbulenzen in den Sommermonaten. Zudem trugen Frankreich und Italien erneut unterdurchschnittlich zur Expansion im Euroraum bei, was auch ungelösten Strukturproblemen geschuldet ist. Begünstigend wirken dagegen weiterhin die starke Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der relativ niedrige Rohölpreis. Auch die Finanzierungsbedingungen für private Unternehmen und Haushalte sind in den meisten Mitgliedsländern äußerst vorteilhaft und führen zu einer Belebung der Kreditnachfrage.

Die Erholung im Euroraum wurde in jüngster Zeit insbesondere durch den Konsum der privaten Haushalte gestützt, da deren Budgets durch die rückläufigen Energiepreise kräftig entlastet wurden (vgl. Abb. 2.2 und Tab. 2.1). Darüber hinaus hat die vermehrte realwirtschaftliche Aktivität auch zu einer leichten Entspannung am Arbeitsmarkt geführt. So sank die Arbeitslosenquote von 11,5% im Oktober 2014 auf 10,7% im Oktober 2015. Auch die Beschäftigung konnte in diesem Zeitraum zulegen, obschon sie weiterhin deutlich unter ihrem Allzeithoch aus dem Jahr 2008 liegt. Bis zuletzt wurde lediglich die Hälfte der im Zuge der Finanz- und Eurokrise erlittenen Arbeitsplatzverluste wettgemacht. Neben der hohen strukturellen Erwerbslosigkeit ist wohl auch der

Abb. 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.



**Tab. 2.1**  
**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

	2014	2015	2016	2017
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</b>				
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,5	1,7	1,6
Privater Konsum	0,9	1,7	1,4	1,2
Staatskonsum	0,8	1,1	0,7	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	1,2	2,1	1,5	1,9
Vorratsveränderungen <sup>a)</sup>	0,0	- 0,2	0,1	0,0
Inländische Verwendung <sup>a)</sup>	0,9	1,4	1,3	1,3
Exporte	3,9	5,0	5,5	4,9
Importe	4,2	5,2	5,2	4,8
Außenbeitrag <sup>a)</sup>	0,0	0,1	0,4	0,3
Verbraucherpreise <sup>b)</sup>	0,4	0,0	0,9	1,5
<b>In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts</b>				
Budgetsaldo <sup>c)</sup>	- 2,6	- 2,1	- 1,9	- 1,7
Leistungsbilanzsaldo	3,0	3,7	3,8	3,8
<b>In % der Erwerbspersonen</b>				
Arbeitslosenquote <sup>d)</sup>	11,6	11,0	10,7	10,4

<sup>a)</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>b)</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>c)</sup> Gesamtstaatlich. – <sup>d)</sup> Standardisiert.

Quelle: Eurostat; Europäische Kommission; ILO; Berechnungen des ifo Instituts; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

**ifo Institut Dezember 2015**

Expansionsgrad bisher zu gering, um einen rascheren Beschäftigungsaufbau herbeizuführen.

Die privaten Unternehmen profitierten in den vergangenen Quartalen ebenfalls von verringerten Energiekosten sowie einer dank der Abwertung des Euro verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Infolge dessen erhöhten sie vor allem ihre Ausrüstungsinvestitionen und exportierten verstärkt. Zudem hat die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ein Niveau erreicht, welches Erweiterungsinvestitionen zunehmend attraktiver erscheinen lässt. Im Gegensatz dazu war erneut keine spürbare Belebung der privaten Bautätigkeit zu beobachten, was auch auf bestehende Überkapazitäten und rückläufige Immobilienpreise in manchen Mitgliedsländern zurückzuführen ist. Auch der Außenhandel zeigte sich in der Summe neutral, da auch die Importe kräftig zulegten.

Der allgemeine Preisauftrieb ist weiterhin äußerst gering. So lag die jährliche Gesamtinflationsrate im November 2015 bei nur 0,1% und somit deutlich unter der mittelfristigen Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) von unter, aber nahe 2%. Die niedrige Teuerungsrate ist aber vor allem dem deutlichen Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise seit Mitte des Jahres 2014 geschuldet. Die Kerninflationsrate (Gesamtinflationsrate ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag zuletzt weitaus höher bei 0,9%. Zudem hat diese sich seit Beginn des Jahres 2015 nach und nach von ihrem Tiefstwert von 0,6% erholt, was auf eine zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten und mehr Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen zurückzuführen ist.

## Günstige Finanzierungsbedingungen

Die Geldpolitik im Euroraum ist anhaltend expansiv ausgerichtet, auch da die EZB den allgemeinen Preisauftrieb als zu gering erachtet und eine dauerhafte Abweichung der Inflationserwartungen von ihrer mittelfristigen Zielmarke befürchtet. Zudem strebt die EZB eine Belebung der Kreditvergabe und einen höheren Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten an. Daher erwirbt das Eurosystem im Rahmen von Ankaufprogrammen Staatsanleihen sowie besicherte Wertpapiere in Höhe von rund 60 Mrd. Euro pro Monat. Die Ankäufe sollen bis mindestens März 2017 fortgeführt werden und die Bilanzsumme des Eurosystems um etwa anderthalb Billionen Euro erhöhen.

An den Geldmärkten waren im Verlauf des Jahres 2015 leicht rückläufige Zinsen zu beobachten. Im November 2015 lagen sowohl der Zinssatz für nicht besichertes Tagesgeld (EONIA) als auch der für nicht besichertes

Dreimonatsgeld (EURIBOR) unter 0% aber leicht oberhalb des bisherigen Einlagesatzes von - 0,2% (vgl. Abb. 2.3). Im Prognosezeitraum dürften die Geldmarktsätze weiter sinken, da die EZB ihren Einlagesatz Anfang Dezember auf - 0,3% reduziert hat.

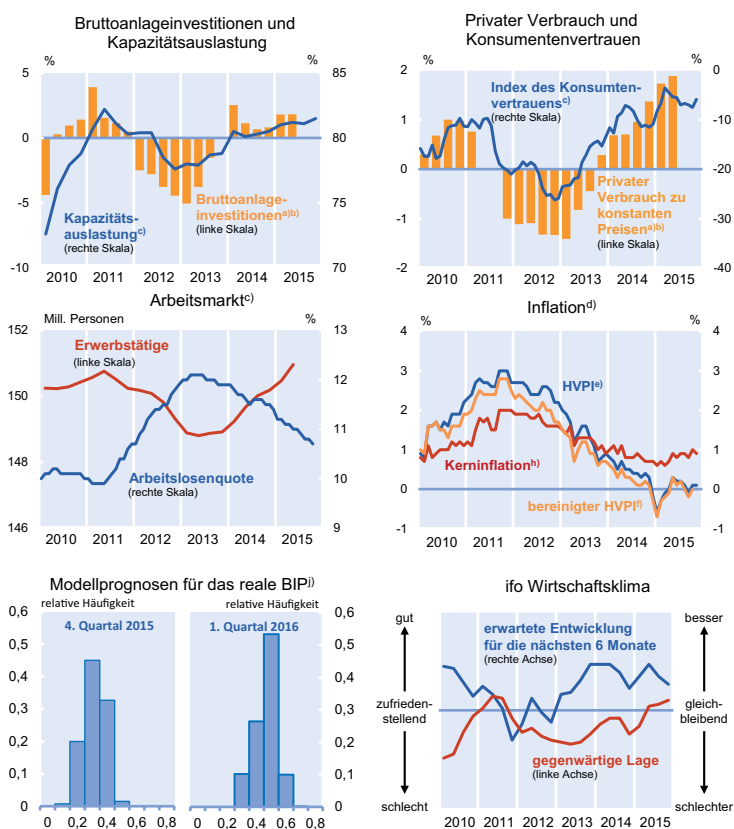
Auch an den Kapitalmärkten bewegen sich die Umlaufrenditen weiterhin auf einem historisch niedrigen Niveau. So schwankten die Zinsen für Staatsanleihen höchster Bonität (AAA) im Jahresverlauf zwischen 0,2% und 1%. Auch die Renditen von Staatsanleihen bonitätsschwacher Mitgliedsländer (Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien) zeigten im Jahr 2015 keine klare Tendenz und pendelten um 2%. Ihre Risikoprämie gegenüber AAA-Schuldnern betrug im Durchschnitt etwa 1,5 Prozentpunkte. Die Ankündigung der EZB vom Januar 2015 ihre Wertpapierankäufe auch auf Staatsanleihen auszuweiten war von Finanzmarktteilnehmern frühzeitig erwartet worden, so dass die Kurse dieser Staatsanleihen bereits im Vorfeld deutlich gestiegen waren.

Die Kurse von Unternehmensanleihen niedriger Bonität (BBB) zeigten sich im Verlauf des Jahres 2015 gar rückläufig. So stieg deren Rendite von reichlich 1% im Januar auf zuletzt knapp 2%. Ihre Risikoprämie gegenüber Unternehmensanleihen höchster Bonität (AAA) stieg um etwa 0,2 Prozentpunkte, was wohl auch einer erhöhten Risikoaversion der Investoren infolge der Finanzmarkturbulenzen in China geschuldet war.

Für den Prognosezeitraum erscheint ein moderater Anstieg der Kapitalmarktrenditen wahrscheinlich, auch da die Infla-

Abb. 2.2

## Konjunkturelle Entwicklung im Euroraum



a) Veränderungsrate gegenüber Vorjahresquartal - b) Real, saisonbereinigte Werte - c) Saisonbereinigte Werte - d) Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat - e) Harmonisierter Verbraucherpreisindex - f) HVPI bereinigt um die Effekte von Verbrauchssteuern - g) HVPI ohne Preise für Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel - h) Waren und Dienstleistungen - i) Verteilung der sich im Rahmen eines Kombinationsansatzes ergebenden Veränderungsrate des BIP gegenüber Vorquartal; vgl. Carstensen et al. (2009).

Quellen: Ifo World Economic Survey; Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen des Ifo Instituts.

tionsrate nach und nach anziehen dürfte. Die Ankaufprogramme der EZB werden aber wohl die Renditeanstiege begrenzen, da sie das Angebot an Schuldtiteln deutlich verknappen.

Die Kreditzinsen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Neugeschäft sind im Jahresverlauf weiter gefallen. Insbesondere in den bonitätsschwachen Mitgliedsländern sanken diese merklich von 2,8% im Januar auf zuletzt etwa 2,2%. Sie liegen damit nur noch etwa einen halben Prozentpunkt über denen der bonitätsstarken Länder. Zum einen hat sich die Konjunktur in einigen vormaligen Krisenländern deutlich erholt, so dass die Ertragskraft der dort ansässigen Unternehmen gestiegen ist. Zum anderen deuten einige Indikatoren auch auf eine verbesserte Lage im Bankensektor hin. So konnten z.B. in Irland und Spanien die bilanziellen Eigenkapitalquoten erhöht und der Bestand an ausfallgefährdeten Krediten gesenkt werden.

Die verbesserte Lage des Bankensektors sowie die gesunkenen Kreditzinsen haben sich bisher allerdings nur unzureichend in den Kreditaggregaten niedergeschlagen. Während

das Volumen ausstehender Kredite im Euroraum insgesamt am aktuellen Rand stagniert, sinken die Bestände in den ehemaligen Krisenländern weiter. Für die kommenden Monate rechnen die am Bank Lending Survey (BLS) der EZB beteiligten Banken jedoch mit einer anziehenden Kreditnachfrage sowie mit gelockerten Kreditvergabebedingungen, sowohl im Euroraum insgesamt als auch in den ehemaligen Krisenländern.

Alles in allem dürften die Finanzierungsbedingungen für private Unternehmen im Prognosezeitraum günstig bleiben. Der Expansionsgrad der Geldpolitik wird voraussichtlich hoch bleiben und die Kapitalmarkt- sowie Kreditzinsen niedrig. Auch die Lage im Bankensektor dürfte sich weiter verbessern und die Nachfrage nach Unternehmenskrediten moderat zulegen.

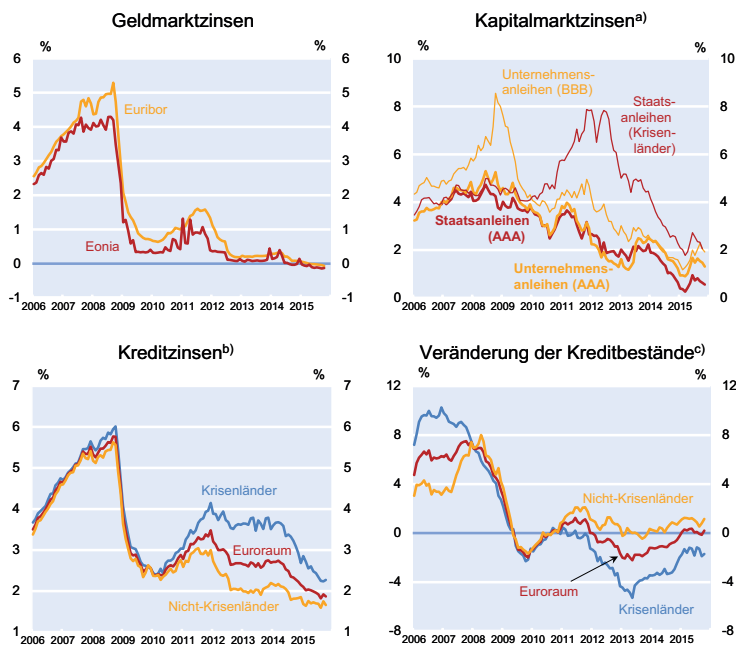
## Ausblick

Die jüngsten Unternehmens- und Haushaltsbefragungen zeigen an, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in den kommenden Quartalen mit leicht beschleunigtem Tempo zulegen dürfte. Auch darüber hinaus wird die Erholung wohl anhalten und sich die Produktionslücke langsam schließen.

Im Prognosezeitraum dürfte vor allem die Binnennachfrage die Erholung stützen. So profitieren die privaten Haushalte weiterhin von einem geringen allgemeinen Preisauftrieb sowie von vergleichsweise niedrigen Energiepreisen. Des Weiteren wird sich die Lage am Arbeitsmarkt voraussichtlich weiter entspannen und moderate Lohnzuwächse möglich machen. So dürfte die Beschäftigung weiter zulegen und die Arbeitslosenquote von durchschnittlich 11,0% im Jahr 2015 auf 10,7% im Jahr 2016 und schließlich auf 10,4% im Jahr 2017 sinken. Neben steigenden realen Einkommen werden wohl auch die niedrigen Spar- und Kreditzinsen zu einer Belebung der Konsumgüternachfrage beitragen.

Ein positiver konjunktureller Impuls dürfte im Prognosezeitraum auch vom Staatskonsum und den öffentlichen Bruttoinvestitionen ausgehen. Zum einen sind die Renditen auf Staatsanleihen niedrig und lockern die Budgetrestriktionen der Mitgliedsländer spürbar. Zum anderen toleriert die EU-Kommission seit Anfang des Jahres 2015 höhere strukturelle Defizite falls diese mit vermehrten öffentlichen Bruttoinvestitionen einhergehen. Des Weiteren haben einige Mitgliedsländer angekündigt, in den kommenden beiden Jahren

Abb. 2.3  
Zur monetären Lage im Euroraum



<sup>a)</sup> Unternehmensanleihen = Zinsen für Anleihen von Unternehmen mit höchster (AAA) bzw. mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von 10 Jahren. Staatsanleihen = Zinsen für Anleihen von Ländern des Euroraums mit höchster Bonität (AAA) bzw. Krisenländern (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) und einer Restlaufzeit von 10 Jahren; BIP-gewichtete Durchschnitte. - <sup>b)</sup> Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Neugeschäft. (Krisenländer ausschließlich Griechenland). - <sup>c)</sup> Kreditbestände nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften (Sechsmonatsrate in Prozent, saisonbereinigt).

Quellen: Europäische Zentralbank; Reuters; Berechnungen des Ifo Instituts.

zusätzliche Ausgaben für Militäreinsätze und zur Terrorismusbekämpfung einzuplanen. Das Budgetdefizit dürfte daher trotz der konjunkturellen Erholung nur leicht von 2,1% im Jahr 2015 auf 1,9% im Jahr 2016 und 1,7% im Jahr 2017 zurückgehen.

Auch die privaten Bruttoinvestitionen werden im Prognosezeitraum wohl weiter zulegen. Zum einen profitieren die Unternehmen von der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, welche ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Absatzperspektiven in die Vereinigten Staaten verbessert hat. Zum anderen ist der Rohölpreis weiterhin relativ niedrig, so dass die Energiekosten für viele Unternehmen sinken. Darüber hinaus haben sich die Ertragskraft der Unternehmen und ihr Zugang zu Bankkrediten verbessert. Zudem sind die Kreditzinsen niedrig und die Banken auch vermehrt bereit, eine gestiegene Kreditnachfrage zu befriedigen. Nicht zuletzt dürfte auch die steigende Kapazitätsauslastung nach und nach Erweiterungsinvestitionen attraktiver erscheinen lassen.

Vom Außenbeitrag ist hingegen nur ein schwacher Impuls für die realwirtschaftliche Aktivität im Euroraum zu erwarten. Zwar dürften die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten im Prognosezeitraum zulegen. Doch die schwächelnde Nachfrage aus den Schwellenländern wird die Exporttätigkeit wohl insgesamt bremsen. Des Weiteren dürften aufgrund der Binnennachfrage auch die Importe deutlich steigen.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt des Euroraums im Jahr 2015 mit voraussichtlich 1,5% expandieren. In den beiden folgenden Jahren dürfte sein Zuwachs mit 1,7% bzw. 1,6% geringfügig höher liegen.

Auch der allgemeine Preisauftrieb dürfte sich nach und nach erhöhen, da die Effekte früherer Energiepreiskröge auslaufen und sich die Produktionslücke schließt. Unter der Annahme real konstanter Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie eines unveränderten Euro/Dollar Wechselkurs dürfte die Gesamtinflationsrate im Durchschnitt des Jahres 2015 bei 0,0% liegen. In den Jahren 2016 und 2017 wird sie wohl auf durchschnittlich 0,9% bzw. 1,5% steigen.

### Spanien weiter im Aufschwung – schwache Erholung in Italien und Frankreich

Mit Ausnahme von Finnland und Griechenland befindet sich die Konjunktur auch in den einzelnen Mitgliedsländern auf Erholungskurs. Das Tempo ist jedoch unterschiedlich. Während das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mit moderaten Raten zulegt, gestaltet sich die Erholung in Frankreich und Italien etwas holpriger. Spanien befindet sich dagegen in einem kräftigen Aufschwung (vgl. Tab. 2.2).

Die spanische Wirtschaft konnte ihre mehrjährige Rezession im Sommer 2013 überwinden und expandiert seither mit steigenden Raten. Dabei hat der Aufschwung nahezu alle Wirtschaftsbereiche erfasst. Insbesondere die privaten Ausstattungsinvestitionen legen seit geraumer Zeit kräftig zu, auch da die Kreditzinsen niedrig sind und die Banken wieder vermehrt Kredite vergeben. Zudem ist die Auslandsnachfrage hoch, nicht zuletzt weil sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit spanischer Unternehmen verbessert hat. Zum einen profitieren diese von der merklichen Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Zum anderen weist Spanien bereits seit längerem eine der niedrigsten Inflationsraten im Euroraum auf. Darüber hinaus hat die private Bauwirtschaft nach einer tiefen Krise und dem Abbau immenser Überkapazitäten in jüngster Zeit wieder positiv zur Expansion beigetragen. Nicht zuletzt stützt der private Konsum den Aufschwung, auch da die spanischen Haushalte aufgrund ihrer relativ hohen Verschuldung stark von den gesunkenen Zinsen profitieren. Darüber hinaus schlagen sich die gute Konjunktur und die Strukturreformen zunehmend positiv am Arbeitsmarkt nieder. So ist die Arbeitslosenquote seit Som-

**Tab. 2.2**  
**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht BIP in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise <sup>a)</sup>				Arbeitslosenquote <sup>b)</sup>			
		Veränderung in %								in %			
		2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Deutschland	20,8	1,6	1,7	1,9	1,7	0,8	0,2	0,9	1,4	5,0	4,9	5,2	5,8
Frankreich	15,6	0,2	1,2	1,4	1,2	0,6	0,1	0,8	1,5	10,3	10,4	10,3	9,9
Italien	12,0	-0,4	0,7	1,1	1,1	0,2	-0,1	0,7	1,5	12,7	12,1	11,6	11,0
Spanien	7,8	1,4	3,1	2,8	2,4	-0,2	-0,7	0,7	1,1	24,5	22,1	20,9	19,9
Niederlande	4,8	1,0	1,9	1,5	1,3	0,3	0,3	0,9	1,7	7,4	6,9	6,5	6,3
Belgien	2,9	1,3	1,4	1,5	1,2	0,5	0,5	1,2	2,0	8,5	8,7	8,5	8,4
Österreich	2,4	0,4	0,9	1,6	1,6	1,5	0,8	1,3	2,0	5,6	5,7	5,5	5,3
Finnland	1,5	-0,4	0,0	0,9	1,5	1,2	-0,1	0,6	1,4	8,7	9,5	9,8	9,5
Griechenland	1,3	0,7	-0,2	-0,6	1,4	-1,4	-1,2	0,1	0,5	26,5	25,1	25,0	24,6
Portugal	1,3	0,9	1,5	1,6	2,1	-0,2	0,5	0,7	1,3	14,1	12,6	11,8	11,4
Irland	1,3	5,2	6,5	3,9	2,8	0,3	0,0	0,7	1,4	11,3	9,4	8,7	8,4
Slowakei	0,5	2,5	3,2	3,6	3,6	-0,1	-0,5	1,0	1,5	13,2	11,0	10,0	9,0
Slowenien	0,3	3,0	2,5	2,3	2,5	0,4	-1,1	0,5	1,5	9,7	9,0	8,5	8,0
Luxemburg	0,3	4,1	2,6	1,9	2,0	0,7	0,0	0,9	1,5	6,0	5,9	5,6	5,4
Litauen	0,3	3,0	1,7	2,2	2,5	0,2	-0,4	1,0	2,0	10,7	9,0	8,0	7,0
Lettland	0,2	2,4	2,9	3,1	3,1	0,7	-0,1	1,5	2,0	10,8	9,5	8,5	7,0
Zypern	0,1	-2,5	1,4	2,5	3,0	-0,3	-1,5	0,1	0,5	16,1	15,5	14,9	14,5
Estland	0,1	2,9	0,7	2,0	3,0	0,5	0,0	1,0	2,5	7,4	5,5	5,0	4,5
Malta	0,1	3,5	4,2	2,7	2,2	0,8	1,1	1,3	2,0	5,9	5,4	5,1	4,9
<b>Euroraum<sup>c)</sup></b>	<b>73,5</b>	<b>0,9</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>1,6</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,9</b>	<b>1,5</b>	<b>11,6</b>	<b>11,0</b>	<b>10,7</b>	<b>10,4</b>
Vereinigtes Königreich	14,9	2,9	2,4	2,3	2,2	1,5	0,1	1,0	1,6	6,1	5,3	5,1	5,1
Schweden	3,2	2,3	2,9	2,2	2,1	0,2	0,7	1,3	2,1	7,9	7,5	7,2	7,0
Dänemark	1,9	1,3	1,7	1,7	1,6	0,3	0,3	1,0	1,9	6,6	6,2	6,1	5,9
<b>EU 22<sup>c)</sup></b>	<b>93,5</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,1</b>	<b>0,9</b>	<b>1,5</b>	<b>10,9</b>	<b>9,9</b>	<b>9,6</b>	<b>9,4</b>
Polen	2,9	3,3	3,5	3,6	3,6	0,1	-0,6	1,0	1,5	9,0	6,5	6,0	5,5
Tschechien	1,2	2,0	4,5	2,4	2,5	0,4	0,2	1,5	1,5	6,1	4,5	4,0	4,0
Rumänien	1,1	2,8	3,7	3,5	3,6	1,4	-1,4	0,5	2,0	6,8	6,5	6,0	5,5
Ungarn	0,7	3,7	2,6	2,4	2,5	0,0	0,2	1,5	2,0	7,7	6,5	6,0	5,5
Kroatien	0,3	-0,4	1,1	1,3	1,5	0,2	-0,5	0,5	1,5	17,3	16,0	15,0	13,0
Bulgarien	0,3	1,5	2,7	2,5	2,5	-1,6	-1,2	0,5	1,0	11,4	9,0	8,5	7,0
<b>Neue Mitglieder<sup>d)</sup></b>	<b>7,9</b>	<b>2,8</b>	<b>3,3</b>	<b>3,0</b>	<b>3,1</b>	<b>0,3</b>	<b>-0,5</b>	<b>1,0</b>	<b>1,6</b>	<b>8,9</b>	<b>7,2</b>	<b>6,6</b>	<b>6,0</b>
<b>EU 28<sup>c)</sup></b>	<b>100,0</b>	<b>1,4</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>0,6</b>	<b>0,0</b>	<b>0,9</b>	<b>1,5</b>	<b>10,2</b>	<b>9,1</b>	<b>8,8</b>	<b>8,5</b>

<sup>a)</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). – <sup>b)</sup> Standardisiert. – <sup>c)</sup> Gewichteter Durchschnitt der aufgeführten Länder. – <sup>d)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus der Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Kroatien und Bulgarien.

<sup>a)</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). – <sup>b)</sup> Standardisiert. – <sup>c)</sup> Gewichteter Durchschnitt der aufgeführten Länder. – <sup>d)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus der Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Kroatien und Bulgarien

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2015

mer 2013 um fast 5 Prozentpunkte gesunken und die Zahl der Beschäftigten um nahezu 1 Million gestiegen.

Im Prognosezeitraum dürfte Spanien weiterhin schneller expandieren als die anderen großen Mitgliedsländer, auch da der Bankensektor seine schwere Krise wohl nach und nach überwinden wird. So ist der Bestand an ausfallgefährdeten Krediten dank der Konjunktur seit Ende des Jahres 2013 um fast 50 Mrd. Euro (etwa 5% des Bruttoinlandsprodukts) gesunken. Zudem wurden bereits im Jahr 2012 sehr risikoreiche Aktiva in gleicher Größenordnung an eine Bad Bank ausgelagert sowie Hilfgelder durch die EU gewährt, so dass die spanischen Banken ihre Eigenkapitalquoten merklich erhöhen konnten.

In Italien ist die Arbeitslosenquote hingegen bis zuletzt nur geringfügig gesunken, obschon auch hier erste Versuche unternommen wurden, um die Strukturen des Arbeitsmarkts zu verändern. So wurden der Kündigungsschutz gelockert und die Abfindungsregeln vereinheitlicht, um insbesondere

die Einstiegschancen jüngerer Arbeitnehmer zu erhöhen. Da diese Maßnahmen aber nur für neue Beschäftigungsverhältnisse gelten, dürften sie ihre Wirkung erst im Laufe der Zeit entfalten. Des Weiteren ist das Expansionstempo viel zu gering, um einen raschen Beschäftigungsaufbau zu ermöglichen. Hier spiegelt sich auch das niedrige Potenzialwachstum der italienischen Volkswirtschaft wider, das neben den rigiden Arbeits- und Gütermärkten auch der relativ hohen Steuer- und Abgabenbelastung für Unternehmen geschuldet ist. Diese strukturellen Schwächen sind maßgeblich für den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verantwortlich, der zu einem merklichen Rückgang der Anteile am Welthandel geführt und sich anders als in Spanien seit der Eurokrise nicht umgekehrt hat. Mit den weitreichenden Reformen des Wahlrechts sowie der Verfassung zielt die Regierung zwar darauf ab, politische Entscheidungsprozesse spürbar zu beschleunigen. Jedoch mangelt es bisher noch an Reformen, die das geringe Produktivitätswachstum nachhaltig zu steigern vermögen. Zudem geht die Gesundung des Bankensektors anders als in Spanien kaum voran. Zwar hatte Italien

keine systemische Bankenkrise in einer Größenordnung wie Spanien. Doch auch hier ist der Bestand an ausfallgefährdeten Krediten merklich gestiegen, und nicht wie in Spanien nun fallend, sondern noch immer steil aufwärtsgerichtet. Im dritten Quartal 2015 lagen diese bei etwa 11% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und damit fast viermal so hoch wie im Jahr 2007. Bisherige Versuche den Bankensektor durch staatliche Interventionen zu entlasten, beschränkten sich zumeist auf kleinere Geldhäuser, auch da der finanzielle Spielraum des italienischen Staates ob seiner hohen Verschuldung begrenzt ist und keine direkten Hilfgelder der EU flossen. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt Italiens im Prognosezeitraum daher erneut langsamer zulegen als im Durchschnitt des Euroraums.

Auch für die französische Volkswirtschaft ist im Prognosezeitraum mit einer unterdurchschnittlichen Zunahme der realwirtschaftlichen Aktivität und einer nur langsam sinkenden Arbeitslosenquote zu rechnen, da diese seit geraumer Zeit vergleichbare strukturelle Schwächen aufweist wie die italienische. So ist auch in Frankreich die Steuer- und Abgabenlast überdurchschnittlich hoch und preisliche Wettbewerbsfähigkeit verlorengegangen. Seit dem Jahr 1999 legen die Importe stärker zu als die Exporte, was zu Handels- und Leistungsbilanzdefiziten geführt hat. Die Wachstumsschwäche zeigt sich vor allem auch bei der Investitionstätigkeit. So liegen die Bruttoanlageinvestitionen derzeit auf dem Niveau von vor zehn Jahren. Während die privaten Ausrüstungsinvestitionen noch einen leicht positiven Beitrag liefern, sind die privaten Bauinvestitionen stark rückläufig, auch weil die Immobilienpreise sinken und Überkapazitäten bestehen. Stützend wirken hingegen weiterhin der private und der öffentliche Konsum, die mit kräftigen Raten expandieren. Letzterer dürfte auch zulegen, da die Regierung zusätzliche Ausgaben für Militäreinsätze und zur Terrorismusbekämpfung in Höhe von mindestens 1,2 Mrd. Euro pro Jahr in Aussicht gestellt hat. Des Weiteren sind die bisherigen Versuche, die Arbeitskosten für Unternehmen zu senken und so deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, längst nicht ausreichend, um das langfristige Wachstumspotenzial zu erhöhen.

### Moderater Aufschwung in Großbritannien

Der seit 2013 andauernde Aufschwung in Großbritannien setzt sich fort: Im dritten Quartal 2015 expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 0,5% im Vergleich zum Vorquartal. Wichtige Wachstumsbeiträge lieferten der private Konsum (+ 0,3 Prozentpunkte) und die Ausrüstungsinvestitionen (+ 0,2 Prozentpunkte). Nachdem das Baugewerbe im zweiten Quartal einen Rückgang verzeichnete, kam es im dritten Quartal wieder zu einer Ausweitung. Der Außenhandel lieferte einen negativen Wachstumsbeitrag von 1,4 Prozentpunkten. Während im Vergleich zum zweiten Quartal die Exporte um 0,9% stiegen, nahmen die Importe

mit 5,5% sehr viel stärker zu. Grund hierfür dürfte die Wechselkursentwicklung sein. Im Vorjahresvergleich nahm der Wert des britischen Pfunds gegenüber dem Euro bis Ende November um knapp 13% zu, während es gegenüber dem Dollar um knapp 5% abwertete. Im Jahr 2014 war der Euroraum der wichtigste Abnehmer britischer Ausfuhren. 44% aller Exporte gingen dorthin, während nur knapp 13% für die USA bestimmt waren. Insofern wiegt die Aufwertung gegenüber dem Euroraum stärker. Nachdem die Arbeitslosenquote seit Ende 2014 relativ unverändert bei 5,5% lag, ging sie im Sommer auf aktuell 5,2% zurück.

Der Aufschwung dürfte im Prognosezeitraum weiterhin vom privaten Konsum gestützt werden. Zwar ist das nominale Lohnwachstum im Vergleich zum Vorkrisenzeitraum moderat – bis September nahmen die Löhne im Vorjahresvergleich um 2% zu –, doch die Realeinkommen profitieren von den stabilen Preisen. Zudem werden die Steuererleichterungen und die Erhöhung des Mindestlohnes im Rahmen der Einführung des »living wage« vornehmlich den unteren Einkommensschichten zugutekommen, die eine vergleichsweise höhere Konsumquote aufweisen. Nachdem die Sparquote der privaten Haushalte in den vergangenen Jahren sukzessive abnahm, scheint sie ihren Tiefpunkt im dritten Quartal 2014 erreicht zu haben und ist seitdem wieder auf gut 8% gestiegen. Dies schlägt sich positiv auf die Verschuldung der privaten Haushalte nieder, die leicht abnimmt.

Die Bruttoanlageinvestitionen gewannen im Jahresverlauf an Fahrt. Im dritten Quartal sind sie im Vergleich zum Vorquartal um 1,3% gestiegen. Die Investitionstätigkeit hat sich mehr zum Dienstleistungssektor verschoben, während die Öl- und Gasindustrie weiter unter dem Ölpreisverfall leidet. Insgesamt war die Rentabilität nicht-finanzieller Unternehmen im ersten Quartal leicht rückläufig, was maßgeblich auf das Verarbeitende Gewerbe sowie den Energiesektor zurückzuführen war. Der Dienstleistungssektor verzeichnete hingegen die höchste Rentabilität seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 1997. Die Investitionen dürften deshalb im Prognosezeitraum weiter an Dynamik gewinnen und werden dabei von Unternehmensgewinnen, niedrigen Kreditkosten und wachsendem privatem Konsum gestützt.

Das Preisniveau ist angesichts niedriger Energiepreise und wechselkursbedingt günstiger Importpreise nahezu konstant geblieben. Die Kerninflationsrate, die Energie- und Nahrungsmittelpreise ausschließt, wird 2015 voraussichtlich 1% betragen. Es ist zu erwarten, dass die Notenbank im Verlauf des Jahres 2016 die Zinswende einleitet. Wahrscheinlich ist, dass die Bank of England die Zinserhöhung durch die US-amerikanische Fed abwarten und dann mit gewisser Verzögerung die Zinsen erhöhen wird. Da der Zinsanstieg graduell erfolgen wird, dürfte die insgesamt expansiv ausgerichtete Geldpolitik das Wirtschaftswachstum im Prognosezeitraum weiter unterstützen.



Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum hingegen restriktiv wirken. Nachdem das staatliche Budgetdefizit im Jahr 2014 relativ zum Bruttoinlandsprodukt 5,7% betrug, wird es im laufenden Jahr auf voraussichtlich 4,0% reduziert werden. Der nach den Wahlen zum Unterhaus im Juli vorgelegte staatliche Haushaltsplan (»summer budget«) sieht eine Fortführung der fiskalischen Konsolidierung vor. So soll im Fiskaljahr 2019/2020 erstmals ein Überschuss erwirtschaftet werden. Vorgesehen sind sowohl Ausgabenkürzungen für den Sozialstaat als auch ein gedeckeltes Lohnwachstum für Beschäftigte im öffentlichen Sektor. Gleichzeitig hat die Senkung der Körperschaftsteuer das Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen.

Die Frühindikatoren sprechen für eine gewisse Abschwächung der konjunkturellen Dynamik im Winterhalbjahr. Zwar befinden sie sich nach wie vor auf hohem Niveau; in den vergangenen Monaten haben jedoch sowohl das Verbrauchervertrauen als auch die Zuversicht der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe und im Bausektor abgenommen. Dies wird auch durch den Rückgang des Einkaufsmanagersindex in diesen Sektoren bestätigt. Vom Dienstleistungssektor hingegen gehen leicht positive Signale aus. Die Unsicherheit über die künftige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik (Policy Uncertainty Index) war im Oktober 2015 stark rückläufig und erreichte das niedrigste Niveau seit Beginn der globalen Finanzkrise 2007.

Insgesamt dürfte die britische Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum weiter mit moderaten Raten expandieren. Im Jahr 2015 wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 2,4% zulegen; in den beiden folgenden Jahren dürfte die Zuwachsrate geringfügig auf 2,3% und 2,2% zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird weiter leicht rückläufig sein. Im Jahresdurchschnitt 2015 wird sie bei voraussichtlich 5,4% und in den beiden Folgejahren bei 5,1% liegen. Während im laufenden Jahr die Preise nahezu konstant bleiben, wird die Inflationsrate im Prognosezeitraum aufgrund steigender Löhne und der auslaufenden Effekte der gefallen Energiepreise leicht zunehmen und im kommenden Jahr bei 1,0% und im darauf folgenden Jahr bei 1,6% liegen.

### Anziehende Konjunktur in Mittel- und Osteuropa

In den mittel- und osteuropäischen Staaten der EU hat die Konjunktur im dritten Quartal 2015 weiter angezogen. Dabei kam der Region die Erholung im Euroraum zugute. Und auch die günstigen Öl- und Rohstoffpreise wirkten wie ein zusätzlicher Konjunkturmotor. Dies zog fast überall eine spürbare Verbesserung der Arbeitsmarktsituation mit sich, die mit einem vielerorts deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit einherging. Zudem stiegen auch die Realeinkom-

men der privaten Haushalte, nicht zuletzt, da das Preisniveau nur geringfügig zulegte und mancherorts sogar rückläufig war. Entsprechend haben die privaten Konsumausgaben überall einen kräftigen Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung geliefert. Auch die Bruttoanlageinvestitionen legten fast überall kräftig zu. Zum einen wegen der positiven Konjunkturaussichten und zum anderen infolge deutlich verbesserter Finanzierungsbedingungen, da das Zinsniveau überall ausgesprochen niedrig blieb. Zur konjunkturellen Belebung trugen in einigen Ländern auch die Exporte bei, die im Einklang mit der moderat anziehenden Konjunktur im Euroraum wieder etwas kräftiger zulegten. In Polen und dem Baltikum hingegen entwickelten sich die Exporte weniger dynamisch, da in diesen Ländern die Rezession in Russland am deutlichsten zu spüren war.

Die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung in Mittel- und Osteuropa sind insgesamt günstig. Das Preisniveau und die Landeswährungen zeigen sich stabil, die Zinsen bleiben niedrig. Die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte kommt vielerorts in Schwung (vor allem in Polen und Tschechien), was wiederum einen positiven Effekt auf die Binnennachfrage erwarten lässt. Konjunkturelle Impulse dürften auch vom Staat ausgehen, denn die meisten Länder verfügen über geordnete Staatsfinanzen. Zudem stehen den Ländern der Region bis 2020 umfangreiche Finanzmittel aus den fünf Struktur- und Investitionsfonds der EU (ESIF) zur Verfügung (rund 190 Mrd. Euro allein für die sechs Länder außerhalb des Euroraums: Polen, Rumänien, Ungarn, Tschechien, Bulgarien, Kroatien). Da diese nach dem Prinzip der Kofinanzierung eingesetzt werden, müssen für ihren Einsatz auch stets öffentliche Mittel des betreffenden Landes beigesteuert. Entsprechend wird die Finanzpolitik im Prognosezeitraum tendenziell expansiv ausgerichtet sein, vor allem in den drei großen Volkswirtschaften der Region (Polen, Tschechien und Ungarn).

Insgesamt dürfte sich das Expansionstempo in der Mehrzahl der osteuropäischen EU-Länder in den kommenden beiden Jahren leicht beschleunigen. Lediglich in den baltischen Staaten (Litauen, Lettland und Estland) ist der Konjunkturausblick trüber, denn diese Volkswirtschaften bekommen die Sanktionen Russlands gegenüber der EU und das russische Importsubstitutionsprogramm stärker zu spüren.

### 3. Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland

#### Überblick

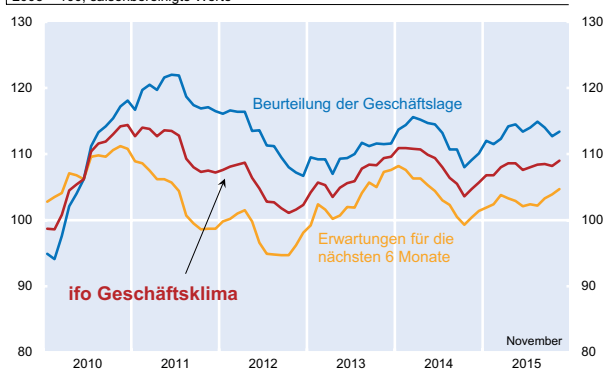
In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im bisherigen Jahresverlauf ohne größere Schwankungen moderat gestiegen. In den ersten drei Quartalen expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer Jahresrate von 1,5%, und damit etwas langsamer, als vom ifo Institut in seiner Juniprognose vorausgeschätzt hatte. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung erhöhte sich nur wenig. In der Industrie (ohne Ernährungsgewerbe) hat die Auslastung der Produktionskapazitäten nach Umfragen des ifo Instituts sogar leicht abgenommen, sie liegt aber weiterhin deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die verhaltene Gangart der Konjunktur ist vom ifo Geschäftsklima für Deutschland zeitnah signalisiert worden (vgl. Abb. 3.1).

Getragen wurde der moderate Konjunkturaufschwung von der Binnennachfrage und hier zum überwiegenden Teil vom Konsum. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte expandierten in den ersten neun Monaten mit einer laufenden Jahresrate von 1,4%, und damit in nahezu gleichem Tempo wie das reale Bruttoinlandsprodukt, befördert von höheren Realeinkommen sowie der Ausweitung der Beschäftigung. Zuletzt kamen Impulse vom Kaufkraftplus aufgrund der neuerlich sinkenden Rohölpreise und auch von der Flüchtlingsmigration.<sup>3</sup> Der massive Zustrom von Hilfesuchenden aus Ländern des Balkans sowie aus Bürgerkriegsregionen des Nahen und Mittleren Ostens und aus Nordafrika schlug sich im dritten Quartal außerdem in einem deutlichen Anstieg der Konsumausgaben des Staates nieder. Mehr aufgewendet werden musste etwa für die Bereitstellung von Unterkünften und für soziale Sachleistungen.

<sup>3</sup> Nach dem System of National Accounts (SNA) gelten Flüchtlinge als Gebietsansässige in einem Wirtschaftsgebiet, sofern sie beabsichtigen, wenigstens ein Jahr zu bleiben. Ihre in Deutschland getätigten Ausgaben werden vom Statistischen Bundesamt daher als private Konsumausgaben der Inländer erfasst.

Abb. 3.1

**ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft<sup>a)</sup>**  
2005 = 100, saisonbereinigte Werte



<sup>a)</sup> Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.  
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Im Vergleich zum Konsum verlief die Investitionskonjunktur im Jahr 2015 im Großen und Ganzen enttäuschend, der im Winterhalbjahr scheinbar auf Touren gekommene Investitionsmotor kam wieder ins Stottern. Die Investitionen in Ausstattungen waren, nach starkem Jahresauftakt, im Sommer rückläufig; angesichts der schwachen Auftragseingänge insbesondere auch aus dem außereuropäischen Ausland sahen die Unternehmen für Erweiterungsinvestitionen keinen Anlass. Die Bauinvestitionen rutschten sogar, nach witterungsbedingt gleichfalls gutem Start, bereits im Frühjahr ins Minus. Allein die Investitionen in sonstige Anlagen nahmen im Jahresverlauf weiter zu, hierzu trug bei, dass die in diesem Verwendungsaggregat enthaltenen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in geringerem Umfang als andere Investitionsprojekte Schwankungen unterworfen sind. Im ersten Halbjahr wirkte sich zudem der Abbau der Lagerbestände dämpfend auf die Produktionsentwicklung aus. Schließlich wurde auch vom Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gebremst: Abgesehen von einem temporären Plus im zweiten Quartal war der Beitrag des Außenhandels zur Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 negativ, dies gilt vor allem für das dritte Quartal 2015. So haben die Exporte nicht zuletzt aufgrund der Schwäche wichtiger Schwellenländer mit einer Rate von lediglich 0,2% nahezu stagniert, während die Importe von Waren und Energie im Gefolge der lebhaften Konsumkonjunktur und niedrigerer Rohölpreise um 1,1% recht dynamisch gestiegen sind.

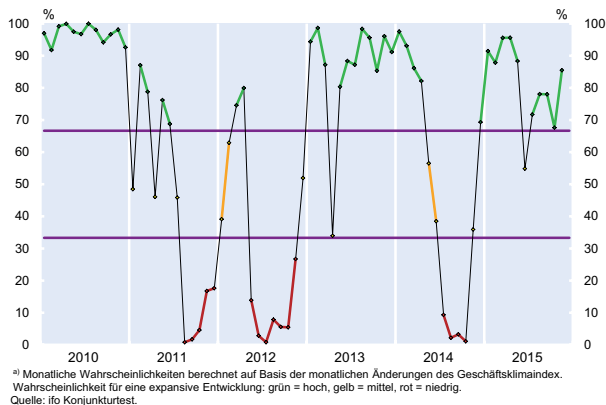
Bei alledem blieb die Arbeitsnachfrage trotz der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns recht hoch, die Erwerbstätigenzahl lag saisonbereinigt im Oktober um 345 000 Personen über dem Stand von Dezember 2014. Zugleich hat die Arbeitslosigkeit weiter abgenommen. Die Flüchtlingsmigration ist erwartungsgemäß noch nicht in nennenswertem Umfang auf dem Arbeitsmarkt angekommen. So lag die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten außereuropäischen Asylzugangsländern im November 2015 lediglich um 28 000 Personen über dem vergleichbaren Vorjahresmonat (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2015, S. 14).

#### Ausblick und Indikatoren

Wichtige Indikatoren weisen darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresendquartal 2015 weiter gestiegen sein dürfte. So war die Produktion im Produzierenden Gewerbe im Oktober saisonbereinigt etwas höher als im Vormonat. Auch der Auftragseingang sowohl aus dem In- als auch dem Ausland hat zuletzt wieder zugelegt. Zudem ist durch den starken Zustrom von Flüchtlingen und dem damit verbundenen Anstieg von staatlichen Hilfsleistungen ein expansiver fiskalischer Impuls angelegt, der, weil nicht gegenfinanziert, kurzfristig vollumfänglich nachfragewirksam wird. Außerdem wird die Konjunktur immer noch

Abb. 3.2

**ifo Konjunkturampel Deutschland für die gewerbliche Wirtschaft**  
Wahrscheinlichkeiten für eine expansive Wirtschaftsentwicklung<sup>a)</sup>

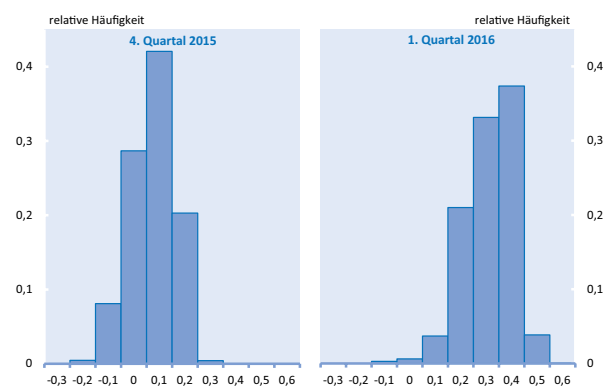


durch Terms-of-Trade-Gewinne im Gefolge weiter nachgebender Rohölpreise befördert. Die ifo Konjunkturampel, die in einem Grün-gelb-rot-Farbschema die Wahrscheinlichkeiten für die konjunkturelle Phase »Expansion« optisch klassifiziert (vgl. Abberger und Nierhaus 2008) steht zum fünften Mal in Folge auf grün. Die Wahrscheinlichkeit für eine expansive Wirtschaftsentwicklung hat im November sogar wieder die 80%-Marke übersprungen (vgl. Abb. 3.2).

Die quantitative Prognose für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Winterhalbjahr 2015/16 erfolgt nach Wirtschaftsbereichen disaggregiert auf der Basis monatlich verfügbarer amtlicher Frühindikatoren sowie einer breiten Palette von monatlich erhobenen Umfragedaten, wobei den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests eine besonders gewichtige Rolle zugemessen wird (vgl. Carstensen et al. 2009). Auf der Grundlage des vom ifo Institut standardmäßig verwendeten Indikatorenansatzes ergibt sich ein Anstieg des saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,1% im vierten Quartal 2015 und von 0,4% im ersten Quartal 2016; Abbildung 3.3 zeigt die Häufigkeitsverteilung der im Rahmen eines Pooling-of-Forecasts-Ansatzes gewonnenen Quartalsschätzungen der BIP-Rate.<sup>4</sup> Unter zusätzlicher Berücksichtigung der von der aktuellen Zuwanderung vermutlich ausgelösten fiskalischen Impulse, die mit dem Standardindikatorenansatz nicht vollumfänglich abgebildet werden, dürfte sich der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal auf insgesamt 0,3% und im ersten Quartal des kommenden Jahres auf 0,5% belaufen. Getragen wird die konjunkturelle Expansion im Winterhalbjahr von den Dienstleistungsbereichen und vom Handel; die Industriekonjunktur wird hingegen angesichts der Orderflaute zunächst weiter schwach tendieren (vgl. Tab. 3.1). Allerdings lassen das ifo Geschäftsklima für das Verarbei-

Abb. 3.3

**Verteilung der Modellprognosen für das reale BIP<sup>a)</sup>**



tende Gewerbe und insbesondere die recht optimistischen Geschäftserwartungen auch hier eine Wende zum Besseren erwarten.

Im weiteren Verlauf wird sich der Aufschwung fortsetzen. Maßgeblich hierfür sind die weiterhin günstigen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Die Geldpolitik wirkt außergewöhnlich expansiv, und die Kapitalmarkt- sowie Kreditzinsen dürften im Prognosezeitraum niedrig bleiben. Die Finanzierungsbedingungen für neue Unternehmens- und Bauinvestitionen sind damit äußerst vorteilhaft. Zudem erhöht die Finanz- und Sozialpolitik ihre expansiven Impulse, nicht zuletzt aufgrund der im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration deutlich steigenden staatlichen Konsumausgaben und Transfers. Schließlich hat sich durch die erneut gesunkenen Rohölpreise der Ausgabenspielraum der Verbraucher erhöht. Auch deshalb dürfte der private Konsum weiterhin die Stütze des Aufschwungs bleiben, der zudem durch steigende Arbeits- und Transfereinkommen der Haushalte und eine Minderung der kalten Progression befördert wird. Die Bauinvestitionen dürften im Prognosezeitraum wieder stärker steigen. Hingegen werden die Ausrüstungsinvestitionen ungeachtet der günstigen Finanzierungsbedingungen nur verhalten zulegen. Zum einen bleiben die Kapazitäten weitgehend normal ausgelastet, zum anderen expandiert auch die Exportindustrie nur in moderatem Tempo. Zwar werden die Ausfuhren bis Mitte nächsten Jahres beschleunigt steigen, da die Konjunktur in den wichtigsten Handelspartnerländern, ebenfalls begünstigt durch die niedrigen Energiepreise, anzieht. Zudem dürften die Auswirkungen der starken Euro-Abwertung im Jahr 2015 bis ins kommende Jahr hinein zu spüren sein. Allerdings bleiben die weltwirtschaftliche Expansion und damit die durchschnittlichen Zuwachsraten deutscher Ausfuhren weit hinter denen früherer Aufschwünge zurück. Da die Importe angesichts der erwarteten kräftigen Inlandsnachfrage stärker zulegen werden als die Exporte, kommen die Impulse im Jahr 2016 vor allem von der Binnenwirtschaft und nicht vom Außenhandel.

<sup>4</sup> Das ifo Institut prognostiziert die reale Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche mit Hilfe von Brückengleichungen. Im Rahmen eines Kombinationsansatzes (Pooling of Forecasts) wird eine Vielzahl von Modellen kombiniert, um der Modellunsicherheit Rechnung zu tragen. Schließlich werden die Quartalsprognosen der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu einer Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts hochaggregiert.

**Tab. 3.1**  
**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>a)</sup>**  
 Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %

	2015		2016		
	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>
darunter:					
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,2	0,2	0,5	0,5	0,5
darunter:					
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	- 0,1	- 0,4	0,2	0,5	0,5
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,2	- 0,3	0,1	0,5	0,5
Energie- und Wasserversorgung	1,7	- 1,4	0,7	0,5	0,5
Baugewerbe	- 0,7	1,1	0,6	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5
Information und Kommunikation	0,8	0,9	1,1	1,0	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,4	0,5	0,4	0,5
Unternehmensdienstleister	0,5	0,4	0,5	0,6	0,6
Öffentliche Dienstleister	0,2	0,5	0,6	0,6	0,5
Sonstige Dienstleister	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2

<sup>a)</sup> Verkettete Absolutwerte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

**ifo Institut Dezember 2015**

Im übernächsten Jahr dürften sämtliche Impulse weitgehend ausgelaufen sein. Lediglich die realen Konsumausgaben des Staates werden wohl weiterhin überdurchschnittlich sein, da sich annahmegemäß die Zuwanderung Asylsuchender – wenn auch in abgeschwächtem Tempo – fortsetzen wird und sich die Auswirkungen der Flüchtlingsmigration erst mit großer Verzögerung am Arbeitsmarkt zeigen werden.

Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresverlauf 2015 saison- und kalenderbereinigt um 1,4% expandieren, im Jahresdurchschnitt aufgrund des statistischen Überhangs und einer größeren Zahl von Arbeitstagen um 1,7% (kalenderbereinigt: 1,5%). Im Jahresverlauf 2016 steigt das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion voraussichtlich auf 2,1%, wozu die flüchtlingsgetriebene Mehrnachfrage maßgeblich beiträgt. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts 1,9% betragen (kalenderbereinigt: 1,8%). Im Jahr 2017 dürfte die Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahresverlauf wieder auf 1,8% zurückgehen, im Jahresdurchschnitt ist der Anstieg auf 1,7% zu veranschlagen (kalenderbereinigt: 1,9%, vgl. Abb. 3.4, Tab. 3.2 und Kasten: Zur Revision der ifo Prognose vom Juni 2015).

Auf dem Arbeitsmarkt dürfte die Flüchtlingsmigration im Prognosezeitraum deutliche Spuren hinterlassen. Zwar wird

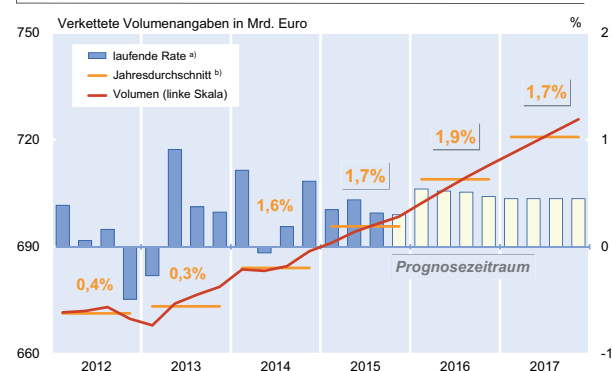
sich die hohe Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften weiter fortsetzen. Allerdings wird das Arbeitsangebot durch die annahmegemäß stark zunehmende Anzahl anerkannter Asylbewerber, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden, deutlich stärker zulegen. Insgesamt dürfte somit die Arbeitslosigkeit ab dem kommenden Jahr wieder steigen, zunächst um 23 000 im Jahr 2016, dann um etwa 300 000 im Jahr 2017. Hierbei wird insbesondere unterstellt, dass die Qualifikation der Flüchtlinge vorwiegend gering ist und deshalb der Anfang 2015 eingeführte flächendeckende Mindestlohn eine Einstellung behindern wird.

Die Verbraucherpreise dürften im laufenden Jahr um 0,3% steigen, dämpfend wirkt vor allem der Rückgang der Energiepreise. Im kommenden Jahr gehen von den Rohölnotierungen annahmegemäß keine preisdämpfenden Impulse mehr aus, zudem verstärkt sich allmählich der hausgemachte Preisauftrieb. Im Jahresdurchschnitt 2016 wird sich das Verbraucherpreisniveau voraussichtlich um 1,0% erhöhen, im Jahresdurchschnitt 2017 um 1,5%.

Das gesamtstaatliche Budget dürfte im Jahr 2015 einen Überschuss in Höhe von rund 31 Mrd. Euro (1% des Bruttoinlandsprodukts) ausweisen. In den beiden kommenden Jahren dürfte sich der Finanzierungssaldo deutlich infolge der mit der Flüchtlingsmigration verbundenen Mehraufwendungen ermäßigen; im Jahr 2016 dürfte er auf 12 Mrd. Euro (0,4% des BIP) zurückgehen, bevor er im Jahr 2017 weitgehend ausgeglichen sein wird (vgl. Tab 3.3). Die staatliche Bruttoschuldenquote wird voraussichtlich von rund 71% Ende 2015 auf 66% Ende 2017 sinken.

**Abb. 3.4**

**Reales Bruttoinlandsprodukt**  
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

<sup>b)</sup> Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.



**Tab. 3.2**  
**Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts**

	2014	2015	2016	2017
Statistischer Überhang <sup>a)</sup>	0,7	0,5	0,5	0,7
Jahresverlaufsrate <sup>b)</sup>	1,5	1,4	2,1	1,8
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,6	1,5	1,8	1,9
Kalendereffekt <sup>c)</sup>	0,0	0,2	0,1	- 0,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung	1,6	1,7	1,9	1,7

<sup>a)</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt im 4. Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – <sup>b)</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt im 4. Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. – <sup>c)</sup> In Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2015

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekannte Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Zur Berechnung der konkreten Intervalle

für das Jahr 2015 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2014 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt,  $\pm 0,1$  Prozentpunkt. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,7% reicht das Intervall also von 1,6% bis 1,8%. Die Punktprognose von 1,7% stellt den mittleren Wert dar, der am ehesten erwartet werden kann (rote Linie in Abb. 3.5). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass das entsprechende Prognoseintervall auf  $\pm 1,0$  Prozentpunkte ansteigt. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,9% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von 0,9 bis 2,9%. Für das Jahr 2017 kann kein Prognoseintervall angegeben werden, da das ifo Institut mit der vorliegenden Dezember-Prognose erstmals eine vollumfängliche Vorausschätzung für das übernächste Jahr zu diesem Zeitpunkt vornimmt.

**Tab. 3.3**  
**Eckdaten der Prognose für Deutschland**

	2014	2015 <sup>a)</sup>	2016 <sup>a)</sup>	2017 <sup>a)</sup>
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr <sup>b)</sup>				
Private Konsumausgaben	0,9	1,9	2,0	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,7	3,5	2,3
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,1	2,6	2,7
Ausrüstungen	4,5	4,1	3,5	3,8
Bauten	2,9	0,7	2,1	2,0
Sonstige Anlagen	3,1	2,7	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,3	1,6	2,1	1,7
Exporte	4,0	5,6	4,4	4,2
Importe	3,7	6,0	5,3	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,7	1,9	1,7
Erwerbstätige <sup>c)</sup> (1 000 Personen)	42 703	43 027	43 392	43 591
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 898	2 796	2 819	3 119
Arbeitslosenquote BA <sup>d)</sup> (in %)	6,7	6,4	6,4	7,1
Verbraucherpreise <sup>e)</sup>				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,3	1,0	1,5
Lohnstückkosten <sup>f)</sup>				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	1,7	1,4	1,1
Finanzierungssaldo des Staates <sup>g)</sup>				
in Mrd. Euro	8,9	31,4	12,4	0,1
in % des Bruttoinlandsprodukts	0,3	1,0	0,4	0,0
Leistungsbilanzsaldo				
in Mrd. Euro	212,1	260,0	268,0	270,0
in % des Bruttoinlandsprodukts	7,3	8,6	8,5	8,3

<sup>a)</sup> Prognose des ifo Instituts. – <sup>b)</sup> Preisbereinigte Angaben. – <sup>c)</sup> Inlandskonzept. – <sup>d)</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – <sup>e)</sup> Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – <sup>f)</sup> Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – <sup>g)</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank, 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2015

### Weltwirtschaftliches Umfeld und preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Die Prognose basiert auf der Annahme, dass ein Barrel Rohöl der Sorte Brent im Jahr 2015 durchschnittlich 54 US-Dollar, im kommenden Jahr 45 und im Jahr 2017 46 US-Dollar kostet. Die Wechselkurse werden im Prognosezeitraum konstant fortgeschrieben, so dass das Tauschverhältnis zwischen US-Dollar und Euro für 2015 bei 1,11 und für die kommenden zwei Jahre bei 1,05 liegt.

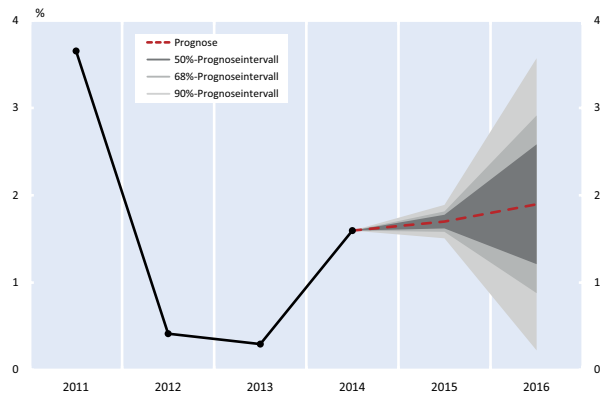
Die Weltkonjunktur wird – wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben – bis in den Sommer 2016, begünstigt durch die niedrigen Energiepreise, mit leicht anziehenden Raten zulegen. Danach wird das Expansionstempo bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder etwas zurückgehen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im ifo Exportnachfrageindikator wider, der die Prognosen für die Gesamtproduktion in wichtigen Handelspartnerländern, gewichtet mit dem jeweiligen deutschen Exportanteil, zusammenfasst.<sup>5</sup> Danach wird die stärkste Nachfrage nach deutschen Gütern aus Asien

<sup>5</sup> Für eine detaillierte Beschreibung der Konstruktion des Indikators, vgl. Elstner et al. (2010).



Abb. 3.5

Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts

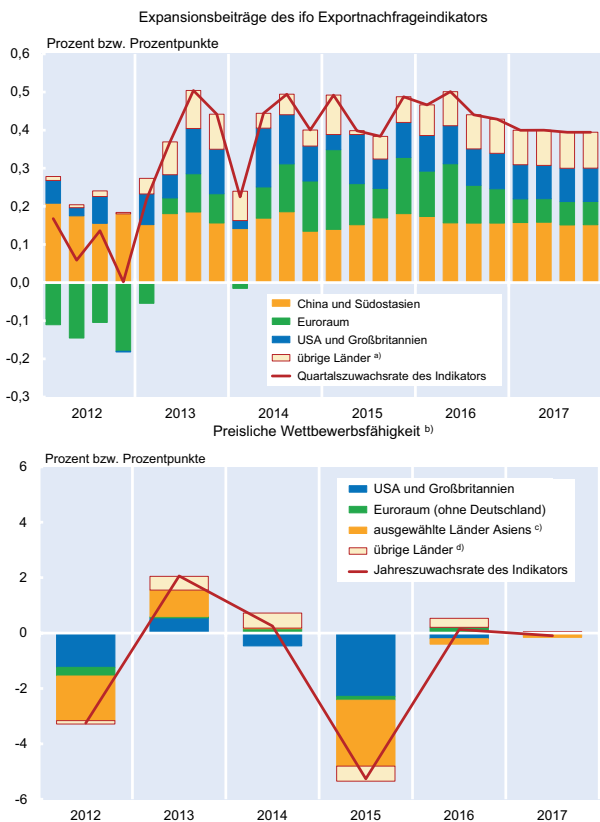


Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

kommen (vgl. oberes Bild Abb. 3.6). Von den USA und von Großbritannien werden wohl ebenfalls starke positive Impulse ausgehen, die allerdings im Prognosezeitraum leicht zurückgehen werden. Aus der Eurozone sind bis zur ersten Jahreshälfte 2016 zunehmende Impulse zu erwarten, diese werden im weiteren Verlauf aber wieder deutlich abnehmen. Aus den sonstigen Ländern (Lateinamerika, Osteuropa und Japan) dürfte die Nachfrage anhaltend stabil bleiben.

Abb. 3.6

Exportindikatoren



<sup>a)</sup> Lateinamerika, Osteuropa und Japan. - <sup>b)</sup> Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 37 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. - <sup>c)</sup> China, Hongkong, Südkorea, Singapur und Japan. - <sup>d)</sup> Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz, Bulgarien, Kroatien, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Kanada und Australien.  
Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF; OECD; Berechnungen des ifo Instituts; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 37 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes wird sich in diesem Jahr deutlich verbessern (vgl. unteres Bild Abb. 3.6). Maßgeblich hierfür ist die starke Abwertung des Euro gegenüber den wichtigsten Währungen, die bis April 2015 zu beobachten war. Die Abwertung am aktuellen Rand spielt für den Jahresdurchschnitt kaum eine Rolle. In diesem Jahr verbessert sich die preisliche Wettbewerbsposition insbesondere gegenüber Großbritannien, den USA, China und weiteren Ländern in Asien. Im kommenden Jahr wirken zwei gegensätzliche Kräfte auf die Wettbewerbsfähigkeit. Einerseits führt die jüngste Abwertung des Euro dazu, dass das Ausgangsniveau der Wettbewerbsfähigkeit zu Jahresbeginn 2016 recht niedrig ist. Andererseits dürfte die Inflationsrate in Deutschland im kommenden Jahr höher ausfallen als bei den Handelspartnern. Insgesamt wird die deutsche Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2016 in etwa konstant bleiben. Ähnlich verhält es sich im Jahr 2017.

### Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Maßgeblich für die Ausweitung der staatlichen Ausgaben im laufenden Jahr sind die sozialpolitischen Akzente der Bundesregierung, sowie die Impulse durch die zunehmende Flüchtlingsmigration.

Bereits zur Jahresmitte 2014 wurden rentenpolitische Maßnahmen umgesetzt, die im laufenden Jahr erstmals ihre volle Jahreswirkung entfalten. Darunter fallen die erweiterte Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Mütterrente sowie die Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen. Zwar wurde zur Finanzierung auf eine Beitragssatzsenkung in der Rentenversicherung im Jahr 2014 verzichtet; eine kleinere Beitragssatzsenkung ergab sich hingegen dennoch zum Jahresbeginn 2015. Allerdings standen der Beitragssatzsenkung bei der Rentenversicherung Erhöhungen bei der Kranken- und Pflegeversicherung gegenüber, so dass die Belastung der Arbeitnehmerentgelte mit Sozialbeiträgen im Jahr 2015 in etwa konstant blieb. Auch wurde mit Wirkung zum Jahresbeginn 2015 eine Erhöhung der Freibeträge bei der Einkommensteuer beschlossen.

Weitere Entlastungen bei der Einkommensteuer sind im Jahr 2016 vorgesehen. So wird es erneut zu einer Erhöhung des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags kommen; zudem wird der Steuertarif leicht verschoben, um die Mehreinkommen, die durch die kalte Progression entstanden sind, zu mindern. Die Beitragssätze zur Sozialversicherung dürften nach Maßgabe dieser Prognose im weiteren Prognosezeitraum per saldo leicht steigen. So werden im Jahr 2016 die Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer zur gesetzlichen Kran-

**Kasten****Zur Revision der ifo Prognose vom Juni 2015**

Im Sommer 2015 hatte das ifo Institut für den diesjährigen jahresdurchschnittlichen Zuwachs des realen BIP eine recht kräftige Rate von 1,9% prognostiziert. Hauptstütze des binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwungs sollte der private Konsum sein, allerdings würde sich sein Anstiegstempo im Jahresverlauf etwas verringern, da die Kaufkraftgewinne durch den vorausgegangenen starken Ölpreisrückgang zunehmend entfielen. Die Unternehmensinvestitionen sollten dagegen allmählich anziehen. Die Bauinvestitionen würden aufgrund der günstigen Einkommensentwicklung und der niedrigen Zinsen ihren Aufwärtstrend beibehalten. Die Ausfuhren sollten vom höheren Expansionstempo bei wichtigen Handelspartnern profitieren. Allerdings würden die Importe noch etwas kräftiger zulegen, so dass vom Außenhandel allenfalls ein marginaler Beitrag zur Expansion des BIP zu erwarten wäre.

Nach heutigem Datenstand ist der jahresdurchschnittliche Anstieg des realen BIP im Juni zu hoch veranschlagt worden. So ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal 2015 mit 0,4% weniger stark gestiegen, als vom ifo Institut anhand der zur Verfügung stehenden Frühindikatoren prognostiziert worden war (0,6%). Die Investitionen in Ausrüstungen hatten sich schwächer als erwartet entwickelt, die Bauinvestitionen waren im zweiten Vierteljahr sogar ins Minus gerutscht. In den Folgequartalen war die konjunkturelle Dynamik ebenfalls etwas verhaltener als noch im Sommer geschätzt. Insgesamt fällt der prognostizierte jahresdurchschnittliche Zuwachs des realen BIP nunmehr um 0,2 Prozentpunkte geringer aus. Die Abwärtskorrektur auf 1,7% bleibt damit deutlich innerhalb des 68%-Prognoseintervalls, das in der ifo Juni-Prognose für das laufende Jahr auf eine Spanne von 1,3% bis 2,5% veranschlagt wurde.

Maßgeblich für die Korrektur nach unten ist die etwas weniger dynamisch eingeschätzte Entwicklung der Inlandsnachfrage. Ihr Beitrag zur Veränderung des realen BIP sinkt von 1,7 Prozentpunkten auf 1,5 Prozentpunkte, gleichwohl bleibt sie damit, wie im Sommer zutreffend prognostiziert, die Hauptstütze des Wachstums. Zur langsameren Expansion der Binnennachfrage trägt zum einen die etwas schwächere Expansion des privaten Konsums bei, das Anstiegstempo wurde nicht zuletzt durch den zwischenzeitlichen Anstieg der Ölpreise gedämpft. Auch die Investitionen in Bauten dürften mit 0,7% schwächer zulegen als noch im Frühjahr geschätzt (2,0%). Heruntergenommen werden musste schließlich der ohnehin schon negativ veranschlagte Veränderungsbeitrag der Vorratsinvestitionen, dieser beziffert sich nun auf – 0,5 Prozentpunkte (ifo Sommerprognose: – 0,3 Prozentpunkte). Nach oben korrigiert werden mussten dagegen die Prognosen der Zuwachsraten der Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen; hierfür war maßgeblich, dass der statistische Überhang aus 2014 für beide Verwendungsaggregate nach aktuellem amtlichen Datenstand jetzt höher als im Frühjahr ist. Schließlich musste die Rate des Konsums des Staates angehoben werden, in der sich die rasch steigenden Mehrausgaben für die neu zugewanderten Hilfesuchenden widerspiegeln. Schließlich wurden die Zuwachsraten von Ex- und Importen leicht heraufgesetzt. Da die Rate der Ausfuhr stärker als die der Einfuhr angehoben wurde, vergrößert sich der Beitrag des Außenhandels zum realen BIP marginal von 0,1 Prozentpunkten auf 0,2 Prozentpunkten (vgl. Tab. 3.4).

**Tab. 3.4****Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2015****Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts**

	ifo Sommerprognose		ifo Dezemberprognose		Prognosekorrektur für 2015	
	Prognosewerte für 2015		Prognosewerte für 2015		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten <sup>a)</sup>	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten <sup>a)</sup>	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inlandsnachfrage	1,9	1,7	1,6	1,5	– 0,3	– 0,2
Privater Konsum	2,2	1,2	1,9	1,1	– 0,3	– 0,1
Staatlicher Konsum	1,6	0,3	2,7	0,5	1,1	0,2
Ausrüstungen	3,5	0,2	4,1	0,3	0,6	0,1
Bauten	2,0	0,2	0,7	0,1	– 1,3	– 0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	1,8	0,1	2,7	0,1	0,9	0,0
Vorratsveränderungen	–	– 0,3	–	– 0,5	–	– 0,2
Außenbeitrag	–	0,1	–	0,2	–	0,1
Ausfuhr	5,3	2,4	5,6	2,6	0,3	0,2
Einfuhr	5,9	– 2,3	6,0	– 2,3	0,1	0,0
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,9	1,7	1,7	– 0,2	– 0,2

<sup>a)</sup> Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2015

kenversicherung etwas angehoben. Im Jahr 2017 erhöhen sich voraussichtlich die Beiträge zur Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte.

Besonderen Einfluss auf die Finanzlage des Staates hat im Prognosezeitraum die zunehmende Flüchtlingsmigration. So kam es bereits im Jahr 2015 zu einer deutlichen Erhöhung

**Tab. 3.5**  
**Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)**  
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Lohndrift (Stunde)	Tariflohn (Monat)	Tariflohn (Stunde)
2012	– 1,0	2,8	3,9	0,1	1,2	2,6	2,7
2013	– 0,8	2,1	2,9	– 0,3	0,5	2,4	2,4
2014	0,6	2,7	2,1	– 0,2	– 0,9	2,9	3,0
2015	0,5	2,9	2,4	0,6	0,0	2,3	2,4
2016	0,2	2,5	2,3	0,2	0,0	2,3	2,3
2017	0,2	2,5	2,3	0,1	0,0	2,3	2,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

**ifo Institut Dezember 2015**

der Ausgaben des Staates für monetäre Sozialleistungen, Vorleistungen, und soziale Sachleistungen. Für die Jahre 2016 und 2017 wird hier mit einer weiteren, deutlich dynamischen Ausweitung gerechnet.

### Lohnanstieg stabil

Die Tariflöhne sind im ersten Halbjahr 2015 mit durchschnittlich 2,2% relativ schwach gestiegen. Im Vorjahr lag die Steigerung noch bei 2,9%. Im dritten Quartal hat sich der Tariflohnanstieg leicht auf knapp 2,5% beschleunigt. Mit Blick auf die gute konjunkturelle Lage sehen die Tarifabschlüsse im zweiten Halbjahr 2015 u.a. im Einzelhandel mit 2,5%, bei den Banken mit 2,1% und den Versicherungen mit 2,4% weiterhin nur moderate Steigerungen vor. Im Jahresdurchschnitt 2015 steigen die Tariflöhne daher voraussichtlich nur um 2,3%.

Die effektiv gezahlten Löhne legten mit durchschnittlich 2,8% in den ersten drei Quartalen deutlich stärker als die Tariflöhne zu. Dies dürfte maßgeblich auf die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zurückzuführen sein. Somit ergibt sich in diesen Quartalen eine positive Lohndrift, d.h. Differenz aus Effektiv- und Tariflohnanstieg, von durchschnittlich 0,6%. Insbesondere profitieren Arbeitnehmer, deren Löhne nicht durch Tarifverträge bestimmt werden. Darunter zählen insbesondere auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Henzel 2014).

Im nächsten Jahr dürfte es zu keiner Beschleunigung bei den Tariflöhnen kommen. Bereits beschlossene Stufenerhöhungen für das Jahr 2016 sehen nur verhaltene Steigerungen vor. Im Gebäudereinigerhandwerk wurden nach zwei Nullmonaten Erhöhungen von 2,6%/3,7% (West/Ost) zum 1. Januar 2016 vereinbart. Im öffentlichen Dienst der Länder wurde eine Stufenerhöhung von 2,5% beschlossen. Im Einzelhandel sehen die Tarifverträge lediglich 2,0% und in der Stahlindustrie 1,7% vor. Die Tariflöhne steigen im Jahresdurchschnitt 2016 voraussichtlich um 2,3% und die Effektivlöhne um 2,5%.

Auch im Jahr 2017 wird ein Anstieg der Tariflöhne in Höhe von 2,3% erwartet. Die Effektivlöhne nehmen mit 2,5% zu.

In den kommenden zwei Jahren bleibt die Lohndrift mit 0,2% 2016 und 0,1% 2017 leicht positiv. Bei anhaltend hoher Arbeitsnachfrage und steigenden Kapazitätsauslastungen werden voraussichtlich vermehrt Überstunden geleistet. Die bereinigten Lohnstückkosten (auf Stundenbasis) steigen 2015 um 1,7%, 2016 um 1,4% und 2017 um 1,1%. Real dürften sie in diesem und in den kommenden zwei Jahren leicht sinken.

### Arbeitslosigkeit steigt wieder

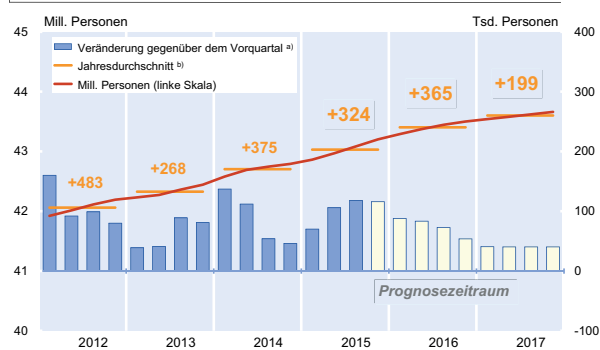
Die Erwerbstätigenzahl ist in diesem Jahr saisonbereinigt um durchschnittlich 35 000 Personen pro Monat gestiegen. Dieser Wert liegt somit auf dem Niveau des Vorjahres. Die gute konjunkturelle Lage spiegelt sich im Anstieg der Arbeitsnachfrage wider. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu Jahresbeginn hat gleichwohl ihre Spuren hinterlassen. Das zeigt sich insbesondere an der Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung. Diese Arbeitnehmer waren besonders stark von der Einführung des Mindestlohns betroffen, da sich wegen des hohen Anteils an Niedriglohnbeziehern die Arbeitskosten für diese Beschäftigungsform besonders stark erhöht haben. Saisonbereinigt ist die Anzahl der geringfügig Beschäftigten von September 2014 bis März 2015 um 160 000 zurückgegangen. In den folgenden Monaten hat sich die geringfügige Beschäftigung stabilisiert, ging aber weiter zurück. Dies deutet daraufhin, dass die unmittelbaren Anpassungsprozesse infolge der Einführung des Mindestlohns in diesem Arbeitsmarktsegment wohl weitestgehend abgeschlossen sind.

Die Abnahme der Arbeitslosigkeit hat zur Jahresmitte an Schwung verloren. Im Quartalsdurchschnitt ist die Zahl der Arbeitslosen im dritten Quartal sogar erstmalig seit 2013 wieder marginal gestiegen. Diese Entwicklung kann darauf zurückgeführt werden, dass das Erwerbspersonenpotenzial im laufenden Jahr stärker zunimmt als in den zurückliegenden Jahren.

Im Prognosezeitraum dürfte die Beschäftigung weiter zunehmen (vgl. Abb. 3.7). Die weiterhin expansiv ausgerichtete Arbeitsnachfrage führt voraussichtlich insbesondere zu

Abb. 3.7

**Erwerbstätige**  
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen (rechte Skala).

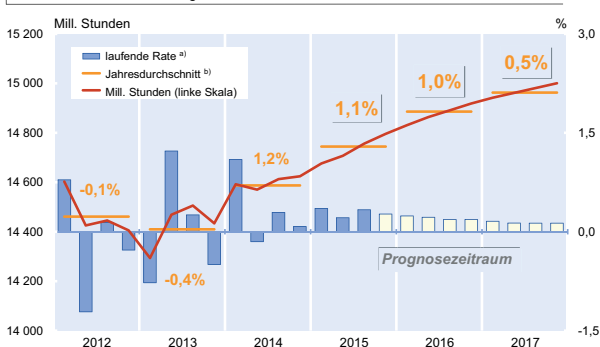
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

einem Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Zunahme der Arbeitsstunden dürfte sich im zweiten Halbjahr 2015 moderat beschleunigen (vgl. Abb. 3.8). Das ifo Beschäftigungsbarometer ist nunmehr seit Juli stetig

Abb. 3.8

**Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Inland**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

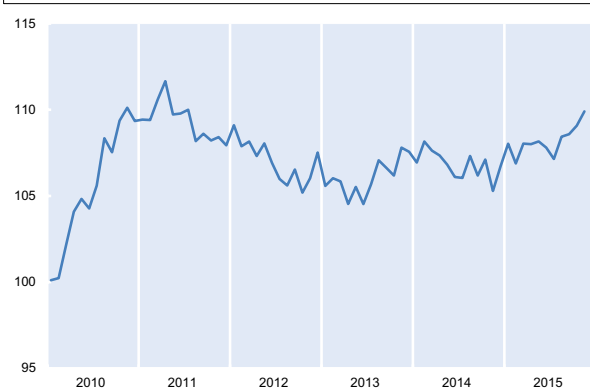


<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

**ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft**  
2005 = 100, saisonbereinigt



Quelle: ifo Konjunkturtest, November 2015.

gestiegen (vgl. Abb. 3.8). Dies ist ein klarer Indikator für einen ungebrochen hohen Bedarf an Arbeitskräften der Unternehmen und deren Einstellungsbereitschaft. Auch ist der Zugang offener Stellen im November nach zwei schwäche-

ren Monaten leicht angestiegen. Der BA-X, der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit, ist im laufenden Jahr stetig angestiegen und spiegelt den positiven Trend am Arbeitsmarkt klar wider.

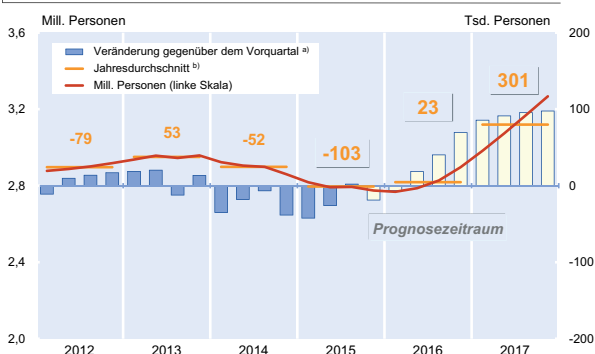
Im Jahresdurchschnitt 2015 steigt die Erwerbstätigkeit voraussichtlich um reichlich 320 000 Personen (0,8%), 2016 um 365 000 Personen (0,9%) und 2017 um knapp 200 000 Personen (0,5%). Das Arbeitsvolumen erhöht sich in diesem Jahr um 1,1%, 2016 um 1,0% und 2017 um 0,5% (vgl. Abb. 3.8 und Tab. 3.6). Der Beschäftigungsaufbau geht somit mit einer moderaten Ausweitung der Arbeitszeit einher.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird in den kommenden Jahren entscheidend von der Flüchtlingsmigration geprägt werden (vgl. Abb. 3.9). Diese wird mittelfristig zu einer spürbaren Ausweitung des Arbeitsangebots führen und die bisherigen Trends überlagern. Bisher ist das Arbeitsangebot maßgeblich von der demographischen Entwicklung der Inländer bestimmt worden. Einem Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter stand eine trendmäßige Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer gegenüber. Dieser für sich genommen dämpfende Effekt auf das Arbeitsangebot wurde zum Teil durch qualifizierte Migration aus anderen EU-Mitgliedstaaten überlagert. Alles in allem ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren weniger stark gesunken, als die Erwerbstätigkeit zunahm.

Im Laufe der nächsten zwei Jahre werden zunehmend anerkannte Asylbewerber in den Arbeitsmarkt eintreten. Nach erfolgreichem Abschluss des Asylverfahrens haben sie uneingeschränkten Zutritt in den Arbeitsmarkt und dürfen Leistungen nach SGB II beziehen. Wie schnell sich dabei das Arbeitsangebot ausweiten wird, hängt entscheidend von der Gesamtdauer der Asylverfahren ab. In der vorliegenden Prognose ist unterstellt, dass in diesem Jahr knapp 300 000 Verfahren entschieden werden (vgl. Kasten Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung). Angesichts der Bemühungen um eine schnellere Bearbeitung und die Aufstockung des Personals bei den zuständigen Stellen wird ein Anstieg auf gut

Abb. 3.9

**Arbeitslose**  
Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen (rechte Skala).

<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

**Tab. 3.6**  
**Arbeitsmarktbilanz**  
 Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland					
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	57 639	58 349	58 977	59 542	59 850
Erwerbstätige Inländer	42 269	42 640	42 959	43 326	43 525
Arbeitnehmer	37 810	38 243	38 659	39 048	39 228
darunter:					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29 713	30 197	30 817	31 278	31 465
Geringfügig Beschäftigte	5 017	5 029	4 858	4 809	4 791
Selbständige	4 459	4 397	4 300	4 279	4 297
Pendlersaldo	59	63	68	66	66
Erwerbstätige Inland	42 328	42 703	43 027	43 392	43 591
Arbeitslose	2 950	2 898	2 796	2 819	3 119
Arbeitslosenquote BA <sup>b)</sup>	6,9	6,7	6,4	6,4	7,1
Erwerbslose <sup>c)</sup>	2 182	2 090	1 928	1 850	2 003
Erwerbslosenquote <sup>d)</sup>	4,9	4,7	4,3	4,1	4,4

<sup>a)</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – <sup>b)</sup> Definition der ILO. – <sup>c)</sup> Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2015, 2016 und 2017: Prognosen des ifo Instituts.

**ifo Institut Dezember 2015**

900 000 im Jahr 2017 unterstellt. Die Integration der anerkannten Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt hängt zum einen von den Integrationsbemühungen in Deutschland und zum anderen von der Qualifikation der Asylsuchenden ab. Nach Untersuchungen von Battisti et al. (2015) planen Unternehmen, anerkannte Asylbewerber voraussichtlich für einfachere Tätigkeiten einzusetzen. Die befragten Unternehmen gaben an, dass neben dem Mindestlohn, mangelnde Qualifikationen und Sprachkenntnisse die größten Barrieren einer raschen Integration sein werden. Dies zeigt sich auch darin, dass 70% der Flüchtlinge eine begonnene Ausbildung vorzeitig abbrechen (vgl. Wößmann 2015). Derzeit ist die Beschäftigungsquote im Zuzugsjahr nur bei 8%, nach fünf Jahren bei knapp 50% (vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2015).

Das Erwerbspersonenpotenzial nimmt durch die Flüchtlingsmigration im Jahresverlauf 2015 voraussichtlich um 100 000 Personen, im Jahr 2016 um 350 000 Personen und im Jahr 2017 um weitere 460 000 Personen zu. Im Jahresdurchschnitt 2015 sinkt die Arbeitslosigkeit um 100 000 Personen. 2016 steigt sie im Jahresverlauf an, im Jahresdurchschnitt ergibt sich aber nur ein kleiner Zuwachs um 23 000 Personen. Die Ausweitung des Arbeitsangebots schlägt sich verstärkt im Jahr 2017 nieder. Im Jahresdurchschnitt wird ein Anstieg der Arbeitslosenzahl von 300 000 Personen zu verzeichnen sein. Die Arbeitslosenquote beläuft sich auf 6,4% in diesem Jahr, verbleibt bei 6,4% im nächsten Jahr und steigt auf 7,1% im Jahr 2017.

### Keine Impulse vom Außenhandel

Im dritten Quartal 2015 trug der Außenhandel negativ zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts bei. Die Warenausfuhr

blieb in etwa auf dem Niveau des Vorquartals. Aus der Eurozone kamen insgesamt negative Impulse, wie auch aus den USA und aus Asien. China wirkte das dritte Quartal in Folge negativ auf die deutsche Ausfuhr. Insgesamt wurden sowohl weniger Investitions- als auch Vorleistungsgüter exportiert als im Vorquartal. Lediglich bei den Konsumgütern gab es positive Impulse. Die Importe legten deutlich stärker zu als die Exporte. Es wurden insbesondere mehr Investitionsgüter aus dem Ausland nachgefragt, aber auch zusätzliche Vorleistungs- und Konsumgüter. Angesichts der schwachen Ausfuhr und der rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen dürfte ein beträchtlicher Teil der importierten Güter ins Lager gewandert sein.

Im Schlussquartal 2015 wird die Ausfuhr voraussichtlich mit 0,5% verhalten zulegen. Dafür spricht, dass sich das ifo Exportklima im Oktober wieder deutlich verbessert hat; insbesondere das Unternehmens- und Verbrauchervertrauen in Kerneuropa und in Osteuropa ist wieder aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 3.10).<sup>6</sup> Auch die Aufträge aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe (ohne sonstigen Fahrzeugbau) liegen im Oktober wieder deutlich über dem Vorquartalsdurchschnitt. Hingegen ist der WES jüngst gefallen. Auch der ifo Auftragsbestand ist bis zuletzt kontinuierlich rückläufig. Der Abgasskandal dürfte vermutlich keine größeren negativen Auswirkungen auf die Automobilbranche im Winterhalbjahr haben; der Geschäftsklimaindex für diese Branche ist im November sogar erneut gestiegen, und die Anzahl der exportierten PKW hat bis Oktober gemäß VDA saisonbereinigt kontinuierlich zugelegt.<sup>7</sup> Nachdem die ifo Exporterwar-

<sup>6</sup> Das ifo Exportklima setzt sich aus Indikatoren der Unternehmens- und Verbraucherstimmung in den wichtigsten Absatzmärkten Deutschlands und einem Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zusammen, vgl. Elstner, Grimme und Haskamp (2013).

<sup>7</sup> Der VDA veröffentlicht die entsprechende Reihe nur in Ursprungswerten. Die Saisonbereinigung wurde mit X12-Arima durchgeführt.



**Kasten****Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung**

Von Januar bis Oktober 2015 wurden in Deutschland 340 000 neue Asylanträge gestellt, davon allein knapp 55 000 im Monat Oktober. Tatsächlich ist die Zahl neu zugewandeter Asylsuchender deutlich höher. Nach Informationen des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind im selben Zeitraum 756 000 EASY-Registrierungen (Erfassung in einer Erstaufnahmeeinrichtung) durchgeführt worden, davon im Monat Oktober 180 000. Die Diskrepanz zwischen der Anzahl der Registrierungen und den abgegebenen Asylanträgen hat im Verlauf des Jahres stetig zugenommen.

Auch im Monat November war die Anzahl der Schutzsuchenden ungebrochen hoch. Es ist zu erwarten, dass die EASY-Registrierungen im Vergleich zum Vormonat noch einmal gestiegen sind. Im weiteren zeitlichen Verlauf zeichnet sich aber eine Abnahme des Flüchtlingszustroms ab. Dies kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass die Kontrollen entlang der Balkanroute weiter verstärkt wurden, das Passieren der Grenzen zum Teil erheblich erschwert wurde und erste Länder, wie Slowenien, deutlich restriktiver die Durchreise begrenzen. So werden dort Asylsuchende aus den Balkanländern an der Weiterreise nach Zentraleuropa gehindert. Weiterhin sollen weitere Länder als sichere Herkunftsländer ausgewiesen werden, um den Migrationsdruck aus diesen Ländern zu senken. Zusätzlich wurde ein Übereinkommen der Europäischen Union mit der Türkei geschlossen, dass eine größere Anzahl von Asylsuchenden im Land verbleiben soll, wofür die Türkei 3 Mrd. Euro erhalten soll.

Für diese Prognose werden folgende Eckwerte der Flüchtlingsmigration unterstellt. Die Zahl der Flüchtlinge wird in diesem Jahr bei 1,1 Millionen liegen (vgl. Tab. 3.7), im Jahr 2016 bei 750 000 und im Jahr 2017 bei 500 000 Personen. Dies impliziert, dass es schon mit der Jahreswende 2015/16 zu einem merklichen Rückgang kommt.

Die aktuellen Zahlen belegen, dass es zu erheblichen Verzögerungen zwischen den EASY-Registrierungen und der Anzahl neu gestellter Asylanträge gekommen ist. Wir unterstellen, dass diese Differenz im Laufe der Zeit abnimmt und dass 90% der EASY-Registrierungen zu einem Asylantrag führen. Derzeit liegt der Bestand anhängiger Asylverfahren bei gut 300 000, die Anzahl der Entscheidungen im bisherigen Jahresverlauf beträgt jedoch lediglich gut 20 000 pro Monat. Um den voraussichtlich hohen Zuwächsen neuer Asylverfahren Rechnung zu tragen, schaffen die zuständigen Behörden derzeit höhere Kapazitäten.<sup>1</sup> Die Gesamtschutzquote im Monat Oktober wird durch das BAMF mit über 50% angegeben und liegt somit merklich über dem Jahresdurchschnitt von bisher 41%. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Zusammensetzung der Asylsuchenden hin zu Herkunftsländern mit einer noch höheren Wahrscheinlichkeit der Asylgewährung entwickeln. Folglich unterstellen wir einen Anstieg der Gesamtschutzquote auf 70%.

Gemäß der Altersstruktur der derzeit Zuwandernden wird ein Anteil von 75% der anerkannten Asylbewerber im erwerbsfähigen Alter unterstellt. Eine Erwerbsquote von 78% wird ferner angenommen. Diese Werte entsprechen dem langfristigen Mittel. Nicht alle anerkannten Asylbewerber werden unmittelbar Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Ein Teil wird erst einmal an Sprachkursen- und Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen. Dies führt zu einem verzögerten Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials. Insgesamt nehmen wir an, dass das Erwerbspersonenpotenzial durch die Flüchtlingszuwanderung um knapp 100 000 Personen in diesem Jahr, 350 000 Personen im Jahr 2016 und 460 000 im Jahr 2017 ansteigt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich der Bearbeitungsstau (von der Erstregistrierung zum Asylantrag und vom Asylantrag zum Asylentscheid) erst nach und nach auflösen wird.

<sup>1</sup> Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden im Nachtragshaushalt 2015 1 000 zusätzliche Stellen bewilligt. Laut Aussage des BAMF wurde bereits bis Ende November 2015 ein hoher Anteil davon besetzt.

**Tab. 3.7**  
**Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf das**  
**Erwerbspersonenpotenzial**  
**in 1 000 Personen**

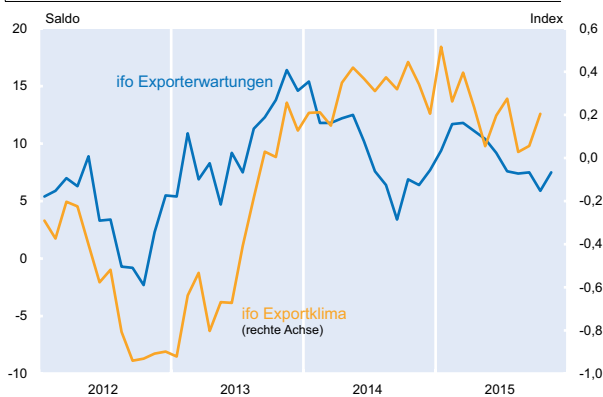
		2015	2016	2017
Asylbewerber insgesamt				
Anträge im EASY-System	(1)	1 150	750	500
Registrierte Asylanträge	(2)	494	1 140	543
Laufende Asylverfahren	(3)	290	684	707
Asylbewerber im laufenden Asylverfahren				
erfahrungsmäßige Erwerbsquote (in Prozent)	(4)	15	20	25
Personen in Qualifizierungsmaßnahmen <sup>a)</sup>	(5)	5	23	31
Erwerbspersonen	(6) = (3)*(4) – (5)	39	114	146
Entscheidungen durch das BAMF				
Entscheidungen über Asylanträge	(7)	292	710	930
Gesamtschutzquote <sup>b)</sup> (in Prozent)	(8)	45	68	70
Positive Entscheidungen	(9) = (7)*(8)	142	486	651
Asylbewerber mit positivem Bescheid				
Anteil der 14- bis 64-Jährigen <sup>c)</sup> (in Prozent)	(10)	76	76	76
Personen im erwerbsfähigen Alter	(11) = (9)*(10)	108	369	495
Erwerbsquote (in Prozent)	(12)	78	78	78
Erwerbsfähige Personen	(13) = (11)*(12)	84	286	384
davon in Qualifizierungsmaßnahmen	(14)	22	48	65
Erwerbspersonen	(15) = (13) – (14)	61	239	319
Gesamteffekt auf das Erwerbspersonenpotenzial	(16) = (15) + (6)	100	352	464

<sup>a)</sup> Annahme: Asylbewerber mit einer hohen Anerkennungswahrscheinlichkeit können schon während des laufenden Verfahrens an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen. – <sup>b)</sup> Durchschnittliche Schutzquote; im Jahresverlauf 2015 und 2016 steigt sie und liegt ab Juni 2016 bei 70%. – <sup>c)</sup> Durchschnittliche Quote.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Annahmen und Berechnungen der Institute.

ifo Institut Dezember 2015

Abb. 3.10

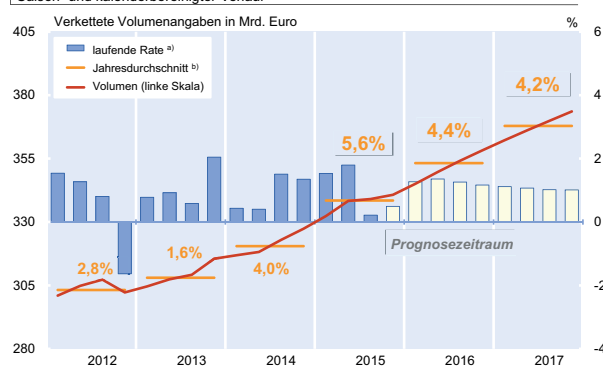
**Frühindikatoren für den Export**  
Saisonbereinigte Werte

Quelle: ifo Institut.

tungen bis Oktober im Trend rückläufig waren, sind sie im November wieder deutlicher angestiegen; ein Indiz, dass die Ausfuhr im ersten Quartal 2016 wieder merklich anziehen dürfte. Die Beschleunigung des Exports bis zum zweiten Quartal 2016 wird sich wohl im Gleichklang mit der weltwirtschaftlichen Dynamik fortsetzen. Im weiteren Verlauf dürfte sich die Ausfuhrdynamik etwas verlangsamen. Zum einen dürfte sich die weltwirtschaftliche Expansion wieder etwas abflachen. Zum anderen werden wohl die positiven Effekte der starken Abwertung des Euro im Frühjahr 2015 auf die deutsche Ausfuhr langsam auslaufen.<sup>8</sup> Von der Wettbewerbsfähigkeit im kommenden Jahr gehen in etwa neutrale Impulse bis Ende 2017 aus. Zwar dürfte die jüngste Abwertung des Euro stimulierend im kommenden Jahr wirken. Allerdings dürften sich die deutschen Preise im Jahr 2016 stärker erhöhen als in den Absatzländern. Insgesamt ist mit einem Anstieg des realen Exports um 5,6% in diesem Jahr zu rechnen. Im Jahr 2016 dürfte die Ausfuhr um 4,4% expandieren, im Jahr darauf um 4,2% (vgl. Abb. 3.11).

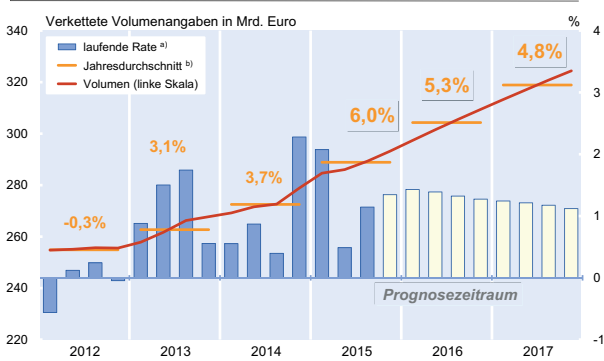
<sup>8</sup> Die positiven Effekte dieser Abwertung auf den deutschen Export belaufen sich auf 0,8 bis 1,0 Prozentpunkte in diesem und 0,5 bis 0,6 Prozentpunkte im kommenden Jahr, vgl. Grimme und Thürlwächter (2015).

Abb. 3.11

**Reale Exporte**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.12

**Reale Importe**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

Im vierten Quartal 2015 wird der Import wohl verstärkt zunehmen. Darauf deuten die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe hin, die seit September wieder aufwärtsgerichtet sind. Im ersten Halbjahr 2016 wird die Einfuhr voraussichtlich mit zunehmenden Raten expandieren. Zum einen profitieren die Importe vom stärkeren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen, zum anderen werden sie von der Expansion der Ausfuhren stimuliert, die den Bedarf an ausländischen Vorleistungsgütern erhöht. Im weiteren Verlauf verliert die Ausweitung der Einfuhren etwas an Schwung, da sowohl die Ausfuhr als auch die Ausrüstungsinvestitionen weniger stark zunehmen werden. Insgesamt dürfte der Import in diesem Jahr um 6,0% expandieren. Im kommenden Jahr wird er voraussichtlich um 5,3% steigen, im Jahr 2017 um 4,8% (vgl. Abb. 3.12). Alles in allem wird der Außenhandel damit in diesem Jahr einen Beitrag zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 Prozentpunkten leisten, im kommenden Jahr von 0,0 und im Jahr 2017 von 0,1 Punkten (vgl. Tab. 3.8).

Die Terms of Trade sind im dritten Quartal 2015 unverändert geblieben. Die Einfuhrpreise reduzierten sich wegen des erneuten Energiepreiskollapses. Die Ausfuhrpreise fielen, da die Exporteure Kraftfahrzeuge und -teile sowie Datenverarbeitungsgeräte günstiger anboten. Im Schlussquartal dürften sich die Terms of Trade deutlich erhöhen. Darauf weisen die vorliegenden Werte für die Außenhandelspreise hin; die Einfuhrpreise werden voraussichtlich deutlich stärker fallen als die Ausfuhrpreise. Die Preise für Energieimporte sowie die Einfuhrpreise für chemische Erzeugnisse dürften sich erneut stark reduzieren. Die Ausfuhrpreise der Güter des Verarbeitenden Gewerbes werden wohl auf breiter Front zurückgehen. Im weiteren Prognosezeitraum dürften sowohl die Ausfuhr- als auch die Einfuhrpreise leicht beschleunigt zulegen. Die in der Tendenz weiter positive Grunddynamik der Auslandsnachfrage führt dazu, dass die inländischen Unternehmen ihre Kostensteigerungen besser auf ihre Abnehmer überwälzen können. Gleichzeitig können ausländische Firmen aufgrund der stabilen deutschen Konjunktur höhere Preise durchsetzen, so dass die Importpreise etwas

Tab. 3.8

**Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts**  
(in Prozentpunkten)

	2015	2016	2017
Konsumausgaben	1,6	1,8	1,2
Private Konsumausgaben	1,1	1,1	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,7	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,4	0,5	0,5
Ausrüstungen	0,3	0,2	0,2
Bauten	0,1	0,2	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	-0,5	-0,3	-0,2
Letzte inländische Verwendung	1,5	1,9	1,6
Außenbeitrag	0,2	0,0	0,1
Exporte	2,6	2,0	2,0
Importe	-2,3	-2,1	-1,9
Bruttoinlandsprodukt <sup>a)</sup>	1,7	1,9	1,7

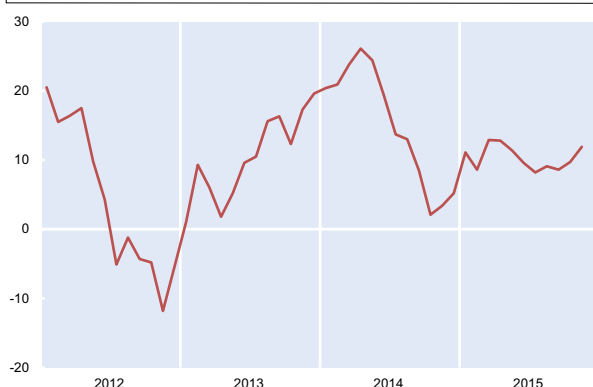
<sup>a)</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

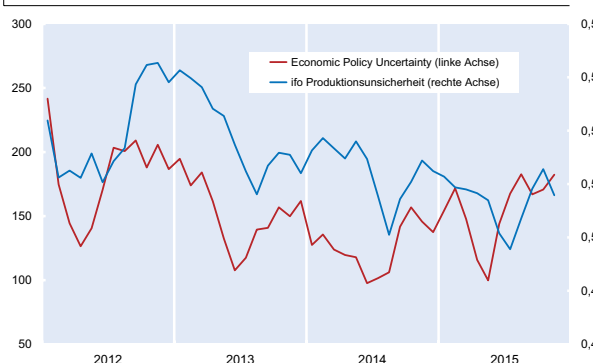
ifo Institut Dezember 2015

stärker zulegen als die Exportpreise. Aufgrund der starken Verbesserung der Terms of Trade im ersten Quartal 2015 werden sie im Jahresdurchschnitt um 2,6% steigen. Aufgrund des hohen Niveaus im vierten Quartal 2015 erhöhen

Abb. 3.13

**ifo Geschäftsklima für Investitionsgüterproduzenten**  
Saldo in %

Quelle: ifo Konjunkturtest, November 2015.

**ifo Produktionsunsicherheit und Economic Policy Uncertainty Index**  
gleitender Dreimonatsdurchschnitt

ifo Produktionsunsicherheit: Streuung der Produktionserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe  
Siehe Bachmann et al. (2013).  
Quelle: ifo Institut; Baker et al. (2013).

sich die Terms of Trade im kommenden Jahr um 0,6%, im Jahr 2017 fallen sie leicht um 0,2%. Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr bei 8,6% liegen und sich in den kommenden zwei Jahren von 8,5 auf 8,3% reduzieren.

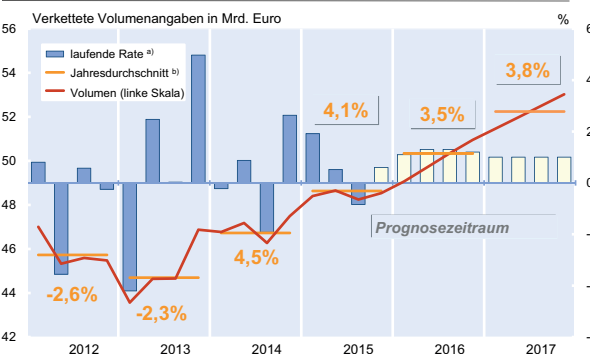
**Verhaltene Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen**

Nach einem starken ersten Quartal 2015 mit einem Anstieg von 1,9% gegenüber dem Vorquartal und einem geringen Zuwachs von 0,5% im zweiten Quartal sind die Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal 2015 um 0,8% zurückgegangen. Die anhaltenden geopolitischen Spannungen, die damit verbundene Verschlechterung des Geschäftsklimas der Investitionsgüterproduzenten (vgl. Abb. 3.13 oben) sowie ein merklicher Rückgang der Auftragseingänge haben zu diesem Ergebnis beigetragen.

Insbesondere die schwache Auslandsnachfrage aus den Schwellenländern dürfte sich dämpfend auf die Ausrüstungsinvestitionen ausgewirkt haben. So kam es laut einer Umfrage des DIHK zu einem deutlichen Anstieg der Unternehmen, die die Auslandsnachfrage als größtes Risiko in den kommenden zwölf Monaten einschätzen (vgl. DIHK 2015). Aber auch die zunehmende Unsicherheit belastete das Investitionsklima. Seit Jahresmitte stiegen der Economic Policy Uncertainty Index sowie das ifo Unsicherheitsmaß deutlich (vgl. Abb. 3.13 unten).

Seit September verbessert sich das Geschäftsklima der Investitionsgüterproduzenten, vor allem aufgrund optimistischerer Erwartungen, kontinuierlich. Für eine Erholung der Investitionstätigkeit im vierten Quartal 2015 sowie im darauf folgenden Jahr sprechen auch die weiterhin günstigen Ver-

Abb. 3.14

**Reale Investitionen in Ausrüstungen**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

gabestandards für Unternehmenskredite und die Kredithürde, die ein weiteres Mal gefallen ist. Erweiterungsinvestitionen dürften aber weiterhin nur eine geringe Rolle spielen, da die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Prognosezeitraum weitgehend normal ausgelastet bleiben. Trotz des schwachen dritten Quartals 2015 werden die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um voraussichtlich 4,1% steigen. In den beiden kommenden Jahren werden sie wohl eher verhalten mit 3,5% bzw. 3,8% zunehmen (vgl. Abb. 3.14).

**Tab. 3.9**  
**Reale Bruttoanlageinvestitionen**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2015	2016	2017
<b>Bauten</b>	<b>0,7</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>
Wohnungsbau	2,6	2,6	2,5
Nichtwohnungsbau	-2,2	1,3	1,3
Gewerblicher Bau	-2,0	1,0	0,9
Öffentlicher Bau	-2,5	2,0	2,2
Ausrüstungen	4,1	3,5	3,8
Sonstige Anlagen	2,7	2,4	2,4
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>	<b>2,1</b>	<b>2,6</b>	<b>2,7</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

**ifo Institut Dezember 2015**

### Baukonjunktur mit positiven Aussichten

Nachdem die Bauinvestitionen bereits im zweiten Quartal 2015 um 1,3% gefallen sind, kam es auch im dritten Quartal 2015 zu einem leichten Rückgang in Höhe von 0,3%. Insgesamt waren sämtliche Bausparten von diesem Rückgang betroffen. Den deutlichsten Rückgang wiesen jedoch die öffentlichen Nichtwohnbauinvestitionen auf. Ursächlich für diesen Investitionsrückgang ist die sinkende Produktion in den Ausbaugewerben. Die Produktion im Bauhauptgewerbe blieb im dritten Quartal dagegen nahezu unverändert.

Nach der rückläufigen Entwicklung im Sommerhalbjahr dürften die Wohnungsbauinvestitionen im weiteren Prognoseverlauf wieder zunehmen. So besteht vor allem seitens der Kommunen ein großer Druck zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge. Dies spiegelt sich zum einen in einem Anstieg von Baugenehmigungen und Aufträgen wider. Zum anderen kam es insbesondere in den Sparten Wohnungsbau sowie gewerblicher Hochbau zu einem deutlichen Anstieg des ifo Geschäftsklimas, das einen neuen gesamtdeutschen Höchststand erreicht (vgl. Abb. 3.15). Darüber hinaus sind die Finanzierungsbedingungen für Wohnungsbaukredite weiterhin sehr günstig. Zuletzt zeigte auch die ifo Architektenumfrage merk-

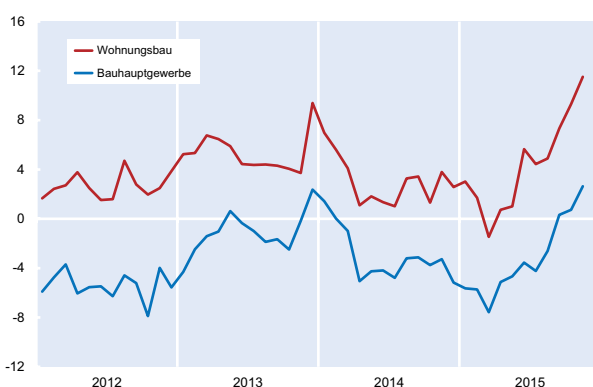
lich verbesserte Geschäftserwartungen und untermauert somit die positive Stimmung im Baugewerbe. Alles in allem werden die Wohnbauinvestitionen wohl um 2,6% im laufenden Jahr und im darauffolgenden Jahr zunehmen. Im Jahr 2017 dürften sie mit 2,5% steigen (vgl. Tab. 3.9).

Die gewerblichen Bauinvestitionen zeigten zuletzt eine spürbar negative Entwicklung. Auf einen Zuwachs von 1,4% im ersten Quartal 2015 folgte ein deutlicher Rückgang um gut 4% im zweiten Quartal sowie ein leichter Rückgang um 0,6% im dritten Quartal 2015. Vor dem Hintergrund ansteigender Baugenehmigungen und einer leicht verbesserten Auftragslage dürften sich die gewerblichen Bauinvestitionen im vierten Quartal 2015 wieder erholen und um 1,1% gegenüber dem Vorquartal zunehmen. Damit ergäbe sich ein Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen im gesamten Jahr 2015 um 2% gegenüber dem Vorjahr. Für die Jahre 2016 und 2017 dürften sich moderate Zuwächse in Höhe von 1,0% bzw. 0,9% einstellen. Insbesondere pessimistischere Geschäftsaussichten im gewerblichen Tiefbau könnten sich dabei dämpfend auf die Entwicklung auswirken.

Die Ausgaben für öffentliche Bauinvestitionen dürften im weiteren Verlauf wieder stärker ausgeweitet werden. Das Steueraufkommen im Jahr 2015 entwickelt sich spürbar positiv (vgl. Breuer 2015). Aufgrund der schwachen ersten drei Quartale des laufenden Jahres ergibt sich für das Jahr 2015 dennoch ein Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen um voraussichtlich 2,5%. In den Jahren 2016 und 2017 dürften sich die Effekte des im November 2014 angekündigten Investitionsprogramms für Infrastrukturmaßnahmen, die vor allem für die Bereiche Bildung und Kinderbetreuung sowie Verkehr eingesetzt werden sollen, bemerkbar machen. Daher wird für diese beiden Jahre wieder mit einem Anstieg von gut 2% gerechnet.

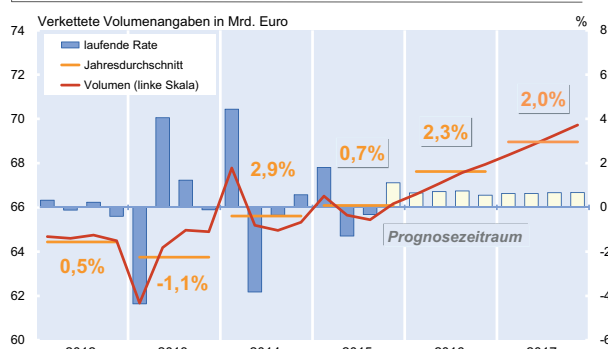
Insgesamt dürften somit die Bauinvestitionen somit im kommenden Jahr mit 2,1% deutlich stärker zulegen als im Jahr 2015. Im übernächsten Jahr verlangsamt sich der jahresdurchschnittliche Zuwachs geringfügig auf 2,0% (vgl. Abb. 3.16).

**Abb. 3.15**  
**ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe und Wohnungsbau**  
Saldo in %



Quelle: ifo Konjunkturtest, November 2015.

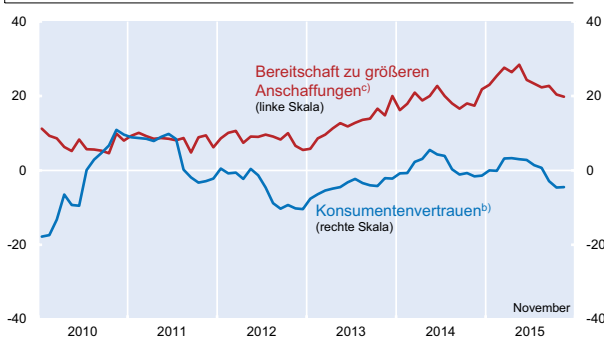
Abb. 3.16

**Reale Bauinvestitionen**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf**Privater Konsum steigt weiter**

Der private Konsum hat in der ersten Jahreshälfte 2015 weiter zugelegt, wenn auch im Vergleich zur zweiten Jahreshälfte 2014 in deutlich nachlassendem Tempo. Damals hatten der scharfe Rückgang der Energiepreise und die umfangreichen Leistungsausweitungen durch das Rentenpaket (abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren für besonders langjährig Beschäftigte, Mütterrente) den Konsum kräftig befördert. Im dritten Quartal ist der private Konsum nun aber wieder beschleunigt gestiegen. Zur Jahresmitte wurden die Altersbezüge etwas stärker als im Vorjahr angehoben. Im September wurde zudem das zu Jahresanfang 2015 aufgestockte Kindergeld erstmals in neuer Höhe ausgezahlt. Schließlich haben die Ölpreise nach zwischenzeitlichem Anstieg wieder nachgegeben, was in den Sommermonaten zusätzlich ebenfalls die Kaufkraft erhöht hat. Jeder Zehntelprozentpunkt weniger Inflation bedeutet für die privaten Haushalte auf das volle Jahr gerechnet einen Kaufkraftgewinn von immerhin 1¼ Mrd. Euro.

Im vierten Quartal 2015 dürfte sich der Anstieg des realen privaten Konsums, wenn auch abgeschwächt, fortgesetzt haben. Zwar haben die realen Einzelhandelsumsätze, ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge, im Oktober saisonbereinigt das Niveau des dritten Quartals unterschritten. Auch ist das Konsumentenvertrauen seit der Jahresmitte merklich gesunken, hier dürften die aus Verbrauchersicht verschlechterten Beschäftigungsperspektiven im Gefolge der Zuwanderung eine Rolle gespielt haben. Allerdings hat sich das Konsumentenvertrauen zuletzt wieder stabilisiert. Zudem ist die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen immer noch auf einem im langfristigen Vergleich recht hohem Niveau (vgl. Abb. 3.17). So ist die Zahl der von privaten Haltern neu zugelassenen Pkw seit Oktober saisonbereinigt gestiegen. Die Verbraucherbudgets werden außerdem immer noch durch nachgebende Rohölpreise entlastet. Auch sind im Oktober die erhöhten Kindergeldleistungen für die Monate Januar bis August nachgezahlt worden. Schließlich wird der Konsum durch die Migranten angeregt. Im Jah-

Abb. 3.17

**Indikatoren zur Konsumkonjunktur<sup>a)</sup>**  
Salden in %

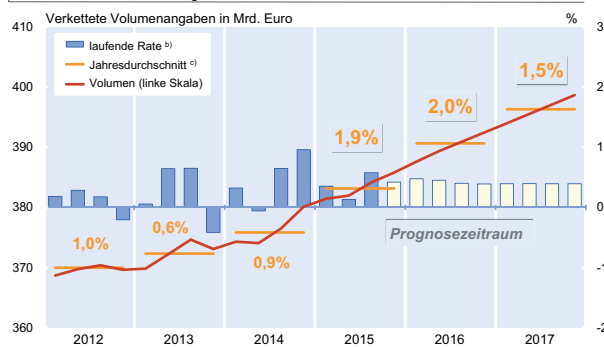
<sup>a)</sup> Saisonbereinigt. – <sup>b)</sup> Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitsersparungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten). – <sup>c)</sup> Gegenwärtig.

resdurchschnitt 2015 dürfte der reale private Konsum um 1,9% zunehmen (vgl. Abb. 3.18).

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte der private Konsum recht zügig steigen. Zwar werden die Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2016 mit 3,5% langsamer als im laufenden Jahr zulegen (+ 4,0%), netto aber verstärkt sich der Anstieg. Ausschlaggebend hierfür sind Entlastungen bei der Einkommensteuer, allerdings dürften die Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung leicht steigen. Die monetären Sozialleistungen werden im kommenden Jahr mit voraussichtlich 5,1% außerordentlich kräftig zunehmen. Maßgeblich hierfür sind, neben der Anhebung von Kindergeld und Wohngeld, die zusätzlichen monetären Transfers infolge der Flüchtlingsmigration. Überdies werden zur Jahresmitte die Altersrenten sehr kräftig erhöht.<sup>9</sup> In der Summe

<sup>9</sup> Maßgeblich hierfür ist, dass die Bundesagentur für Arbeit im vergangenen Jahr den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erweitert hat (z.B. um Beschäftigte in Behindertenwerkstätten sowie in Freiwilligendiensten). Die Einbeziehung dieser Geringverdiener hat die Bruttolöhne je Beschäftigten im Jahr 2014 gemindert, nicht aber die des Jahres 2013, die noch nach alter Abgrenzung berechnet worden sind, was die Rentenanpassung 2015 gedämpft hat. Im Jahr 2016 kommt es bei den Altersrenten zu einer kompensierenden Korrektur nach oben (ca. 1 Prozentpunkt) und damit zu einem entsprechend höheren Anpassungssatz. Die Anhebung der Altersbezüge zur Jahresmitte 2016 könnte nach aktuellen Schätzungen in Westdeutschland 4,35% und in Ostdeutschland 5,03% betragen.

Abb. 3.18

**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>a)</sup>**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

<sup>a)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

<sup>b)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

<sup>c)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.



**Tab. 3.10****Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts<sup>a)</sup>**  
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2014				2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,1	0,6	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentlicher Konsum	0,4	0,6	0,6	0,5	0,4	0,7	1,3	1,3	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,5	0,4	0,2
Ausrüstungen	-0,2	0,9	-1,9	2,6	1,9	0,5	-0,8	0,6	1,1	1,3	1,3	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	4,4	-3,8	-0,4	0,6	1,8	-1,3	-0,3	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7
Sonstige Anlagen	1,9	0,6	0,6	0,7	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen <sup>b)</sup>	0,0	0,4	-0,7	0,0	-0,2	-0,3	0,2	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,8	0,1	-0,4	1,0	0,5	-0,2	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag <sup>b)</sup>	0,0	-0,2	0,5	-0,3	-0,1	0,6	-0,4	-0,3	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	0,4	0,4	1,5	1,4	1,5	1,8	0,2	0,5	1,3	1,4	1,3	1,2	1,1	1,1	1,0	1,0
Importe	0,6	0,9	0,4	2,3	2,1	0,5	1,1	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,7	-0,1	0,2	0,6	0,3	0,4	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4

<sup>a)</sup> Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte. – <sup>b)</sup> Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts, ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2015

dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt 2016 um 3,3% zunehmen, real um 2,0%. Bei unveränderter Sparquote werden die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte um 2,0% expandieren. Im Jahr 2017 ist eine reale Zunahme in Höhe von 1,5% zu erwarten. Im konjunkturellen Verlauf leistet der private Konsum damit weiter einen erheblichen Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tab. 3.10).

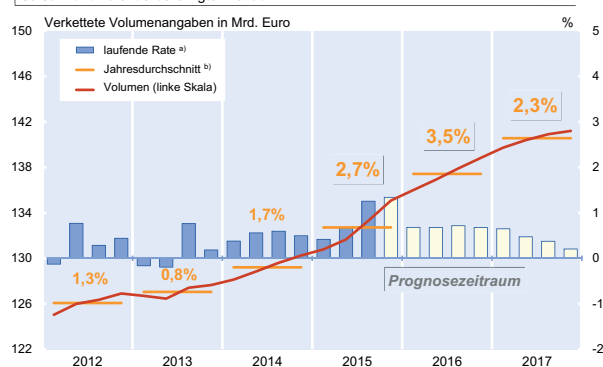
### Staatskonsum setzt Impulse

Der Staatskonsum entwickelte sich im laufenden Jahr außerordentlich dynamisch, wobei sich die Zuwachsraten im zweiten und dritten Quartal mit 0,7 bzw. 1,3% merklich beschleunigten. Maßgeblich hierfür ist die stark angestiegene Flüchtlingsmigration. Vor allem die Ausgaben für soziale Sachleistungen und für staatliche Vorleistungskäufe, aber auch die Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte werden daher im zweiten Halbjahr 2015 überdurchschnittlich zunehmen.

Im Prognosezeitraum wird davon ausgegangen, dass sich die Effekte der Migration sogar noch verstärken dürften. So wird auch damit gerechnet, dass sich der Staatskonsum weiterhin sehr dynamisch entwickelt, was insbesondere die sozialen Sachleistungen, sowie die Vorleistungskäufe des Staates betrifft. Dabei wird die Zuwachsraten im nächsten Jahr 3,5% betragen. Im weiteren Prognoseverlauf dürften die Impulse bei einer annahmegemäß rückläufigen Anzahl an Asylsuchenden nachlassen; die Konsumausgaben des Staates dürften auf 2,3% zurückgehen (vgl. Abb. 3.19).

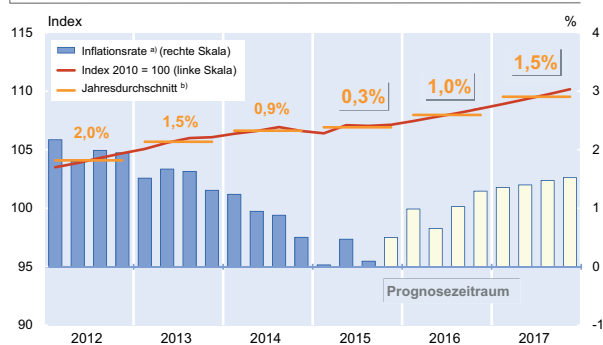
### Inflation zieht wieder etwas an

Die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe spiegelt im laufenden Jahr die Schwankungen der Rohölnotierungen wider. Im Winterhalbjahr 2014/15 war der Verbraucherpreisindex (VPI) im Gefolge eines scharfen Ölpreistrückgangs zunächst deutlich gesunken, im Frühjahr mit dem Wiederanziehen der Ölnotierungen ebenso deutlich wieder gestiegen. In der zweiten Jahreshälfte 2015 blieb das Verbraucherpreisniveau dann nahezu konstant; erneut sinkende Energiepreise kompensierten Preiserhöhungen für Nahrungsmittel sowie für gewerbliche Waren und Dienstleistungen. Im Vorjahresvergleich verteuerte sich die Lebenshaltung im November um 0,4%. Ohne Berücksichtigung der auch im Vorjahresvergleich niedrigeren Energiepreise hätte die Inflationsrate 1,3% betragen. Von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns gingen in den Herbstmonaten wohl kaum noch Inflationsimpulse aus, in der ersten Jahreshälfte hatten sich im Gefolge des mindestlohnbedingten Anstiegs der effektiven Stundenlöhne insbesondere in Ostdeutschland viele haushaltsnahe Dienstleistungen merklich verteuert. So lagen die Preise für Dienstleistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes im Oktober beispielsweise um 2,7% über dem Vorjahr, die Preise für Gesundheitsdienstleistungen

**Abb. 3.19****Reale Konsumausgaben des Staates**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.20

**Verbraucherpreise**  
Saisonbereinigter Verlauf

a) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %.

b) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

gen übertrafen das Vorjahresniveau um 4,5% und Taxifahrten kosteten sogar 13,4% mehr. Alles in allem dürfte sich das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2015 um 0,3% erhöht haben (vgl. Abb. 3.20), ohne Energieträger gerechnet um 1,1%.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die derzeit zu beobachtende energiepreisbedingte Disinflation auslaufen. Von den Rohölnotierungen gehen annahmegemäß keine zusätzlichen preisdämpfenden Impulse mehr aus, in der vorliegenden Prognose ist wie üblich reale Konstanz unterstellt. Allerdings verstärkt sich der hausgemachte Preisauftrieb. Die Stromtarife werden Anfang 2016 – anders als im laufenden Jahr – sogar wieder steigen. So wird die Ökostromumlage von derzeit 6,17 Cent auf 5,35 Cent pro Kilowattstunde angehoben, das ist der höchste Wert seit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vor 15 Jahren. Zudem erhöhen die meisten Anbieter die Netzentgelte.<sup>10</sup> Zudem haben Netzbetreiber deutliche Steigerungen der Netznutzungsentgelte angekündigt. Zum Jahresanfang wird überdies das Briefporto erhöht. Die Wohnungsmieten dürften in den Ballungsräumen beschleunigt angehoben werden, viele Kommunen werden überdies Gebühren, Abgaben und die Grundsteuer spürbar erhöhen. Im Jahresdurchschnitt 2016 wird das Verbraucherpreisniveau voraussichtlich jedoch nur mäßig steigen, nämlich um 1%; preisdämpfend wirken sich im Vorjahresvergleich zunächst noch die stark gesunkenen Energiepreise aus. Nach Wegfall dieses Basiseffekts wird sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2017 auf 1,5% erhöhen. Ohne Berücksichtigung der Preise von Energieträger wird sich die Lebenshaltung im nächsten Jahr um 1,4% verteuern und im übernächsten Jahr um 1,5%.

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der die Kosten der inländischen Leistungserstel-

lung misst, dürfte im laufenden Jahr mit 2,1% rascher als im vergangenen Jahr gestiegen sein (1,7%). Maßgeblich hierfür war, dass die (unbereinigten) Lohnstückkosten aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns stärker als im Vorjahr zugenommen haben. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich der Anstieg des BIP-Deflators bei nachlassendem Lohndruck wieder verlangsamen. Unterstellt man, dass die Erträge der Unternehmen, je Einheit reales BIP gerechnet, in unverändertem Tempo weiter steigen, so dürfte sich der BIP-Deflator im Jahr 2016 voraussichtlich um 1,6% und im Jahr 2017 um 1,4% erhöhen. (vgl. Tab. 3.11).

### Staatliche Überschüsse gehen deutlich zurück

Die Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland hatte sich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich entspannt. So konnte nach den ansteigenden Defiziten der Jahre 2009 und 2010 bereits in den Jahren 2012 und 2013 ein annähernd ausgeglichener Budgetsaldo des Gesamtstaats ausgewiesen werden (vgl. Tab. 3.12). Im Jahr 2014 wurde mit einem Überschuss in Höhe von 0,3% des BIP abgeschlossen.<sup>11</sup> Für das laufende Jahr ist davon auszugehen, dass sich der Budgetüberschuss aufgrund der starken Entwicklung der staatlichen Einnahmen noch einmal deutlich erhöht. In den Jahren 2016 und 2017 wird sich dieser jedoch aufgrund der expansiven Maßnahmen der Bundesregierung, sowie durch die erhöhten staatlichen Ausgaben in Folge der Flüchtlingsmigration wieder zurückbilden.

Im laufenden Jahr kommt es zu einem kräftigen Anstieg des Steuer- und Beitragssaufkommens. Zwar hatte die Bundesregierung zu Beginn des Jahres 2015 eine Erhöhung des

<sup>11</sup> Dieser Überschuss blieb sogar durch Sondereffekte unterzeichnet, da es im Rahmen zweier Urteilverkündungen zu deutlichen Erstattungen von Unternehmenssteuern kommt, die in den VGR dem Jahr der Urteilsverkündung zugeordnet werden, so dass sich ohne diese Effekte sogar ein höherer Überschuss ergeben hätte.

**Tab. 3.11**  
**BIP-Deflator**  
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten

	2015 <sup>a)</sup>	2016 <sup>a)</sup>	2017 <sup>a)</sup>
BIP-Deflator <sup>b)</sup>	2,1	1,6	1,4
= Arbeitnehmerentgelte (Inländer) <sup>c)</sup>	1,1	0,8	0,6
+ Unternehmens- und Vermögenseinkommen <sup>c)</sup>	0,6	0,6	0,6
+ Abschreibungen <sup>c)</sup>	0,2	0,1	0,2
+ Prod.- und Importabgaben abz. Subventionen <sup>c)</sup>	0,2	0,1	0,1
./. Saldo der Primäreinkommen übrige Welt <sup>c)</sup>	0,0	0,0	0,0

a) Prognose des ifo Instituts. – b) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – c) Je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2015

<sup>10</sup> Die Entgelte erheben die Netzbetreiber für den Bau, Betrieb und die Instandhaltung von Stromnetzen.

**Tab. 3.12**  
**Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>a)</sup> 2001 bis 2017**  
 in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote <sup>b)</sup>
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen		
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	− 3,1	14,0
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	− 3,9	14,1
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	− 4,2	13,8
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	− 3,7	13,5
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	− 3,4	13,2
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	− 1,7	12,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	− 0,2	11,8
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	− 3,2	11,8
2010 <sup>c)</sup>	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	− 4,4	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	− 1,0	11,4
2012	44,4	22,5	16,5	44,4	2,3	2,3	− 0,1	10,2
2013	44,4	22,6	16,5	44,5	2,0	2,3	− 0,1	8,8
2014	44,6	22,6	16,5	44,3	1,8	2,2	0,3	7,8
2015	44,8	23,0	16,6	43,7	1,6	2,1	1,0	6,9
2016	44,7	23,1	16,6	44,3	1,5	2,1	0,4	6,4
2017	44,6	23,2	16,6	44,6	1,4	2,1	0,0	6,1

<sup>a)</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – <sup>b)</sup> Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – <sup>c)</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Mrd. Euro).

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2015, 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dezember 2015

Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer, sowie eine Erhöhung des Kinderfreibetrags und des Kindergelds beschlossen; gleichwohl wächst insbesondere die Lohnsteuer und das Umsatzsteueraufkommen aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung der Bemessungsgrundlagen im Jahr 2015 außerordentlich kräftig.<sup>12</sup>

Auch im Jahr 2016 kommt es zu einer Erhöhung der Freibeträge, sowie zu einer leichten Tarifierung bei der Lohn- und Einkommensteuer, um die Effekte der kalten Progression zu reduzieren. Allerdings dürfte das Steueraufkommen dennoch in den Jahren 2016 und 2017 merklich – mit rund 3,8 bzw. 3,6% – zunehmen.

Auch die Sozialbeiträge nehmen im laufenden Jahr mit 4,2% zu. Hier kam es in den einzelnen Sozialversicherungszweigen zu Änderungen der Beitragssätze. So ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte gesenkt worden; der Beitragssatz zur Pflegeversicherung hingegen wurde um 0,3 Prozentpunkte erhöht; zudem sank der durchschnittliche Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer zur gesetzlichen Krankenversicherung um rund 0,1 Prozentpunkte. In der Summe gleichen sich diese Änderungen im Jahr 2015 aus, so dass das Beitragsaufkommen insgesamt – ähnlich wie die Bruttolöhne und -gehälter – mit gut 4% zunimmt.

In den Jahren 2016 und 2017 kommt es zu einem leichten Anstieg der Beitragssätze. So wird der durchschnittliche Zu-

satzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung 2016 nach den Prognosen des zuständigen Schätzerkreises um ca. 0,2 Prozentpunkte höher liegen als 2015, und 2017 wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung leicht angehoben, um ebenfalls 0,2 Prozentpunkte. Allerdings könnte es im Prognosezeitraum zu einer leichten Senkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Rentenversicherung kommen. So dürfte es in einigen Sozialversicherungszweigen trotz kräftiger Ausgabensteigerungen wohl zu Überschüssen kommen.

Die Vermögenseinkommen des Staates werden im Jahr 2015 aufgrund der nur geringen Gewinnabführung der Bundesbank sinken; in den Jahren 2016 und 2017 werden diese jedoch wieder moderat zunehmen. Die Vermögenstransfers des Staates dürften aufgrund der durch die Erbschaftsteuerreform induzierten Vorzieheffekte im laufenden Jahr einen Höhepunkt erreichen und in den Jahren 2016 und 2017 leicht zurückgehen. Die Verkäufe des Staates werden im Prognosezeitraum ebenfalls steigen, da die Maut im Laufe des Jahres 2016 ausgeweitet werden dürfte.

Insgesamt steigen die Einnahmen des Staates damit im Jahr 2015 mit überdurchschnittlichen 4,3%. In den Jahren 2016 und 2017 wird hier mit einem weiteren Zuwachs um rund 3½ bzw. 3% gerechnet.

Auch die Ausgaben des Staates steigen im Prognosezeitraum dynamisch. So wirkten im Jahr 2015 die von der Bundesregierung zur Jahresmitte 2014 eingeführten rentenpo-

<sup>12</sup> Zur Entwicklung des Steueraufkommens am aktuellen Rand vgl. Breuer (2015).

litischen Maßnahmen (Mütterrente, abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren für besonders langjährig Versicherte) erstmals ganzjährig, was vor allem im ersten Halbjahr 2015 zu einem starken Zuwachs gegenüber dem Vorjahr führte. Auch haben sich die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen, Vorleistungen und soziale Sachleistungen in der zweiten Jahreshälfte 2015 deutlich erhöht, was vor allem durch die zunehmende Flüchtlingsmigration geprägt worden sein dürfte. Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2015 fiel nur sehr gering aus, weil aufgrund methodischer Änderungen nur ein Teil der tatsächlichen Lohnerhöhung in die Berechnungsformel einfluss. Allerdings wird die Rentenanpassung zur Jahresmitte 2016 dafür im Gegenzug höher ausfallen als die aktuelle Lohnsteigerung, was die monetären Sozialleistungen im Jahr 2016 noch einmal deutlich erhöhen wird. Zudem wirkt die Flüchtlingsmigration in den Jahren 2016 und 2017 fort und die wachsende Zahl der anerkannten Asylsuchenden dürfte im Verlauf des Jahres 2016 den vollen Anspruch auf staatliche Leistungen erhalten, was im Jahresdurchschnitt sowohl 2016 als auch 2017 zu deutlich steigenden monetären Sozialleistungen führen wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass zunächst die Ausgaben für Asylbewerberleistungen zunehmen, wobei ein Teil der Anspruchsberechtigten später die höheren monetären Leistungen des Arbeitslosengeldes II beziehen dürfte. Zudem bleibt die Ausgabendynamik bei den staatlichen Vorleistungskäufen und den sozialen Sachleistungen außerordentlich hoch. Die staatlichen Investitionen werden im Prognosezeitraum ebenfalls beschleunigt zunehmen. So hat die Bundesregierung für das Jahr 2016 zusätzliche investive Mittel in Aussicht gestellt und die Flüchtlingsmigration dürfte einen zusätzlichen staatlichen Investitionsbedarf nach sich ziehen. Die Zinsausgaben des Staates entwickeln sich hingegen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiterhin rückläufig. Insgesamt erhöht sich die staatliche Ausgabendynamik von rund 2½% im Jahr 2015 auf ca. 5% im Jahr 2016. Im Jahr 2017 wird immer noch ein überdurchschnittlicher Anstieg der Ausgaben von rund 4% erwartet.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte damit von einem vollen Prozentpunkt als Anteil am BIP (etwa 31 Mrd. Euro) im Jahr 2015 auf 0,4% (12 Mrd. Euro) im Jahr 2016 zurückgehen. Im Jahr 2017 wird nach Maßgabe dieser Prognose wieder ein weitgehend ausgeglichener Staatshaushalt erwartet.

Die Staatsverschuldung wird unter diesen Bedingungen voraussichtlich weiter sinken. Als Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt diese rund 71% im Jahr 2015 und voraussichtlich 66% zum Jahresende 2017.

Abgeschlossen am Montag, 7. Dezember 2015

## Literatur

Abberger, K. und W. Nierhaus (2010), »Markov-Switching and the Ifo Business Climate: The Ifo Business Cycle Traffic Lights«, *Journal of Business Cycle Measurement and Analysis* 7(2), 1–13.

Bachmann, R., St. Elstner und E. Sims (2013), »Uncertainty and economic activity: Evidence from business survey data«, *American Economic Journal: Macroeconomics* 5(4), 217–249.

Baker, S. R. Bloom und S. J. Davis (2013), »Measuring economic policy uncertainty«, Chicago Booth Research Paper No. 13-02.

Battisti, M., G. Felbermayr und P. Poutvaara (2015), »Arbeitsmarktchancen von Flüchtlingen in Deutschland: Ergebnisse einer Unternehmensbefragung«, *ifo Schnelldienst* 68(22), 22–25.

Berg, T. O. (2015a), »Multivariate Forecasting with BVARs and DSGE Models«, MPRA Paper No. 62405.

Berg, T. O. (2015b), »Forecast Accuracy of a BVAR under Alternative Specifications of the Zero Lower Bound«, Ifo Working Paper No. 203.

Berg, T. O. und St. Henzel (2015), »Point and Density Forecasts for the Euro Area Using Bayesian VARs«, *International Journal of Forecasting* 31(4), 1067–1095.

Breuer, Chr. (2015), »Mehreinnahmen trotz Steuersenkungen: Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2015«, *ifo Schnelldienst* 68(22), 44–47.

Bundesagentur für Arbeit (2015), *Monatsbericht*, November.

Carstensen, K., St. Henzel, J. Mayr und K. Wohlrabe (2009), »IFOCAS: Methoden der Ifo Kurzfristprognose«, *ifo Schnelldienst* 62(23), 15–28.

DIHK (2015), *Gegenwind nimmt zu. Ergebnisse der DIHK Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern*, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Berlin.

Elstner St., Chr. Grimme und U. Haskamp (2013), »Das Ifo Exportklima – ein Frühindikator für die deutsche Exportprognose«, *ifo Schnelldienst* 66(4), 36–43.

Elstner St., Chr. Grimme und T. Siemsen (2010), »Die größten aufstrebenden Märkte für deutsche Exporte liegen in Asien und Osteuropa«, *ifo Schnelldienst* 63(16), 22–25.

Garner, C. A (2002), »Consumer confidence after September 11«, *Economic Review*, Federal Reserve Bank of Kansas City, Issue Q II.

Grimme, Chr. und Chr. Thürwächter (2015), »Der Einfluss des Wechselkurses auf den deutschen Export – Simulationen mit Fehlerkorrekturmodellen«, *ifo Schnelldienst* 68(20), 35–38.

Henzel, St. und K. Engelhardt (2014), »Arbeitsmarkteffekte des flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 67(10), 23–29.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2015), *Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015*, Aktuelle Berichte 14, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

Internationaler Währungsfonds (2015), *People's Republic of China*, Staff Report for The 2015 Article IV Consultation, Juli, IWF, Washington.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2015), »Kräftiger Aufschwung dank günstigem Öl und schwachem Euro«, *ifo Schnelldienst* 68(8), 3–73.

Wollmershäuser, T., W. Nierhaus, T.O. Berg, Chr. Breuer, T. Buchen, Chr. Grimme, St. Henzel, A. Hristov, N. Hristov, M. Kleemann, W. Meister, J. Plenk, E. Wieland, K. Wohlrabe und A. Wolf (2014), »Ifo Konjunkturprognose 2014/2015 Deutsche Wirtschaft gewinnt allmählich wieder an Schwung«, *ifo Schnelldienst* 67(24), 37–81.

Wollmershäuser, Timo, Wolfgang Nierhaus, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Johanna Garnitz, Christian Grimme, Steffen Henzel, Atanas Hristov, Nikolay Hristov, Wolfgang Meister, Felix Schröter, Andreas Steiner, Elisa-

beth Wieland, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf (2015), »ifo Konjunkturprognose 2015/2016: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung«, *ifo Schnelldienst* 68(12), 22-62.

Wößmann, L. (2015), »ifo-Ökonom Wößmann fordert Erfassung des Bildungsniveaus der Flüchtlinge«, Pressemitteilung, 4. Dezember 2015.

## **4. Anhang**

### **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**



## Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2015				
	Gesamte Volks- wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital- gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	2 725,3	1 838,2	295,4	591,8	–
2 – Abschreibungen .....	531,1	304,3	67,3	159,6	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 194,2	1 534,0	228,1	432,2	– 236,4
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 541,8	1 097,9	231,7	212,1	13,0
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	21,1	12,1	0,1	8,9	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	24,9	23,1	0,2	1,6	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	656,4	447,0	– 3,5	212,8	– 249,5
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 544,5	–	–	1 544,5	10,3
9 – Geleistete Subventionen .....	26,5	–	26,5	–	5,3
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	325,1	–	325,1	–	5,1
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	729,6	651,1	47,8	30,7	181,7
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	793,7	375,5	21,8	396,4	117,6
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	2 563,6	171,4	269,1	2 123,1	– 303,6
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	362,5	75,4	–	287,0	9,6
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	371,7	–	371,7	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	624,4	–	–	624,4	3,4
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	625,4	122,3	502,3	0,8	2,4
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	533,1	61,3	471,1	0,8	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	526,2	–	–	526,2	7,4
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	288,4	153,1	63,6	71,7	47,9
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	246,5	135,7	19,4	91,4	89,8
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 525,1	139,6	627,9	1 757,5	– 265,1
23 – Konsumausgaben .....	2 225,0	–	590,0	1 635,0	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 50,6	–	50,6	–
25 = Sparen .....	300,0	89,0	37,9	173,1	– 265,1
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	40,4	4,0	28,7	7,7	3,4
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	37,5	17,5	12,6	7,5	6,2
28 – Bruttoinvestitionen .....	566,1	311,6	64,1	190,4	–
29 + Abschreibungen .....	531,1	304,3	67,3	159,6	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 3,1	2,5	– 6,5	0,9	3,1
31 = Finanzierungssaldo .....	265,3	92,7	31,4	141,2	– 265,3
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 525,1	139,6	627,9	1 757,5	– 265,1
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	387,6	–	387,6	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	387,6	–	–	387,6	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 525,1	139,6	240,3	2 145,1	– 265,1
38 – Konsum 3) .....	2 225,0	–	202,5	2 022,6	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 50,6	–	50,6	–
40 = Sparen .....	300,0	89,0	37,9	173,1	– 265,1

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2015 bis 2017: Prognose des ifo Instituts.

**Hauptaggregate der Sektoren**

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2016				
	Gesamte Volks- wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital- gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	2 823,2	1 907,8	306,4	609,0	–
2 – Abschreibungen .....	544,8	311,2	69,3	164,2	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 278,5	1 596,6	237,1	444,8	– 242,6
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 595,8	1 133,6	241,0	221,2	13,6
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	21,7	12,1	0,1	9,5	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	25,5	23,5	0,2	1,7	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	686,4	474,4	– 3,7	215,8	– 256,2
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 598,8	–	–	1 598,8	10,7
9 – Geleistete Subventionen .....	27,1	–	27,1	–	5,3
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	335,9	–	335,9	–	5,1
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	727,0	651,7	46,1	29,1	189,0
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	793,2	371,8	21,1	400,3	122,7
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	2 660,2	194,4	280,0	2 185,8	– 312,1
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	377,9	79,7	–	298,3	10,0
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	387,6	–	387,6	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	646,8	–	–	646,8	3,5
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	648,1	126,3	521,1	0,7	2,3
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	560,4	63,4	496,2	0,7	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	553,2	–	–	553,2	7,6
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	259,5	155,7	64,4	39,4	48,4
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	215,8	135,7	19,5	60,6	92,1
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 620,2	157,6	647,5	1 815,1	– 272,1
23 – Konsumausgaben .....	2 311,9	–	623,2	1 688,7	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 51,6	–	51,6	–
25 = Sparen .....	308,3	106,0	24,3	178,0	– 272,1
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	40,8	4,2	28,6	8,0	3,5
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	38,8	18,4	12,3	8,1	5,5
28 – Bruttoinvestitionen .....	580,9	315,8	66,3	198,9	–
29 + Abschreibungen .....	544,8	311,2	69,3	164,2	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 2,5	– 2,0	– 1,5	1,0	2,5
31 = Finanzierungssaldo .....	272,6	117,7	12,4	142,5	– 272,6
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 620,2	157,6	647,5	1 815,1	– 272,1
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	411,5	–	411,5	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	411,5	–	–	411,5	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 620,2	157,6	236,1	2 226,6	– 272,1
38 – Konsum 3) .....	2 311,9	–	211,8	2 100,2	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 51,6	–	51,6	–
40 = Sparen .....	308,3	106,0	24,3	178,0	– 272,1

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2015 bis 2017: Prognose des ifo Instituts.

## Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2017				
	Gesamte Volks- wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital- gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	2 913,8	1 967,6	315,9	630,3	–
2 – Abschreibungen .....	559,4	318,2	71,3	169,8	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 354,4	1 649,4	244,5	460,5	– 243,8
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 641,9	1 163,0	248,4	230,5	14,1
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	21,9	12,0	0,1	9,9	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	25,4	23,3	0,2	1,8	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	716,0	497,8	– 3,7	221,9	– 257,9
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 645,0	–	–	1 645,0	11,1
9 – Geleistete Subventionen .....	27,2	–	27,2	–	5,3
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	344,0	–	344,0	–	5,1
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	731,7	656,9	45,4	29,4	196,9
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	800,0	373,6	20,1	406,3	128,6
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	2 745,9	214,5	287,6	2 243,8	– 315,4
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	395,4	82,1	–	313,3	10,4
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	405,4	–	405,4	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	664,4	–	–	664,4	3,6
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	665,7	129,8	535,2	0,7	2,3
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	587,4	65,6	521,1	0,7	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	580,0	–	–	580,0	7,9
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	262,1	158,8	65,0	38,3	49,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	216,7	135,7	19,8	61,2	94,4
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 704,4	173,4	662,0	1 869,0	– 273,9
23 – Konsumausgaben .....	2 389,1	–	650,6	1 738,5	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 52,7	–	52,7	–
25 = Sparen .....	315,3	120,7	11,3	183,3	– 273,9
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	42,0	4,5	29,2	8,3	3,6
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	40,0	18,7	12,6	8,7	5,6
28 – Bruttoinvestitionen .....	600,8	326,3	67,4	207,1	–
29 + Abschreibungen .....	559,4	318,2	71,3	169,8	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 3,0	– 2,5	– 1,5	1,0	3,0
31 = Finanzierungssaldo .....	274,9	129,4	0,1	145,4	– 274,9
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 704,4	173,4	662,0	1 869,0	– 273,9
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	431,7	–	431,7	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	431,7	–	–	431,7	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 704,4	173,4	230,3	2 300,7	– 273,9
38 – Konsum 3) .....	2 389,1	–	219,0	2 170,2	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 52,7	–	52,7	–
40 = Sparen .....	315,3	120,7	11,3	183,3	– 273,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2015 bis 2017: Prognose des ifo Instituts.

## BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2015 bis 2017

	2015 (2)	2016 (2)	2017 (2)	2015		2016 (2)		2017 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

## Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,8	0,8	0,5	0,7	0,9	0,9	0,7	0,5	0,4
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	0,3	0,1	0,1	0,1	0,5	0,4	-0,2	0,2	-0,1
Arbeitsvolumen	1,1	1,0	0,5	0,8	1,4	1,4	0,6	0,7	0,3
Produktivität (4)	0,6	0,9	1,1	0,6	0,6	0,8	1,1	1,1	1,2
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,4</b>	<b>2,0</b>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,5</b>

## 2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2225,0	2311,9	2389,1	1080,5	1144,5	1124,6	1187,4	1163,2	1225,9
Private Konsumausgaben 5)	1635,0	1688,7	1738,5	796,6	838,4	823,6	865,1	847,6	890,9
Konsumausgaben des Staates	590,0	623,2	650,6	283,9	306,1	301,0	322,2	315,6	335,1
Bruttoanlageinvestitionen	605,5	629,7	654,2	290,2	315,4	301,3	328,4	314,4	339,8
Ausrüstungen	198,4	206,0	214,3	94,2	104,2	97,4	108,6	102,1	112,2
Bauten	298,7	310,0	320,7	143,3	155,4	148,7	161,3	154,3	166,3
Sonstige Anlagen	108,5	113,7	119,3	52,7	55,7	55,3	58,5	58,0	61,3
Vorratsveränderungen 6)	-39,5	-48,8	-53,5	-7,8	-31,7	-11,2	-37,6	-13,8	-39,7
Inländische Verwendung	2791,1	2892,9	2989,9	1362,9	1428,2	1414,7	1478,2	1463,8	1526,1
Außenbeitrag	236,4	242,6	243,8	119,6	116,9	123,8	118,8	126,5	117,3
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	7,8	7,7	7,5	8,1	7,6	8,0	7,4	8,0	7,1
Exporte	1422,7	1485,9	1556,8	698,5	724,2	728,4	757,5	768,2	788,6
Importe	1186,3	1243,3	1313,1	578,9	607,3	604,6	638,7	641,8	671,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3027,5</b>	<b>3135,5</b>	<b>3233,7</b>	<b>1482,5</b>	<b>1545,1</b>	<b>1538,5</b>	<b>1596,9</b>	<b>1590,3</b>	<b>1643,4</b>

## b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	3,2	3,9	3,3	3,0	3,4	4,1	3,7	3,4	3,2
Private Konsumausgaben 5)	2,7	3,3	2,9	2,6	2,7	3,4	3,2	2,9	3,0
Konsumausgaben des Staates	4,6	5,6	4,4	3,8	5,3	6,0	5,3	4,8	4,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	4,0	3,9	2,8	4,1	3,8	4,1	4,3	3,5
Ausrüstungen	4,5	3,9	4,0	4,1	5,0	3,4	4,2	4,8	3,3
Bauten	2,4	3,8	3,4	1,3	3,3	3,7	3,8	3,8	3,1
Sonstige Anlagen	4,8	4,8	4,9	4,8	4,7	4,8	4,9	4,9	4,9
Inländische Verwendung	2,6	3,6	3,4	1,9	3,3	3,8	3,5	3,5	3,2
Exporte	6,7	4,4	4,8	7,0	6,4	4,3	4,6	5,5	4,1
Importe	4,4	4,8	5,6	4,0	4,7	4,4	5,2	6,1	5,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,8</b>	<b>3,6</b>	<b>3,1</b>	<b>3,5</b>	<b>4,2</b>	<b>3,8</b>	<b>3,4</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>

## 3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2063,5	2112,6	2148,0	1008,6	1054,8	1036,1	1076,5	1054,1	1094,0
Private Konsumausgaben 5)	1532,5	1562,6	1585,3	748,3	784,2	765,2	797,4	775,9	809,4
Konsumausgaben des Staates	530,8	549,7	562,3	260,3	270,6	270,7	279,0	277,8	284,4
Bruttoanlageinvestitionen	558,0	572,6	587,8	267,5	290,5	274,1	298,5	282,6	305,2
Ausrüstungen	194,5	201,4	209,0	91,8	102,7	94,6	106,8	98,9	110,0
Bauten	264,2	269,7	275,1	127,1	137,1	129,8	140,0	132,8	142,3
Sonstige Anlagen	99,6	102,0	104,5	48,6	50,9	49,8	52,2	51,1	53,4
Inländische Verwendung	2585,8	2640,3	2686,2	1272,6	1313,2	1303,3	1337,0	1327,1	1359,1
Exporte	1353,8	1412,8	1471,4	664,3	689,5	693,7	719,1	727,2	744,2
Importe	1155,5	1217,3	1275,6	562,0	593,6	592,9	624,3	624,6	651,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2782,9</b>	<b>2835,7</b>	<b>2883,1</b>	<b>1374,2</b>	<b>1408,7</b>	<b>1403,7</b>	<b>1432,0</b>	<b>1429,8</b>	<b>1453,3</b>

## b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2,1	2,4	1,7	2,0	2,3	2,7	2,1	1,7	1,6
Private Konsumausgaben 5)	1,9	2,0	1,5	2,0	1,9	2,3	1,7	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,7	3,5	2,3	2,1	3,3	4,0	3,1	2,6	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	2,1	2,6	2,7	1,4	2,8	2,5	2,8	3,1	2,2
Ausrüstungen	4,1	3,5	3,8	3,6	4,5	3,0	4,0	4,6	3,1
Bauten	0,7	2,1	2,0	-0,5	1,7	2,1	2,1	2,3	1,7
Sonstige Anlagen	2,7	2,4	2,4	2,7	2,7	2,5	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,1	1,7	1,1	2,1	2,4	1,8	1,8	1,7
Exporte	5,6	4,4	4,2	5,7	5,5	4,4	4,3	4,8	3,5
Importe	6,0	5,3	4,8	5,6	6,4	5,5	5,2	5,3	4,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,4</b>	<b>2,0</b>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,5</b>

## noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2015 (2)	2016 (2)	2017 (2)	2015		2016 (2)		2017 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

## 4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,0	1,5	1,6	0,9	1,1	1,3	1,7	1,7	1,6
Private Konsumausgaben 5)	0,7	1,3	1,5	0,6	0,8	1,1	1,5	1,5	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,8	2,0	2,1	1,7	2,0	1,9	2,1	2,1	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	1,3	1,2	1,4	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2
Ausrüstungen	0,4	0,3	0,2	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2
Bauten	1,7	1,6	1,4	1,8	1,6	1,6	1,7	1,4	1,4
Sonstige Anlagen	2,0	2,3	2,4	2,0	2,0	2,2	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,0	1,5	1,6	0,9	1,2	1,4	1,7	1,6	1,6
Exporte	1,0	0,1	0,6	1,3	0,8	-0,1	0,3	0,6	0,6
Importe	-1,6	-0,5	0,8	-1,5	-1,6	-1,0	0,0	0,8	0,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,1</b>	<b>1,6</b>	<b>1,4</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>

## 5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	2123,1	2185,8	2243,8	1042,0	1081,0	1076,3	1109,5	1103,2	1140,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	282,2	292,2	299,8	135,8	146,5	141,2	151,0	145,0	154,8
Bruttolöhne und -gehälter	1262,3	1306,6	1345,2	601,6	660,7	624,4	682,2	643,5	701,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	578,5	587,0	598,8	304,7	273,9	310,7	276,3	314,7	284,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	440,6	474,4	502,2	198,0	242,5	213,9	260,5	232,3	269,9
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2563,6</b>	<b>2660,2</b>	<b>2745,9</b>	<b>1240,0</b>	<b>1323,6</b>	<b>1290,2</b>	<b>1370,0</b>	<b>1335,5</b>	<b>1410,4</b>
Abschreibungen	531,1	544,8	559,4	264,4	266,7	271,1	273,7	278,3	281,1
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3094,7</b>	<b>3205,0</b>	<b>3305,3</b>	<b>1504,4</b>	<b>1590,3</b>	<b>1561,3</b>	<b>1643,7</b>	<b>1613,8</b>	<b>1691,5</b>
nachrichtlich:									
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2265,0</b>	<b>2351,5</b>	<b>2429,2</b>	<b>1093,5</b>	<b>1171,5</b>	<b>1138,3</b>	<b>1213,1</b>	<b>1179,7</b>	<b>1249,5</b>
Arbeitnehmerentgelte	1544,5	1598,8	1645,0	737,3	807,2	765,6	833,2	788,5	856,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	720,4	752,7	784,2	356,2	364,3	372,8	380,0	391,2	393,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,3	3,0	2,7	3,3	3,3	3,3	2,6	2,5	2,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,9	3,5	2,6	3,2	4,6	4,0	3,1	2,7	2,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	3,5	3,0	3,9	4,1	3,8	3,3	3,1	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,9	2,5	2,5	2,9	2,9	2,6	2,4	2,5	2,5
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,2	2,4	2,1	2,3	2,1	2,4	2,4	2,2	2,1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,6	1,5	2,0	2,3	0,7	2,0	0,9	1,3	2,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,5	7,7	5,9	4,2	10,4	8,0	7,4	8,6	3,6
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>4,0</b>	<b>3,8</b>	<b>3,2</b>	<b>3,5</b>	<b>4,5</b>	<b>4,0</b>	<b>3,5</b>	<b>3,5</b>	<b>3,0</b>
Abschreibungen	2,6	2,6	2,7	2,7	2,5	2,5	2,6	2,7	2,7
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,8</b>	<b>3,6</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>	<b>4,2</b>	<b>3,8</b>	<b>3,4</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>
nachrichtlich:									
<b>Volkseinkommen</b>	<b>4,1</b>	<b>3,8</b>	<b>3,3</b>	<b>3,6</b>	<b>4,6</b>	<b>4,1</b>	<b>3,6</b>	<b>3,6</b>	<b>3,0</b>
Arbeitnehmerentgelte	4,0	3,5	2,9	3,7	4,2	3,8	3,2	3,0	2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,3	4,5	4,2	3,2	5,4	4,7	4,3	5,0	3,4

## 6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1261,5	1313,7	1359,0	607,3	654,2	632,0	681,7	656,1	702,9
Nettolöhne und -gehälter	834,8	863,5	885,7	394,6	440,2	409,0	454,5	420,1	465,6
Monetäre Sozialleistungen	526,2	553,2	580,0	262,0	264,2	274,0	279,1	289,0	291,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	99,5	103,0	106,7	49,4	50,2	51,1	51,9	52,9	53,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	578,5	587,0	598,8	304,7	273,9	310,7	276,3	314,7	284,1
Sonstige Transfers (Saldo)	-82,5	-85,6	-88,8	-40,5	-41,9	-42,3	-43,3	-43,9	-44,9
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1757,5</b>	<b>1815,1</b>	<b>1869,0</b>	<b>871,4</b>	<b>886,1</b>	<b>900,4</b>	<b>914,7</b>	<b>926,9</b>	<b>942,1</b>
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	50,6	51,6	52,7	25,0	25,6	25,5	26,1	26,0	26,7
Private Konsumausgaben 5)	1635,0	1688,7	1738,5	796,6	838,4	823,6	865,1	847,6	890,9
Sparen	173,1	178,0	183,3	99,7	73,4	102,3	75,7	105,3	78,0
<b>Sparquote 7)</b>	<b>9,6</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>11,1</b>	<b>8,0</b>	<b>11,0</b>	<b>8,0</b>	<b>11,1</b>	<b>8,0</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	3,6	4,1	3,5	3,5	3,7	4,1	4,2	3,8	3,1
Nettolöhne und -gehälter	3,3	3,4	2,6	3,3	3,3	3,6	3,3	2,7	2,5
Monetäre Sozialleistungen	4,1	5,1	4,8	4,0	4,2	4,6	5,7	5,4	4,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,9	3,5	3,5	4,5	3,4	3,4	3,5	3,6	3,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,6	1,5	2,0	2,3	0,7	2,0	0,9	1,3	2,8
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2,8</b>	<b>3,3</b>	<b>3,0</b>	<b>2,9</b>	<b>2,7</b>	<b>3,3</b>	<b>3,2</b>	<b>2,9</b>	<b>3,0</b>
Private Konsumausgaben 5)	2,7	3,3	2,9	2,6	2,7	3,4	3,2	2,9	3,0
Sparen	3,3	2,8	3,0	4,4	1,8	2,5	3,2	3,0	3,0



**noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

neuen Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung				2015		2016 (2)		2017 (2)	
	2015 (2)	2016 (2)	2017 (2)	1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	696,8	723,4	749,4	345,9	350,9	360,4	363,0	373,4	376,0
Nettosozialbeiträge	502,3	521,1	535,2	243,0	259,3	253,0	268,0	260,0	275,2
Vermögenseinkünfte	21,8	21,1	20,1	12,8	9,0	12,4	8,7	11,9	8,2
Sonstige Übertragungen	19,4	19,5	19,8	8,9	10,5	8,9	10,6	9,1	10,7
Vermögensübertragungen	12,6	12,3	12,6	5,2	7,4	4,9	7,3	5,1	7,5
Verkäufe	102,6	103,9	105,6	48,6	54,0	49,1	54,8	49,9	55,7
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
Einnahmen insgesamt	1355,8	1401,5	1442,9	664,5	691,3	689,0	712,5	709,5	733,4
Ausgaben									
Vorleistungen	143,3	151,0	157,4	64,9	78,4	68,6	82,5	71,9	85,5
Arbeitnehmerentgelte	231,7	241,0	248,4	110,9	120,9	115,4	125,6	119,4	129,0
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	47,8	46,1	45,4	24,3	23,5	23,4	22,8	23,0	22,4
Subventionen	26,5	27,1	27,2	13,2	13,3	13,5	13,6	13,6	13,7
Monetäre Sozialleistungen	471,1	496,2	521,1	234,8	236,3	245,9	250,3	259,9	261,2
Soziale Sachleistungen	254,0	269,7	282,9	124,6	129,4	133,0	136,6	140,0	142,9
Sonstige Transfers	63,6	64,4	65,0	37,1	26,4	37,8	26,6	38,2	26,9
Vermögenstransfers	28,7	28,6	29,2	11,9	16,8	11,9	16,7	12,1	17,1
Bruttoanlageinvestitionen	64,1	66,3	67,4	27,9	36,2	28,8	37,5	29,4	38,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-6,5	-1,5	-1,5	-5,7	-0,8	-0,7	-0,8	-0,7	-0,8
Ausgaben insgesamt	1324,4	1389,1	1442,8	643,9	680,5	677,5	711,6	706,8	736,0
Finanzierungssaldo	31,4	12,4	0,1	20,6	10,8	11,5	0,9	2,7	-2,6

**b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr**

<b>Einnahmen</b>									
Steuern	5,6	3,8	3,6	5,4	5,9	4,2	3,5	3,6	3,6
Nettsozialbeiträge	4,2	3,7	2,7	4,0	4,4	4,2	3,3	2,7	2,7
Vermögenseinkünfte	-12,8	-3,1	-5,1	-17,6	-4,8	-2,6	-3,8	-4,4	-6,2
Sonstige Übertragungen	1,6	0,4	1,6	2,0	1,3	0,2	0,7	1,6	1,6
Vermögensübertragungen	3,5	-2,5	2,9	10,2	-0,8	-4,9	-0,8	3,6	2,4
Verkäufe	1,1	1,2	1,6	2,2	0,2	1,0	1,4	1,6	1,6
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>4,3</b>	<b>3,4</b>	<b>3,0</b>	<b>4,1</b>	<b>4,6</b>	<b>3,7</b>	<b>3,1</b>	<b>3,0</b>	<b>2,9</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	3,4	5,4	4,2	2,7	4,1	5,6	5,2	4,8	3,7
Arbeitnehmerentgelt	3,2	4,0	3,1	2,7	3,6	4,1	3,9	3,5	2,7
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-7,1	-3,5	-1,5	-8,2	-6,0	-4,0	-3,0	-1,5	-1,5
Subventionen	3,8	2,6	0,4	5,7	2,1	2,4	2,7	0,4	0,4
Monetäre Sozialleistungen	4,5	5,3	5,0	4,5	4,4	4,7	5,9	5,7	4,4
Soziale Sachleistungen	5,8	6,2	4,9	5,2	6,4	6,8	5,5	5,2	4,6
Sonstige Transfers	3,2	1,3	1,0	3,6	2,6	1,7	0,7	1,1	1,0
Vermögenstransfers	-20,0	-0,4	2,2	8,6	-32,6	-0,4	-0,4	2,0	2,3
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	3,4	1,7	-0,4	2,8	2,9	3,7	2,4	1,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>2,6</b>	<b>4,9</b>	<b>3,9</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>	<b>5,2</b>	<b>4,6</b>	<b>4,3</b>	<b>3,4</b>
nachrichtlich:									
<b>Finanzierungssaldo in % des BIP</b>	<b>1,0</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>1,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>-0,2</b>

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

**Das ifo Institut evaluiert seine Konjunkturprognosen für Deutschland laufend (vgl. Henzel et al. 2014; Nierhaus 2015). Diesem Beispiel folgend, bewertet der vorliegende Beitrag die Qualität der Prognosen des Eurozone Economic Outlook (EZEO) für das reale Bruttoinlandsprodukt und die Inflation im Euroraum. Prognosefehleranalysen zeigen, dass es keinen statistisch signifikanten Unterschied zwischen den Prognosen von EZEO und Consensus Economics gibt. Verglichen mit naiven statistischen Modellen ist die Prognosegüte des EZEO deutlich besser.**

In Zusammenarbeit mit dem INSEE in Paris und dem Istat in Rom veröffentlicht das ifo Institut seit 2004 den Eurozone Economic Outlook (EZEO). Im Mittelpunkt der Kooperation stehen die gemeinsame Schätzung (für das abgelaufene Quartal) und die Prognosen (für das laufende und das folgende Quartal) des realen Bruttoinlandsprodukts, des Privatkonsums, der Bruttoanlageinvestitionen, der Industrieproduktion und der Inflationsrate im Euroraum. Um Transparenz zu gewährleisten, werden in diesem Beitrag die Prognosen der Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal der zwei wichtigsten makroökonomischen Größen, nämlich des realen Bruttoinlandsprodukts und der Inflation, auf deren Treffgenauigkeit überprüft. Zur Beurteilung der Prognosegüte wird der Prognosefehler herangezogen, der der Differenz aus dem Wert der Erstveröffentlichung der entsprechenden Größe und dem dazugehörigen Prognosewert entspricht.

Zunächst wird die Struktur der verwendeten Daten erläutert. Die Evaluierung der prognostizierten Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahresquartal erfolgt sowohl im absoluten Vergleich mit den amtlichen Zahlen als auch relativ zu den Prognosen von Consensus Economics sowie zu zwei naiven statistischen Modellen. Da die Ergebnisse eines solchen Vergleichs verschiedener Prognosen vom jeweiligen Informationsstand bei Prognoseerstellung abhängig sind (vgl. Wollmershäuser 2015), vergleichen wir abschließend die Prognosen für jahresdurchschnittliche Veränderungsraten des EZEO und Consensus-Economics und gewähren Letzteren dabei einen zeitlichen Informationsvorsprung.<sup>1</sup>

## Datensatz

Herangezogen werden die Prognosen aus den in der Zeitspanne zwischen dem zweiten Quartal 2004 und dem zweiten Quartal 2015 publizierten Ausgaben des EZEO. In diesem Zeitraum wurden vierteljährlich insgesamt 45 Prognosen veröffentlicht.<sup>2</sup> Der EZEO erscheint üblicherweise innerhalb der ersten beiden Wochen zu Beginn eines neuen Quartals (also in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober). Im Rahmen des EZEO erstellen die drei Institute Prognosen über die Veränderungen des realen Bruttoinlandsprodukts, des Privatkonsums, der Bruttoanlageinvestitionen, der Industrieproduktion und der Inflationsrate für das *vorangegangene* Quartal, das *laufende* Quartal und das *kommende* Quartal, jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Zusätzlich werden im ersten Quartal eines Jahres die durchschnittlichen Änderungsraten des Vorjahres geschätzt, in den Quartalen drei und vier werden entsprechend die jahresdurchschnittlichen Veränderungen des laufenden Jahres prognostiziert.

Verglichen werden die Prognosen der Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal mit den ersten amtlich veröffentlichten Ergebnissen durch Eurostat.<sup>3</sup> Die Zahlen für das reale Bruttoinlandsprodukt werden in der Regel etwa drei Monate nach Ablauf der entsprechenden Periode publiziert. So erscheinen bei-

auf jahresdurchschnittlichen Veränderungsraten, wäre allerdings bezüglich der Anzahl an Beobachtungspunkten zu eingeschränkt.

<sup>2</sup> Es ergeben sich 45 Beobachtungen für die Prognosen des vorangegangenen Quartals, 44 Prognosebeobachtungen des laufenden Quartals, sowie 43 Beobachtungen für die Prognosen des nachfolgenden Quartals. Bei den Prognosen für die jahresdurchschnittliche Veränderung werden 33 Beobachtungen gezählt.

<sup>3</sup> Die Europäische Zentralbank publiziert die Echtzeitdaten über die *Real Time Database*: <https://sdw.ecb.europa.eu>.

<sup>1</sup> Ein solcher Vergleich ist aufgrund der Verfügbarkeit der vorliegenden Daten nur mit den erwähnten jahresdurchschnittlichen Veränderungsraten möglich. Eine Analyse, ausschließlich basierend

spielsweise offizielle Daten für das erste Quartal für gewöhnlich Ende Juni bzw. Anfang Juli. Für den harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) stehen monatliche Daten zur Verfügung, woraus quartalsweise Durchschnitte berechnet werden.<sup>4</sup> Daraus und aus den Daten für das reale Bruttoinlandsprodukt werden die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahresquartal gebildet.

Als Maßstab für einen relativen Vergleich werden die Prognosen von Consensus Economics herangezogen. Auf Basis wiederholter Umfragen unter bis zu 30 Finanzinstituten, Unternehmen und Forschungseinrichtungen veröffentlicht Consensus Economics monatlich die erwarteten Entwicklungen der wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennzahlen. Unter der Consensus-Prognose wird das arithmetische Mittel aus den Prognosen aller Umfrageteilnehmer verstanden. Wie Bates und Granger (1969) zeigen, hat der Mittelwert der Erwartungen einer Vielzahl von Experten eine höhere erwartete Treffgenauigkeit, vorausgesetzt die individuellen Prognosefehler sind unabhängig voneinander.

Consensus Economics veröffentlicht die Prognosen für die jahresdurchschnittlichen Änderungsraten des laufenden und des folgenden Jahres. Des Weiteren werden vierteljährlich Prognosen über die Änderungsraten des aktuellen und der beiden folgenden Quartale im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahresquartalen angegeben. Publiziert werden die Consensus-Prognosen je zur Mitte eines Monats, die vierteljährlichen Quartalsprognosen erscheinen in den Monaten März, Juni, September und Dezember. Zwischen der Erstellung der EZEO- und der Consensus-Prognosen liegt ein Zeitraum von etwa drei bis vier Wochen. Die Thematik des entstehenden Informationsvorsprungs wird im Verlauf des Beitrags noch einmal behandelt.

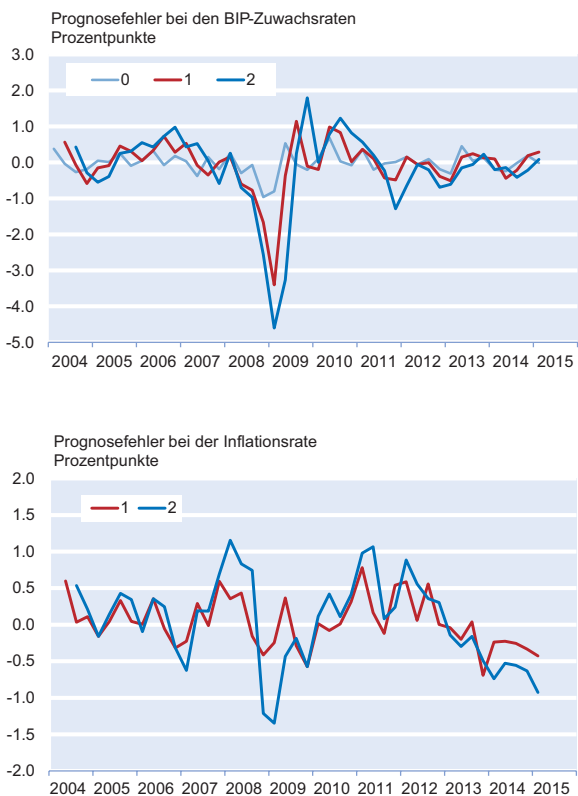
### Prognosefehler und Gütemaße

Zentral für die Beurteilung der Güte von Prognosen ist der Prognosefehler, die Abweichung der Erwartungen von der Realisation. Die erste offizielle Veröffentlichung der Änderungsrate einer makroökonomischen Größe sei hier definiert als die tatsächliche Realisation. Der Prognosefehler wird demnach wie folgt konstruiert  $e_t^h = x_t - \hat{x}_{y,t}^h$ , wobei  $\hat{x}_{y,t}^h$  die Prognose zum Zeitpunkt  $h$  für die Periode  $t$  mit der Methode  $y$  bezeichnet und der Realisation zum Zeitpunkt  $t$  der jeweiligen, zuvor prognostizierten makroökonomischen Größe entspricht. Ein positiver (negativer) Wert entspricht einer Unterschätzung (Überschätzung) der tatsächlichen Veränderungsrate der makroökonomischen Größe.

Abbildung 1 zeigt die Prognosefehler über die verschiedenen Prognosehorizonte. Die betragsmäßig größten Abweichun-

<sup>4</sup> In der nachfolgenden Evaluierung wird deshalb die Inflationsprognose für das jeweils vorangegangene Quartal nicht einbezogen. Zumeist liegen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Prognose schon erste offizielle Zahlen vor, was einen Vergleich mit eben diesen hinfällig macht.

**Abb. 1**  
**Prognosefehler**



Anmerkung: Die Indizes 0, 1 und 2 beschreiben den jeweiligen Prognosehorizont, also die Schätzung für das vorangegangene Quartal, die Prognose des laufenden und die Prognose des kommenden Quartals, respektive.

Quelle: Europäische Zentralbank; Consensus Forecasts; ifo Institut; INSEE; Istat; Berechnungen des ifo Instituts.

gen sind rund um den Beginn der Weltfinanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 entstanden. Zunächst wurde der wirtschaftliche Einbruch nicht antizipiert und die Folgen unterschätzt, später lag man mit der Prognose unter der tatsächlichen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum. Vor und nach dem unmittelbaren Beginn der Krise sind die Prognosen des realen Bruttoinlandsprodukts vergleichsweise gut. Stellt man die Abweichungen der BIP-Prognosen denen der Inflationsprognosen gegenüber, so wird deutlich, dass eben diese in den Krisenjahren wesentlich ausgeprägter waren. Weiter lässt sich erkennen, dass die Treffgenauigkeit der Prognosen bei einem größer werdenden Prognosehorizont nachlässt und die Fehlervarianz steigt.

Abbildung 2 zeigt die Abweichungen der EZEO-Prognosen für das kommende Quartal von den amtlichen Zahlen. Verdeutlicht wird hier die Verteilung der Fehler. Beobachtungspunkte oberhalb der Diagonale entstammen zu pessimistischen Prognosen, Punkte unterhalb zeigen eine Überschätzung. Eine Prognose ist also umso besser, je näher der entsprechende Beobachtungspunkt an der Diagonale liegt. Im schlechtesten Falle bilden die Beobachtungspunkte eine kreisförmige »Wolke«, was den Prognosen jeden

Zusammenhang mit den Realisationen absprechen würde. Das Gegenteil ist hier der Fall. Die Beobachtungen verteilen sich gleichmäßig oberhalb bzw. unterhalb der Diagonale, d.h., es liegen sowohl positive als auch negative Abweichungen vor. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass keine systematischen Über- oder Unterschätzungen vorliegen. Auch hier ist erkennbar, dass in den Krisenjahren größere Abweichungen von den Realisationen entstanden sind.

Für die Evaluierung werden folgende Gütemaße in Betracht gezogen.<sup>5</sup> Die verschiedenen Gütemaße haben jeweils Vor- und Nachteile. In den mittleren absoluten Prognosefehler

$$MAE = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T |e_t^h|$$

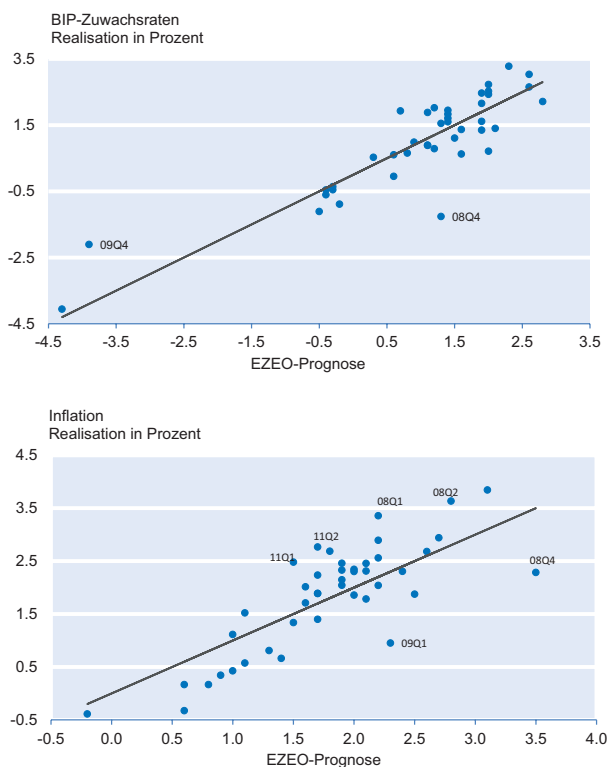
gehen die Abweichungen der Prognose zur Realisation als absolute Werte ein, somit gleichen sich Über- bzw. Unterschätzungen nicht aus (wie das bei einem einfachen Durchschnitt der Fall wäre). Der MAE gewichtet kleine und große Abweichungen der Prognose zur tatsächlichen Realisation gleich stark. Um größere Prognosefehler stärker zu gewichten, wird die Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers  $RMSE = \sqrt{\frac{1}{T} \sum_{t=1}^T (e_t^h)^2}$  verwendet. Die Stärke des RMSE ist jedoch gleichzeitig seine Schwäche, da der RMSE auf vereinzelte große Abweichungen stark reagiert und dahingehend ein empfindliches Gütemaß ist.

### Relativer Vergleich der Prognosegüte

Die oben genannten Gütemaße dienen einem ersten, direkten Vergleich mit den Realisationen. Um jedoch die Güte eines Prognosemodells hinreichend beurteilen zu können, benötigt es ebenfalls einen relativen Vergleich zu einem alternativen Modell. Wie eingangs beschrieben, stehen uns als alternative Modelle die Consensus-Prognosen sowie zwei naive Modelle zur Verfügung. Als statistische Modelle werden einerseits ein Random-Walk-Modell und andererseits ein sogenanntes Mean-Constant-Modell verwendet.<sup>6</sup> Betrachtet wird das Verhältnis der RMSEs und der MAEs. Der relative RMSE ist definiert als  $\frac{RMSE(EZEO)}{RMSE(alt. Modell)}$ , der relative MAE sei definiert als  $\frac{MAE(EZEO)}{MAE(alt. Modell)}$ . Nimmt der relative RMSE bzw. der relative MAE Werte kleiner 1 an, so spricht dies für die relative Prognosequalität des EZEO gegenüber dem alternativen Modell.

Abbildung 3 stellt die Ergebnisse des relativen RMSE und des relativen MAE dar. Der Vergleich zeigt, dass die Prognosen des EZEO die Consensus-Prognosen schlagen. Lediglich bei weitem Prognosehorizont sinkt die Prognosetreff-

**Abb. 2**  
Prognosen und Realisationen



Anmerkung: Prognostizierte Änderungsraten für das jeweils kommende Quartal gegenüber dem Vorjahr werden abgetragen auf die Realisationen.

Quelle: Europäische Zentralbank; Consensus Forecasts; ifo Institut; INSEE; Istat; Berechnungen des ifo Instituts.

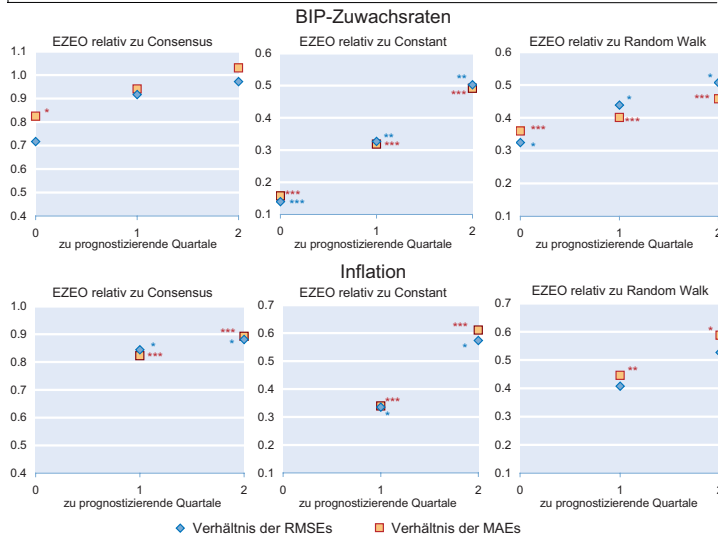
genauigkeit (laut MAE) des EZEO für das BIP relativ zu der des Consensus. Ansonsten weisen die Prognosen der drei Institute für das BIP und für die Inflation durchschnittlich geringere Abweichungen auf. Zieht man nun den Vergleich mit den naiven Modellen heran, so zeigt sich, dass diese wesentlich größere Fehler produzieren. Generell lässt sich erkennen, dass die Differenzen der Prognosefehler mit größerem Prognosehorizont kleiner werden. Je weiter der zu prognostizierende Zeitpunkt entfernt ist, desto ausgeglichener scheinen die Erwartungen über die volkswirtschaftlichen Entwicklungen bis dahin zu sein.

Um den Unterschied zwischen den durch verschiedene Modelle generierten Prognosefehler zu testen, wird der Diebold-Mariano-Test angewendet (vgl. Diebold und Mariano 1995). Wir führen den Test sowohl auf Basis des RMSE als auch auf Grundlage des MAE durch. Die Prognosefehler gehen also einerseits quadriert, andererseits als absolute Werte ein.

Zunächst zeigen die Testergebnisse auf Basis beider Fehlermaße, dass die Prognosen des EZEO statistisch signifikant besser abschneiden als die der betrachteten naiven

<sup>5</sup> Berg (2015) bietet einen Überblick über die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Prognosegütemaße.

<sup>6</sup> Letzteres prognostiziert zukünftige Realisationen durch die Fortschreibung der durchschnittlichen Änderungsraten der betrachteten Größe seit 1995. Den Prognosen des Random-Walk-Modells wiederum liegt zugrunde, dass die erwartete Änderungsrate eben der Änderungsrate der vergangenen zur aktuellen Periode entspricht.

**Abb. 3****Vergleich der Prognosen – relative RMSEs und MAEs**

Anmerkungen: Die Symbole \*\*\*/\*/\* beschreiben jeweils die Prognosegenauigkeit nach dem Diebold-Mariano Test auf dem 1, 5, bzw. 10 Prozent Niveau.

Die Indizes 0, 1 und 2 beschreiben den jeweiligen Prognosehorizont, also die Schätzung für das vorangegangene Quartal, die Prognose des laufenden und die Prognose des kommenden Quartals, respektive.

Quelle: Europäische Zentralbank; Consensus Forecasts; ifo Institut; INSEE; Istat; Berechnungen des ifo Instituts.

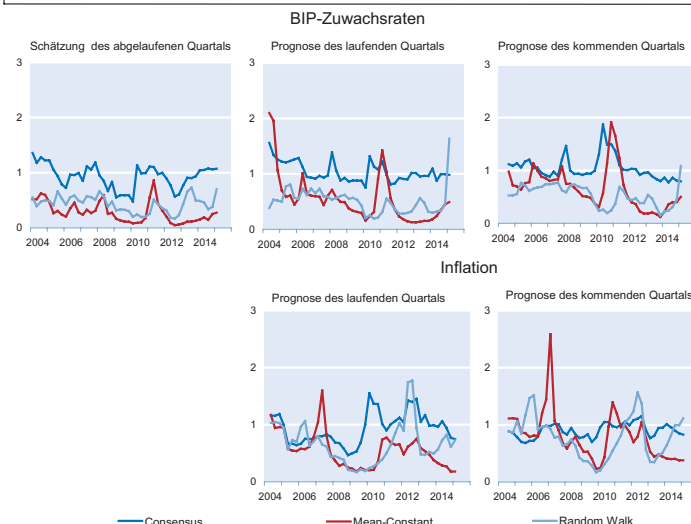
Modelle (vgl. Abb. 3). Allerdings deuten diese Tests für die Prognosen des BIP nicht auf einen statistisch signifikanten Unterschied in der Prognosekraft zwischen EZEO und Consensus Economics hin. Lediglich die Prognosen der Inflationsrate bei weiterem Prognosehorizont und die des BIP des vorangegangenen Quartals sind statistisch signifikant besser. Die EZEO-Prognosen sind durchgehend statistisch signifikant besser als jene der naiven Modelle.

Abbildung 4 veranschaulicht ebenfalls die Ausprägungen der relativen RMSEs, also den Vergleich der EZEO-Prognosen mit alternativen Prognosen. Anders als in Abbildung 3 zeigt sich hier jedoch auch der zeitliche Verlauf. Die Prognosen der drei Institute sind den Prognosen der beiden statistischen Modelle überlegen. Nur vereinzelt steigen die Werte der relativen RMSEs über 1. Dies gilt sowohl für die Prognosen des BIP als auch für die Inflationsprognosen. Wie die Ergebnisse zuvor bereits gezeigt haben, ist der Vergleich zwischen Consensus-Prognosen und den Prognosen des EZEO weniger eindeutig. Jedoch liegen auch hier die Werte mehrheitlich unter 1, vereinzelt starke Abweichungen führen letztendlich zu eher geringen Vorteilen bei den Prognosen des EZEO.

Bisher beschränkt sich diese Analyse auf die Prognosen quartalsweiser Jahresraten. Da die Prognosen des EZEO und die Consensus-Erwartungen nicht zum exakt gleichen Zeitpunkt erscheinen, muss von einem einseitigen Informationsvorsprung ausgegangen werden. Dieser liegt hierbei auf Seiten der drei am EZEO beteiligten Institute. Um jedoch auszuschließen, dass die etwaigen Ergebnisse lediglich durch diesen Informationsvorsprung getrieben sind, betrachten wir nun auch die Prognosen der jährlichen Änderungsraten von BIP-Wachstum und Inflation. Es werden hierbei also die Schätzungen des EZEOs, aus dem ersten Quartal für das jeweilige Vorjahr, sowie die beiden Prognosen für das laufende Jahr, den jeweiligen Consensus-Prognosen gegenübergestellt. Die Anzahl der beobachteten BIP-Prognosen liegt hier bei 33, die der Inflationsprognosen bei 22.<sup>7,8</sup>

In Tabelle 1 werden die Realisierungen der relativen RMSEs und der relativen MAEs gelistet. Wie eingangs erläutert, werden im ersten Szenario Consensus-Prognosen herangezogen, die gleichzeitig mit den jeweiligen EZEO-Prognosen veröffentlicht wurden (Veröffentlichung in t). Im

- <sup>7</sup> Um genügend Beobachtungspunkte zu erhalten, wird hierbei nicht zwischen den verschiedenen Prognosehorizonten unterschieden.
- <sup>8</sup> Da die ersten offiziellen Inflationsschätzungen für Dezember zumeist zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung vorhanden sind, wird die Januar-Schätzung der jährlichen Änderungsrate der Inflation in dieser Evaluierung nicht berücksichtigt.

**Abb. 4****Relative RMSEs über rollierendes Zeitfenster**

Anmerkung: Die relativen RMSEs werden über ein rollierendes Zeitfenster von sieben Quartalen abgetragen.

Quelle: Europäische Zentralbank; Consensus Forecasts; ifo Institut; INSEE; Istat; Berechnungen des ifo Instituts.



**Tab. 1**  
**Relative RMSEs und relative MAEs**

	BIP-Wachstum Veröffentlichung in		Inflation Veröffentlichung in	
	$t$	$t + 1$	$t$	$t + 1$
Relative RMSEs	0,911 (0,11)	0,946 (0,33)	0,546 (0,01)	0,629 (0,03)
Relative MAEs	0,816 (0,00)	0,843 (0,00)	0,499 (0,00)	0,582 (0,00)

Statistische Signifikanz auf Unterschiede in den RMSEs und MAEs beider Verfahren nach Diebold und Mariano (1995) in Klammern.

Quelle: Europäische Zentralbank; Consensus Forecasts; ifo Institut; INSEE; Istat; Berechnungen des ifo Instituts.

zweiten Szenario wird den Consensus-Prognosen ein Informationsvorsprung von drei bis vier Wochen eingeräumt, so dass bei der Erstellung der Consensus-Prognosen sogar weitere Indikatoren zur Verfügung gestanden haben dürften (Veröffentlichung in  $t + 1$ ). Zunächst zeigt sich,

dass, bei gleichem Informationsstand, die Prognosen des EZEO geringere Abweichungen zu den tatsächlichen Realisationen aufweisen. Die Prognosen des BIP-Wachstums sind im Durchschnitt zwar (statistisch signifikant) genauer, der Unterschied ist jedoch gering. Umso stärker ist eben dieser bei den Inflationsprognosen ausgeprägt. Diese Ergebnisse werden dadurch bekräftigt, dass die Prognosen des EZEO selbst dann genauer als die Consensus-Prognosen sind, wenn Letztere einen Informationsvorsprung haben.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Hierbei sei erwähnt, dass diese Vorteile seitens der EZEO-Prognosen möglicherweise einer gewissen Trägheit der Consensus-Prognosen entstammen. An den Consensus-Prognosen sind u.a. diverse Wirtschaftsforschungsinstitute beteiligt. Diese Institute erstellen (wie das ifo Institut) meist nur vierteljährlich neue Prognosen (im Gegensatz zu vielen Finanzhäusern, die ihre Prognosen in kürzeren Abständen revidieren). Da jedoch die Consensus-Prognosen monatlich veröffentlicht werden, hängt dem Mittelwert aller Umfrageteilnehmer eine gewisse Trägheit an.

**Tab. 2**  
**Prognoseeffizienz BIP**

	BIP-Zuwachsraten zu prognostizierende Quartale			BIP-Zuwachsraten (exkl. 2008–2009) zu prognostizierende Quartale		
	0	1	2	0	1	2
<b>EZEO</b>						
Konstante	– 0,022	– 0,097	– 0,227	– 0,002	0,071	0,094
$\alpha = 0$	(0,73)	(0,57)	(0,42)	(0,98)	(0,44)	(0,51)
Steigung	1,014	1,039	1,047	1,002	0,977	0,920
$\beta = 1$	(0,71)	(0,69)	(0,77)	(0,97)	(0,70)	(0,39)
$\alpha = 0, \beta = 1$	(0,93)	(0,83)	(0,53)	(1,00)	(0,70)	(0,69)
DW	1,96	1,16	0,71	2,27	1,60	1,02
Adj, R <sup>2</sup>	0,97	0,86	0,65	0,98	0,96	0,87
<b>Consensus</b>						
Konstante	– 0,090	– 0,265	– 0,539	– 0,056	– 0,066	– 0,162
$\alpha = 0$	(0,38)	(0,20)	(0,08)	(0,62)	(0,63)	(0,33)
Steigung	1,069	1,150	1,255	1,056	1,080	1,104
$\beta = 1$	(0,29)	(0,24)	(0,15)	(0,41)	(0,40)	(0,37)
$\alpha = 0, \beta = 1$	(0,55)	(0,43)	(0,20)	(0,47)	(0,55)	(0,61)
DW	1,87	1,02	0,69	1,82	1,75	1,26
Adj, R <sup>2</sup>	0,95	0,84	0,67	0,96	0,94	0,88
<b>Mean-Constant</b>						
Konstante	– 1,803	– 0,453	0,709	– 2,223	– 2,509	– 2,791
$\alpha = 0$	(0,19)	(0,79)	(0,72)	(0,17)	(0,13)	(0,07)
Steigung	1,390	0,646	0,002	1,669	1,853	2,050
$\beta = 1$	(0,63)	(0,73)	(0,39)	(0,50)	(0,38)	(0,25)
$\alpha = 0, \beta = 1$	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)
DW	0,25	0,24	0,24	0,03	0,05	0,10
Adj, R <sup>2</sup>	0,02	– 0,01	– 0,02	0,05	0,11	0,28
<b>Random Walk</b>						
Konstante	0,099	0,276	0,473	– 0,054	0,153	0,505
$\alpha = 0$	(0,59)	(0,34)	(0,14)	(0,76)	(0,51)	(0,09)
Steigung	0,872	0,623	0,321	0,992	0,829	0,535
$\beta = 1$	(0,14)	(0,01)	(0,00)	(0,92)	(0,14)	(0,00)
$\alpha = 0, \beta = 1$	(0,13)	(0,01)	(0,00)	(0,71)	(0,20)	(0,01)
DW	0,84	0,43	0,30	0,71	0,20	0,01
Adj, R <sup>2</sup>	0,77	0,38	0,08	0,86	0,71	0,41

Signifikanzniveau der t- und F-Statistik in Klammern; DW bezeichnet die Durbin-Watson Statistik,  $\alpha = 0, \beta = 1$  bezeichnet die Ergebnisse des F-Tests auf die kombinierte Nullhypothese.

Quelle: Europäische Zentralbank; Consensus Forecasts; ifo Institut; INSEE; Istat; Berechnungen des ifo Instituts.

**Tab. 3**  
**Prognoseeffizienz Inflation**

	Inflation zu prognostizierende Quartale			Inflation (excl. 2008–2009) zu prognostizierende Quartale		
	0	1	2	0	1	2
<b>EZEO</b>						
Konstante	–	– 0,175	– 0,259	–	– 0,234	– 0,583
$\alpha = 0$	–	(0,17)	(0,35)	–	(0,11)	(0,02)
Steigung	–	1,116	1,173	–	1,166	1,389
$\beta = 1$	–	(0,07)	(0,30)	–	(0,02)	(0,00)
$\alpha = 0, \beta = 1$	–	(0,15)	(0,57)	–	(0,03)	(0,01)
DW	–	1,63	0,91	–	1,60	1,06
Adj. $R^2$	–	0,89	0,66	–	0,88	0,76
<b>Consensus</b>						
Konstante	–	– 0,208	– 0,295	–	– 0,353	– 0,764
$\alpha = 0$	–	(0,13)	(0,40)	–	(0,00)	(0,01)
Steigung	–	1,142	1,205	–	1,241	1,509
$\beta = 1$	–	(0,10)	(0,35)	–	(0,00)	(0,00)
$\alpha = 0, \beta = 1$	–	(0,26)	(0,62)	–	(0,00)	(0,00)
DW	–	1,12	0,68	–	1,34	0,76
Adj. $R^2$	–	0,85	0,56	–	0,90	0,74
<b>Mean-Constant</b>						
Konstante	–	13,249	22,771	–	19,107	23,068
$\alpha = 0$	–	(0,09)	(0,00)	–	(0,02)	(0,00)
Steigung	–	– 5,785	– 10,615	–	– 8,811	– 10,79
$\beta = 1$	–	(0,08)	(0,00)	–	(0,02)	(0,00)
$\alpha = 0, \beta = 1$	–	(0,18)	(0,00)	–	(0,02)	(0,00)
DW	–	0,21	0,22	–	0,14	0,14
Adj. $R^2$	–	0,04	0,17	–	0,10	0,16
<b>Random Walk</b>						
Konstante	–	0,517	1,155	–	– 0,199	0,209
$\alpha = 0$	–	(0,13)	(0,01)	–	(0,44)	(0,61)
Steigung	–	0,686	0,345	–	1,046	0,842
$\beta = 1$	–	(0,08)	(0,00)	–	(0,70)	(0,40)
$\alpha = 0, \beta = 1$	–	(0,20)	(0,01)	–	(0,56)	(0,51)
DW	–	0,46	0,30	–	0,51	0,37
Adj. $R^2$	–	0,37	0,07	–	0,55	0,28

Signifikanzniveau der t- und F-Statistik in Klammern; DW bezeichnet die Durbin-Watson Statistik,  $\alpha = 0, \beta = 1$  bezeichnet die Teststatistik der gemeinsamen Signifikanz.

Quelle: Europäische Zentralbank; Consensus Forecasts; ifo Institut; INSEE; Istat; Berechnungen des ifo Instituts.

### Absoluter Vergleich der Prognosegüte

Die bisherige Analyse hat gezeigt, dass die Treffgenauigkeit der Prognosen des EZEO und von Consensus-Economics vergleichbar gut sind. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass beide Prognosen im absoluten Sinne von schlechter Qualität sind. Eine Prognose ist (schwach) effizient, wenn alle (zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung  $h$ ) verfügbaren Informationen ausgenutzt wurden. Anhand der sogenannten Mincer-Zarnowitz-Gleichung,  $x_t = \alpha + \beta \hat{x}_{y,t} + \varepsilon_t$ , werden die Realisation  $x_t$  auf eine Konstante und die entsprechende Prognose regressiert  $\hat{x}_{y,t}$  (vgl. Mincer und Zarnowitz 1969). Die Prognosefehler sollten dabei nicht mit der Prognose selbst korreliert sein, d.h., die Abweichungen sollten lediglich von zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung  $h$  nicht vorhersehbaren Ereignissen getrieben sein. Für ein (schwach) effizientes Modell sprechen dabei drei Kriterien. Der  $\beta$ -Koeffizient (der Steigungskoeffizient) sollte nahe 1 liegen und sich nicht signifikant von 1 unterscheiden, die Konstante  $\alpha$  (der Achsenabschnitt) sollte nahe 0 liegen und sich nicht signifi-

kant von 0 unterscheiden. Wir testen auf schwache Effizienz mittels eines F-Tests mit der Nullhypothese  $H_0: \alpha = 0$  und  $\beta = 1$ . Wird die Nullhypothese beibehalten, d.h.,  $\alpha$  bzw.  $\beta$  weichen nicht signifikant von 0 bzw. 1 ab, so sprechen wir von einer schwach effizienten Prognose. Unterscheidet sich die Konstante signifikant von 0, so wären die Prognosen im Durchschnitt verzerrt. Weicht der Steigungskoeffizient  $\beta$  signifikant von 1 ab, deutet dies auf eine konsequente Über- bzw. Unterschätzung hin. Niedrige Werte für das Bestimmtheitsmaß  $R^2$  implizieren, dass nur ein Teil der Streuung in den amtlichen Zahlen durch die Prognosen erklärt werden konnten. Mit Hilfe der Durbin-Watson-Statistik testen wir zudem auf Autokorrelation in den Residuen.

Für den Test auf (schwache) Effizienz werden nun wieder die quartalsweisen Zuwachsraten des BIP, bzw. der Inflation verwendet. Dabei testen wir sowohl die Effizienz des Modells der drei Institute als auch die der beiden statistischen Modelle, um eine Referenz zu erhalten. Die Tabellen 2 und 3 zeigen die Ergebnisse der Schätzungen. Die Resul-

tate zeigen, dass die Prognosen des EZEO insbesondere in der Kurzfrist effizient sind, d.h., die Prognostiker nutzen die zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung vorhandenen Informationen aus. Naturgemäß ist diese Interpretation für die längere Frist abzuschwächen, das Bestimmtheitsmaß sinkt mit weiterem Prognosehorizont. Sowohl für die Prognosen des EZEO als auch für die Consensus-Prognosen wird die Nullhypothese des F-Tests für alle Prognosehorizonte beibehalten, sowohl bei den BIP-Prognosen als auch bei den Prognosen der Inflation. Die Durbin-Watson-Statistik weist erst bei weiterem Prognosehorizont auf leichte Autokorrelation in den Residuen hin.

Die beiden naiven Modelle wiederum vermögen reale Entwicklungen nicht zu erklären (vgl. Bestimmtheitsmaß  $R^2$ ). Die Nullhypothese des F-Tests lässt sich bei den Prognosen des BIP lediglich auf kurze Frist im Random-Walk-Modell aufrechterhalten bzw. in beiden statistischen Modellen bei der Inflationsprognose auf mittlere Frist. Die Durbin-Watson-Statistik deutet weiterhin auf Autokorrelation in den naiven Modellen hin.

Wie bereits in den Abbildungen 1 und 2 zu erkennen ist, entstehen in Krisenzeiten die betragsmäßig größten Prognosefehler. Um zu erkennen, inwiefern die Ergebnisse obiger Schätzung durch unpräzise Prognosen in Krisenzeiten beeinträchtigt sind, wird diese Regression ein zweites Mal, nun aber ohne die Prognosen in den Krisenjahren 2008 und 2009, durchgeführt. Sowohl die BIP-Prognosen des EZEO als von Consensus Economics schneiden nun erwartungsgemäß besser ab, und die Nullhypothese wird über alle Prognosehorizonte beibehalten. Auch das Bestimmtheitsmaß nimmt, insbesondere in der Langfrist, zu. Blendet man die Krisenjahre aus, so zeigt sich bei den Inflationsprognosen eine Verzerrung; dies gilt sowohl für die Consensus-Prognosen als auch für die Prognosen des EZEO. Beide Prognosen tendieren dazu, die Abweichungen der Inflation von ihrem historischen Mittel tendenziell zu überschätzen.

## Fazit

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die EZEO-Prognosen naiven Prognosemodellen überlegen sind und ähnlich präzise Ergebnisse liefern wie die gemittelten Erwartungen einer Vielzahl von Marktteilnehmern und Forschungsinstituten. Weiter ist hervorzuheben, dass die Prognosen der drei Institute keine systematischen Verzerrungen aufweisen. Die Erwartungen der Institute sind im Allgemeinen weder zu optimistisch noch zu pessimistisch. All dies spricht für die Güte der Prognosen im Rahmen des EZEO. Der Informationsstand bei Prognoseerstellung ist von entscheidender Bedeutung für die Prognosegüte. Die Ergebnisse des vorliegenden Beitrags zeigen, dass die EZEO-Prognosen und die Consensus-Prognosen bei vergleich-

barem Informationsstand eine ähnlich hohe Treffgenauigkeit aufweisen.

## Literatur

Bates, J.M. und C.W.J. Granger (1969), »The Combination of Forecasts«, *Operations Research Quarterly* 20, 451–468.

Berg, T.O. (2015), »Forecast Accuracy of a BVAR under Alternative Specifications of the Zero Lower Bound«, Ifo Working Paper No. 203.

Diebold, F.X. und R.S. Mariano (1995), »Comparing Predictive Accuracy«, *Journal of Business and Economic Statistics* 13, 253–263.

Henzel, St., W. Nierhaus und T. Wollmershäuser (2014), »Evaluation der ifo Konjunkturprognosen«, *ifo Schnelldienst* 67(17), 43–45.

Mincer, J. und V. Zarnowitz (1969), »The Evaluation of economic forecasts«, *Economic Forecasts and Expectations: Analyses of Forecasting Behaviour and Performance*, NBER, 3–46.

Nierhaus, W. (2015), »Wirtschaftskonjunktur 2014: Prognose und Wirklichkeit«, *ifo Schnelldienst* 68(2), 43–49.

Wollmershäuser, T. (2015), »Evaluation der ifo Konjunkturprognosen – ein Vergleich mit den Prognosen von Consensus Economics«, *ifo Schnelldienst* 68(22), 26–28.

# ifo Architektenumfrage: Ausgezeichnete Geschäftslage bei den freischaffenden Architekten

74

Erich Gluch

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das **Geschäftsklima** zu Beginn des vierten Quartals 2015 weiter aufgehellt. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich im langjährigen Durchschnitt das Klima zu dieser Jahreszeit eigentlich immer etwas verschlechtert. Berücksichtigt man diesen saisonalen Einflussfaktor, so ist die Verbesserung des Geschäftsklimas – bei einer bereits recht guten Ausgangssituation – sogar besonders hervorzuheben.

Die befragten Architekten beurteilten zu Beginn des Berichtsquartals ihre **Geschäftslage** so gut wie noch nie im Verlauf der vergangenen 25 Jahre. Die Hälfte der Testteilnehmer bezeichnete ihre aktuelle Lage als »gut«; nur noch jeder siebte Architekt äußerte sich unzufrieden. Das heißt, seit über sechs Jahren überwiegen die positiven Urteile zur aktuellen Geschäftslage – mittlerweile sogar deutlich (vgl. Abb. 1).

Bezüglich ihrer **Geschäftsaussichten** in den nächsten sechs Monaten waren die Urteile dagegen ähnlich zurückhaltend wie bereits in den beiden vorangegangenen Quartalen. So ging im Berichtsquartal jeder neunte Architekt (Vorquartal: 13%) von einer »eher günstigeren« Auftragssituation in etwa einem halben Jahr aus. Der Anteil der Architekten, die eine »eher ungünstigere« Entwicklung erwarteten, war jedoch mit 12% nur geringfügig größer.

Der Anteil der freischaffenden Architekten, die im Verlauf des dritten Quartals 2015 **neue Verträge** abschließen konnten, betrug – wie im Vorquartal – 57%. Der langjährige Durchschnitt (50½%) wurde damit erneut deutlich übertroffen.

Das **geschätzte Bauvolumen** aus den neu abgeschlossenen Verträgen (Neubauten ohne Planungsleistungen im Bestand) übertraf im dritten Quartal 2015 das Niveau des Vorquartals um knapp ein Fünftel. Dabei waren die Volumina im Wohnungsbau um rund 30% und im Nichtwohnungsbau lediglich um knapp ein Zehntel größer als im Vorquartal.

Der Umfang der neu hereingenommenen Aufträge zur Planung von **Ein- und Zweifa-**

Abb. 1

**Beurteilung der aktuellen Auftragssituation durch die freischaffenden Architekten**

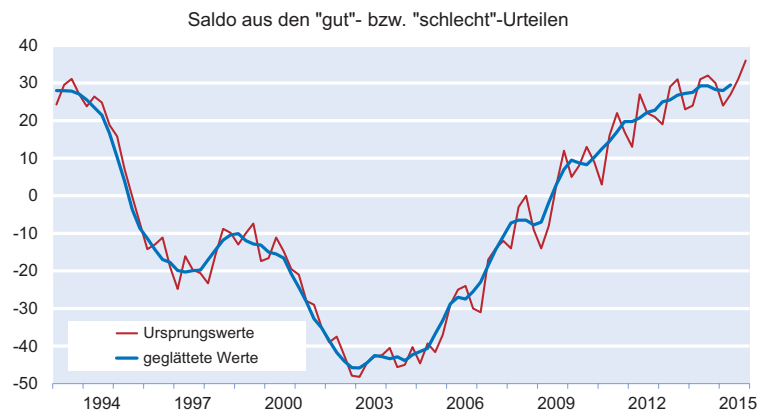


Abb. 2

**Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten für Mehrfamiliengebäude (EUR)**

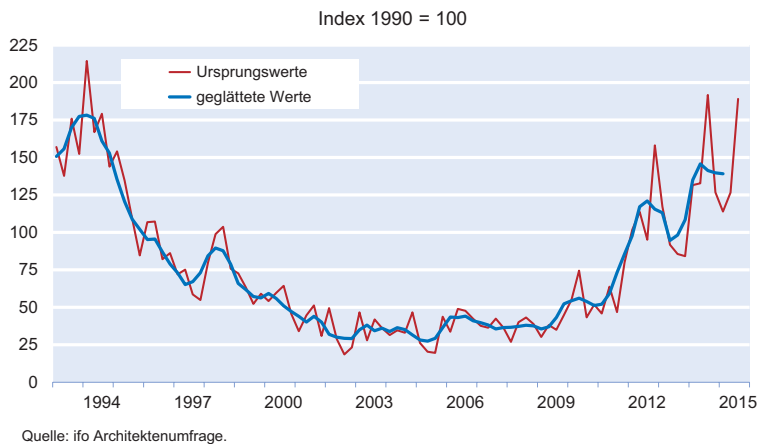
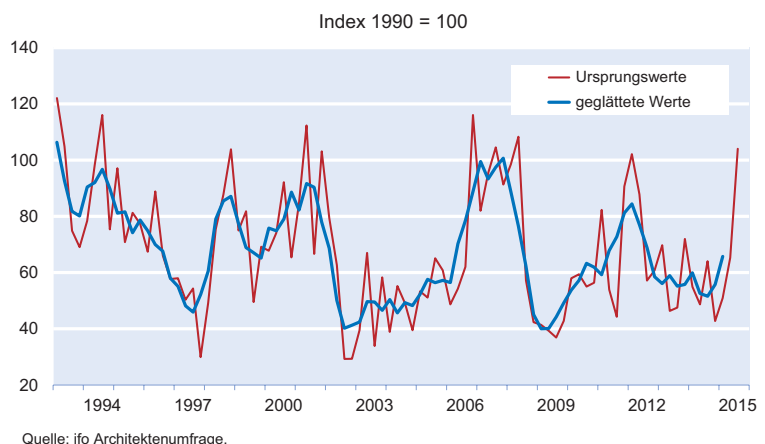


Abb. 3

**Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten von gewerblichen Auftraggebern (EUR)**



milienhäusern war im Berichtsquartal leicht rückläufig. Höher als im Vorquartal waren die Planungsaufträge lediglich in den nord- und ostdeutschen Bundesländern, was allerdings im Wesentlichen daran lag, dass es dort im Vorquartal zu scharfen Einbrüchen gekommen war.

Die Vergaben von Planungsleistungen zum Bau von **Mehrfamiliengebäuden** erreichen immer wieder in einzelnen Quartalen deutliche Auftragsspitzen. Auch im Berichtsquartal erfolgte ein beeindruckender Impuls beim Auftragseingang (vgl. Abb. 2). Der Umfang der Planungsaufträge übertraf den Wert des Vorquartals um rund 50%. Das Volumen des bisherigen »Rekordwerts« aus dem ersten Quartal 1994 wurde damit um lediglich rund 10% verfehlt. Damals wurden im Gefolge der Wiedervereinigung allein in den Jahren 1994 und 1995 insgesamt fast 1,2 Millionen Wohnungen errichtet.

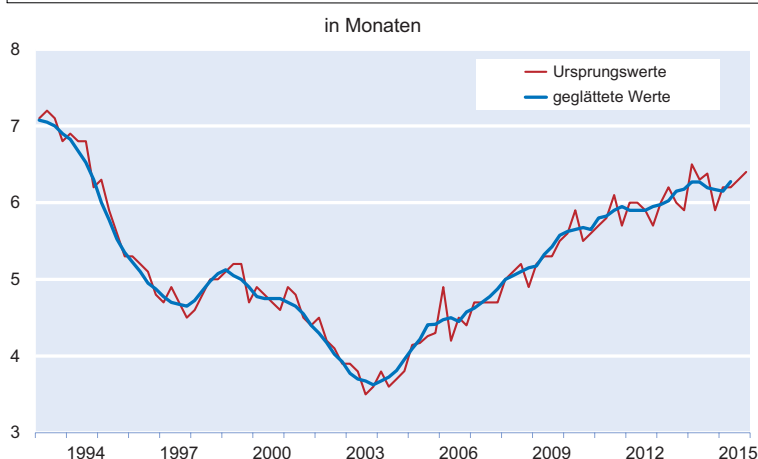
Die Auftragseingänge **gewerblicher Auftraggeber** verharrten sowohl 2013 als auch 2014 auf einem deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt liegenden Niveau. Seit dem ersten Quartal 2015 ist jedoch eine deutliche Aufwärtsentwicklung zu registrieren (vgl. Abb. 3). Mit einem beeindruckenden Anstieg um knapp 60% gegenüber dem Vorquartal wurde nunmehr im dritten Quartal 2015 eine signifikante Auftragsspitze gebildet. Dieses Volumen dürfte im nun folgenden vierten Quartal allerdings nicht wieder erreicht werden, da einige Büros in Nord- bzw. Ostdeutschland Großprojekte akquirieren konnten.

Die **öffentlichen Auftraggeber** waren im Berichtsquartal bei der Auftragsvergabe an freischaffende Architekten sehr zurückhaltend. Das Volumen der neu hereingenommenen öffentlichen Aufträge war nämlich nicht einmal halb so groß wie im Vorquartal. Der langjährige Durchschnittswert wurde um 30% unterschritten.

Die Reichweite der **Auftragsbestände** verlängerte sich etwas. Nach 6,3 Monaten am Ende des zweiten Quartals 2015 waren es zum 30. September 2015 durchschnittlich 6,4 Monate (vgl. Abb. 4). Dabei schwankten die durchschnittlichen Auftragsreserven zwischen 4,5 Monaten in Thüringen und 8,2 Monaten in Rheinland-Pfalz.

Abb. 4

#### Auftragsbestände der freischaffenden Architekten



Quelle: ifo Architektenumfrage.





**ifo Institut**

**im Internet:**

**<http://www.cesifo-group.de>**

